

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,30 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zellungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgezeigte Kolonne je Zeile oder deren Raum 40 Pfg., für dreizehngige und gewöhnliche Zeilen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 26. April 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Baku.

Man schreibt uns:

Die Schrecken von Baku, welche durch ihre Ungeheuerlichkeit selbst das Gemetzel von Kischineff übertreffen, erfüllt die zivilisierte Welt in erster Linie aus den Depeschen der Agenturen, welche auf Grund der offiziellen russischen Mitteilungen zusammengestellt wurden. Jetzt, da wir genügendes, an Ort und Stelle gesammeltes Material über diese Ereignisse besitzen, da die kaukasischen Zeitungen sie in umfangreichen Artikeln besprochen haben, jetzt können wir diese Ereignisse, wie sie wirklich waren, beschreiben, ihre tatsächlichen Ursachen klarlegen, das die Kulturwelt den Verantwortlichen das Schandmal aufdrückt.

Als Erklärung für die zwischen den Armeniern und Tataren erfolgte Megelei werden als Ursache angegeben: der religiöse Fanatismus, der nationale Gegensatz, die ökonomischen Verhältnisse.

Betrachten wir, inwieweit diese Erklärung der Bruderwiderwärtigen Megelei richtig ist. Von einer religiösen und nationalen Feindschaft zwischen Armeniern und Tataren kann keinerlei Rede sein. Diese beiden Nationalitäten leben ja schon mehrere Jahrhunderte nebeneinander; ja, zur Zeit der Perserherrschaft, als die christlichen Nationalitäten inmitten der mohamedanischen Bevölkerung eine unbedeutende Minorität bildeten, und als diese mit einem Schläge die ganze armenische Bevölkerung vernichten konnte, selbst um diese Zeit fanden keinerlei Ausbrüche des nationalen Fanatismus statt. Auch während des letzten russisch-türkischen Krieges, als die Muselmänner des Kaukasus, begeistert durch das Erscheinen der türkischen Heere im Kaukasus, schon die Hoffnung auf die Herrschaft des Islams in diesem Gebiet hegten, auch da fanden derartige Exzessionen nicht statt.

Sollte jetzt, da die muslimännische Gesellschaft vorwärts gegangen ist, in ihrer Mitte schon eine ziemlich bedeutende Menge von Vertretern der Intelligenz besitzt, eine eigene Presse hat, welche die Solidarität aller im Kaukasus lebenden Nationalitäten vertritt, von einem religiösen oder nationalen Antagonismus im Ernst geredet werden dürfen! Das sind alles Lügen, welche die wirklichen Anstifter dieser Megelei zur Verhüllung ihrer Schandtaten erfunden haben. Gerade die Muselmänner und ihre Geistlichkeit hat das unzweifelhaft bewiesen, die doch wohl am ehesten fanatisch gestimmt sein müßte. So versteckten während der Megelei viele Muselmänner Armenier bei sich, und die Geistlichkeit führte vor den Augen aller die Vertreter der armenischen Geistlichkeit. Ja noch mehr — das geistliche Haupt der Muselmänner erklärte vor allen, daß zwischen den Tataren und Armeniern keinerlei Feindschaft besteht und daß „dunkle Mächte“, der Teufel („Zeitau“) die Ursachen dieser Ereignisse seien. Eine deutliche Anspielung! — Was einen ökonomischen Gegensatz anbelangt, so kann auch davon keine Rede sein, da das ökonomische Leben des Landes überhaupt unter dem ungeheuerlichen Regime der staatlichen Bürokratie leidet, das Proletariat aber, das armenische wie auch das tatarische in gleichem Maße durch die Bourgeoisie derselben Nationen ausgebeutet wird. Man kann nicht von der ökonomischen Unterjochung des einen Volkes durch das andere reden, da die beiden Völker sich in einem Zustande gleichmäßiger Unterjochung befinden.

Was sind also die wirklichen Ursachen?

Ein paar Tage vor der Megelei berief der Gouverneur von Baku einflußreiche Tataren zu sich und machte ihnen den Vorschlag, sich mit Lebensmitteln und „allen Notwendigen“ für einige Tage zu versehen, da, wie er meinte, die Armenier die Absicht hätten, am 20. Februar (es war dies der Vorabend der Megelei) eine bewaffnete Kundgebung gegen die Regierung zu veranstalten. Was aber die unteren Verwaltungsbürokraten anbelangt, so haben diese, wie sich später herausgestellt hat, die Tataren gegen die Armenier aufgebracht, indem sie sagten, die Armenier hätten die Absicht, die Tataren während der Kundgebung abzuschlachten. Diese und noch andere Machinationen der staatlichen Agenten traten während der Megelei klar zutage: es ergab sich, daß die Tataren mit Revolvern und Flinten bewaffnet waren; sie ergänzten ihren Vorrat an Waffen und Patronen täglich in den Polizeirevierern; die Soldaten und die Polizei griffen gar nicht ein, als die Tataren vor ihren Augen mordeten, raubten und sengten. Wenn die Behörden hin und wieder zur Waffe griffen, so geschah das nur, wenn bewaffnete Armenier erschienen; man nahm ihnen dann die Waffen ab und gab sie den Tataren. Auf alle Witten hin, sich ins Mittel zu legen, erwiderte der Gouverneur, daß er keine Soldaten habe, dabei war die ganze Stadt einige Tage vor der Megelei, während des Streiks der Arbeiter, ein wahres Kriegslager; wenn die Kosaken und die Polizei auf den Straßen um Hilfe ersucht wurden, erwiderten sie: Wir haben keinen Befehl erhalten.

Welchen Zweck verfolgte die Regierung? Die revolutionäre Bewegung unter den kaukasischen Armeniern hat in den letzten zwei Jahren einen derartigen Umfang erreicht, daß sie die Regierung sehr ernstlich ängstigte. Dazu kamen noch die Gerüchte über eine unmittelbar nach dem Streik stattfindende bewaffnete Kundgebung und über einen Aufstand während der erwarteten Mobilisation der armenischen Reservisten. In dieser Lage sah die Regierung, um die angefallene revolutionäre Energie zu entladen und um der Sache der armenischen Revolution einen empfindlichen Schlag zu versetzen, ihren böllischen Plan. Es war für die Regierung unbedeutend, direkt eine Schlägerei unter den Armeniern zu beginnen, um so mehr, als das eine gewisse Kraftanstrengung von ihr verlangt hätte, zu der sie nicht fähig war. Uebernahmen die Tataren diese Aufgabe, so kostete das der Regierung nichts und ersparte ihr außerdem Vorwürfe. Sie bediente sich für ihren Plan der Hefe der Gesellschaft. Sie gab diesen Elementen Waffen, begeisterte sie durch die Hoffnung auf einen leichten und

reichen Gewinn, versprach ihnen vollständige Gefährlosigkeit und ließ sie auf die Armenier los. Daß dies das Bestreben des Zaren keinerlei bestimmten Vorstellungen „geistiger Art“, religiöser oder nationaler folgte, sondern daß es nur das Verlangen nach Beute antrieb, erkennt man auch daraus, daß die zahlreichen bewaffneten Haufen sofort beim Herannahen einiger bewaffneter Armenier nach allen Seiten auseinanderstoben: warum sollten sie auch ihr Leben riskieren!

Die armenischen Revolutionäre griffen nicht sogleich zu den Waffen gegen die Tataren, da sie die treibenden Kräfte nur zu gut kannten und es vermeiden wollten, durch einen bewaffneten Zusammenstoß zwischen Tataren und Armeniern die Sache der Solidarität zwischen den beiden Völkern zu schädigen. Das lokale Komitee richtete daher zunächst einen Brief an den Gouverneur Kasachidze, in dem es den Treiber des Kravalls erblickte, forderte die Einstellung der Megelei durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel und drohte ihn zu bestrafen. Andererseits versuchte man beruhigend einzuwirken.

Als die revolutionären Armenier aber sahen, daß die Tataren, trunken durch den Erfolg, auch unterstützt durch die Polizei, die Stimme der Vernunft und Menschlichkeit nicht beachteten, da mobilisierten sie ihre bewaffneten Reihen und in weniger als in zwei Stunden säuberten sie das Zentrum der Stadt von Tataren. Während die an die Behörden gerichteten Witten zu nichts führten, machte das Erscheinen der bewaffneten Kämpfer binnen kurzer Zeit dem Schrecken ein Ende. Darauf erklärten sich die Tataren bald geneigt zum „Friedensschluß“. Wir wiederholen, die Armenier hatten eine Gegenwehr organisiert und sie machten nur in den äußersten Fällen und auch nur, um die eine oder andere Raub- und Nordhande zu zerstreuen, von ihr Gebrauch. Das nannte die Regierung eine „gegenseitige Schlägerei“. Und sie besitz noch die Schamlosigkeit zu behaupten, daß die armenischen Revolutionäre die Ursache der „Unruhen“ von Baku seien.

Obwohl die Armenier einerseits die Tataren, andererseits die Regierung gegen sich hatten, haben sie es verstanden, in jenen Tagen des Schreckens nicht nur Heldentum sondern auch Zurückhaltung zu bewahren.

Im Interesse der Solidarität der beiden Völker übten die Armenier die äußerste Schonung.

Die Erfolge, welche die Regierung schließlich erreicht hat, waren den Erwartungen entgegengesetzt. Die Ereignisse von Baku haben zwischen den Armeniern und Tataren keinen Abgrund geschaffen. Im Gegenteil, sie haben sie näher geführt. Auch die anderen zahlreichen Nationalitäten im Kaukasus wurden zum Bewußtsein ihrer Solidarität gebracht. Sie erkannten, daß sie alle nur einen gemeinsamen Feind besitzen — die russische Regierung. Und in den zahlreichen Versammlungen in allen Städten des Kaukasus, in denen Zehntausende von Vertretern verschiedener Nationalitäten anwesend sind, an Gräbern der dem Völkerverbund der Selbstherrschafft dargebrachten Opfer, überall vereinigen sich die Stimmen in dem einen Ruf: „Nieder mit der Selbstherrschafft, es lebe die Verbrüderung der Nationen.“

Vom ostasiatischen Kriegsschanplage.

Die russische Flotte

hat nun wirklich die Kamranh-Bucht verlassen.

Es wird gemeldet:

Saigon, 24. April. Der Berichterstatter der „Agence Havas“, der die Kamranh-Bucht besucht hat, telegraphiert: 52 russische Schiffe, einschließlich Transportschiffen, sind in der Kamranh-Bucht gewesen; am Sonnabendmittag ist das ganze Geschwader in nördlicher Richtung fortgefahren, nur in Sicht der Bucht den Kreuzer „Swetlana“, das Hospitalsschiff „Drel“ und 14 Transportschiffe lassend. Ein russischer Torpedobootsjäger überquerte die Küsten. Der französische Kreuzer „Desbarres“ ist am Sonnabend um 2 Uhr nachmittags nach der Kha-Trang-Bucht, ungefähr 25 Seemeilen nördlich von der Kamranh-Bucht, gegangen. Ein Fischer meldet, er habe in der Nähe der Kha-Trang-Bucht 20 Kriegsschiffe gesehen, aber er hätte ihre Nationalität nicht ausmachen können. Fischer sowohl wie auch Europäer sagen übereinstimmend aus, sie hätten gestern abend ein lebhaftes Geschützfeuer in Höhe der Kamranh-Bucht gehört; möglicherweise handelt es sich um ein Uebungsschießen, wie es Admiral Roschdjestwenski oft während der Ueberfahrt abgehalten hat. Personen, die angeblich den Admiral gesehen haben, erklärten, er habe einen sehr beschäftigten Eindruck gemacht, obwohl er sehr unter Leidschmerzen zu leiden hatte. Man glaubt, daß er alle Mittel versucht wird, um sich mit dem Geschwader des Admirals Rebogatom zu vereinigen, ehe er seine Fahrt zu einem entscheidenden Schlag fortsetzt. Alle diejenigen, die Gelegenheit gehabt haben, mit den russischen Schiffen in Verbindung zu kommen, bestätigen, daß den Offizieren und Mannschaften volles Vertrauen durch ihren Admiral eingefloßt sei, aber der Eindruck, den die Kriegsschiffe gemacht hätten, sei kein überaus günstiger gewesen.

Shanghai, 24. April. (Ueber Hongkong.) („Laffan“-Meldung.) Der nach der Kamranh-Bucht entsandte Korrespondent des „Bureau Laffan“ lautet: Ich traf heute, Sonntag, in der Kamranh-Bucht ein. Das russische Geschwader hat die Bucht Sonnabend mittag verlassen, doch liegen noch achtzehn russische Schiffe, darunter „Swetlana“ und „Drel“ sowie fünf deutsche und andere Transportschiffe in der Bucht. Ein Torpedojäger, der nicht zusammen mit dem Geschwader abgefahren war, ging heute in See. Sonntag morgen 10 Uhr fuhr ich in meinem Boot 30 englische Meilen südlich

von der Kamranh-Bucht an neun großen Schiffen vorbei, unter denen ich ein Schlachtschiff und einen Kreuzer unterschied, die in nordnordöstlicher Richtung fuhren. Es war wahrscheinlich das Geschwader des Admirals Rebogatom. Admiral Roschdjestwenski leidet an Dysenterie; doch soll sich sein Zustand bereits gebessert haben.

Tsio, 24. April. Der Gouverneur der Insel Hainan telegraphierte nach Peking, daß Roschdjestwenski's Geschwader vor der Küste von Hainan Kohlen einnehme. Aus Hongkong wird gemeldet, Admiral Rebogatom's Geschwader werde sich mit dem Geschwader Roschdjestwenski's ungefähr am 28. April vereinigen, und die ganze Flotte werde sich dann längere Zeit bei Hainan aufhalten. Ein russisches Hospitalsschiff ist am Sonntag in Batavia eingetroffen.

Ueber den Aufenthalt der japanischen Flotte

liegen zuverlässige Nachrichten nicht vor. Nach einer Meldung soll sich die Flotte Logos südlich von Formosa sammeln. Nach anderen Meldungen soll die Flotte Kaminuras bei Manila kreuzen. Endlich geht das Gerücht, daß eine starke japanische Flotte auf der Höhe der Kamranh-Bucht gesehen worden sei:

Saigon, 25. April. Der Korrespondent der „Agence Havas“ in Kamranh telegraphiert: Es verlautet, daß etwa 20 japanische Kriegsschiffe am Sonntag abend zwischen 8 und 9 Uhr die Kamranh-Bucht passiert haben. Zwei von Saigon kommende, mit Reis beladene Frachtdampfer, mit der Bestimmung nach Japan, sind von den Russen aufgebracht worden. — Russische Offiziere erklären, daß das Geschwader Roschdjestwenski's zu einer Schlacht entschlossen sei. Jedes Schiff habe seinen besonderen Auftrag; das japanische Admiralschiff werde jedoch das Ziel des ganzen Geschwaders sein. — Sonntag vormittag wurde von neuem Kanonendonner gehört; die einzelnen Schiffe erfolgten in Zwischenräumen.

Wo und wann es zum ersten Zusammenstoß kommen wird, läßt sich also durchaus noch nicht sagen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. April.

Gefängnisfreuden eines sozialdemokratischen Redakteurs.

In Königsberg stellte der Freisinn im Verein mit der Freisinnigen Vereinigung und den Nationalliberalen gegen eine Anzahl Genossen Strafantrag wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs, weil diese in eine von den „Vereinigten Liberalen“ einberufene Versammlung gegangen waren, in der Hoffnung, sich dort an der Diskussion beteiligen zu können. Sie wurden aber vor Beginn der Versammlung hinausgewiesen und acht Genossen brachte darauf der Liberalismus ins Gefängnis. Darunter befand sich auch der Redakteur des Königsberger Parteiblattes, Genosse Marchionini, der als Berichterstatter in die Versammlung gegangen war. Die Ausübung seiner journalistischen Pflicht wurde als gemeinschaftlicher Hausfriedensbruch angesehen und mit 14 Tagen Gefängnis geahndet, obwohl er nicht vorbestraft war. Mit noch drei anderen Genossen hat er diese Strafe kürzlich verbüßt.

Vor Eintritt der Gefängnisstrafe hatte er Selbstbestätigung und das Lesen der „Parteilichen Zeitung“ beantragt. Da er noch vor den Osterfeiertagen aus dem Gefängnis kommen wollte, wartete er den Bescheid wegen der Selbstbestätigung nicht ab. Dieser wurde ihm, als er schon einige Tage Haft verbüßt hatte, mitgeteilt. Er lautete auf Abweisung der Selbstbestätigung mit Rücksicht auf die Kürze! der Gefängnisstrafe. Vorher hatte man aber den Genossen schon, wie uns aus Königsberg geschrieben wird, mit Werkzeugschaft beschäftigt. Von einer Besuche nahm Genosse Marchionini Abstand, da er nicht Lust hatte, in einsamer Zelle 14 Tage hindurch diese geisttötende Arbeit zu verrichten. Er beantragte deshalb mit den anderen drei Genossen, die man zusammen in einer Zelle untergebracht hatte, zusammenarbeiten zu dürfen. Das wurde ihm gewährt, dafür aber mußte er auf das Lesen der Zeitung verzichten.

Auf seinen Gesundheitszustand hat man keinerlei Rücksicht genommen. Als er zum Arzt geführt wurde, klagte er, daß er vom Essen des groben Brotes heftige Leidschmerzen bekommen hat. Der Genosse leidet am Unterleib und hat im vergangenen Jahre zu wiederholten Malen in ärztlicher Behandlung gestanden. Hier hatte ihm der Arzt sogar das Essen des feinen Brotes verboten. Er hat deshalb den Gefängnisarzt, ihm wenigstens feines Brot zu verordnen. Der Herr, ein Professor namens Puppe, lachte laut auf. Nachdem sich sein Lachen gelegt hatte, erklärte er, daß er den Genossen untersuchen werde. Ein Blick auf die Zunge, ein zweimaliger Händedruck auf den Leib genügt dem Professor, um zu erklären, daß er dem Genossen kein anderes Brot verordnen könne. Also selbst diese kleine Bitte wurde ihm abgeschlagen und dafür mußte er 14 Tage lang heftige Leidschmerzen erdulden, die sich jetzt auch in der Freiheit nicht legen wollen.

Das sind die Freuden eines sozialdemokratischen Redakteurs in einem preussischen Gefängnis. Der Vorsteher dieses Gefängnisses ist der Erste Staatsanwalt Schliche, der durch den Russenprozeß eine Weltberühmtheit erlangt hat. —

Die Entscheidung des amerikanischen Oberbundesgerichts. Die kürzlich erfolgte Entscheidung des amerikanischen Oberbundesgerichts (Supremo Court of the United States)

Der unbeugsame Zar.

Der Zar ist unbeugsam. So läßt er seinem Volk ver-
funden. Unbeugsam — bezüglich der Einberufung von Volks-
vertretern, für die der Minister alle Anstrengungen machte; un-
beugsam aber auch — gegen das Volk. Ein offizielles Telegramm
verklündet:

Um in der von der Bauernbewegung ergriffenen ländlichen Be-
völkerung die Ueberzeugung zu festigen, daß das Privateigentum un-
antastbar ist und jeder Anschlag auf fremdes Eigentum aufs strengste
geahndet wird, stellt ein kaiserlicher Erlaß vom gestrigen Tage dem
Minister des Innern Baljgin anheim, in den Kreisen, in denen Unruhen
vorgekommen sind, unter dem Vorherrsche der Kreisadel-
marschalle aus dem Vorgesetzten der Kreis-Landschaftsdämter, den
Landeshauptleuten, den Kreiskommissaren und Steuerinspektoren
bestehende zeitweilige Kommissionen zu ernennen, zu denen auch
einer oder zwei Semstwo-Abgeordnete heranzuziehen sind. Die Auf-
gabe dieser Kommissionen soll darin bestehen, die Höhe des durch die
Unruhen entstandenen materiellen Verlustes festzusetzen und von
allen Gliedern der an den Unruhen beteiligten Dorfgemeinden den
Schadenersatz beizutreiben, wobei deren ge-
samter beweglicher und unbeweglicher Ver-
mögen verpfändet werden kann. Der Minister des
Innern erhielt zugleich den Auftrag, dem Ministerkomitee einen
Plan vorzulegen, nach welchen Regeln die Beitreibung des Schaden-
ersatzes sowie die Erstellung von Staatsdarlehen an geschädigte
Gutbesitzer, denen es an eigenen Mitteln zum Wiederaufbau ihrer
zerstörten Baulichkeiten und zur Beschaffung neuerer Wirtschaft-
einrichtung fehlt, gehandhabt werden soll.

Väterchen, dessen ganze Politik auf Aneignung fremden
Eigentums beruht, will also die Bauern die Heiligkeit des Eigentums
lehren, indem er die Dorfgemeinschaften expropriert.

Bäderstreik.

Moskau, 24. April. Hier befinden sich 20 000 Bädergehülfen im
Auslande. Durch diesen Umstand ist die arme Bevölkerung in eine
schwierige Lage gekommen. Der Preis des Schwarzbrottes ist von
2 1/2 auf 7 Kopeken für das Pfund gestiegen. Die Bädergehülfen
sind durch die ihnen gemachten Zugeständnisse nicht befriedigt. Bei
längerem Andauern des Ausstandes soll die Brotverforgung von
Nachbarstädten und von Petersburg aus bewerkstelligt werden.

Der Kongreß der russischen Fabrikinspektoren,
der am 17. 18. und 19. April getagt hat, ist nach Entgegennahme
des Berichts der ersten Fabrikinspektoren über den Stand der
Arbeiterbewegung in ihren Bezirken zu folgenden Beschlüssen ge-
kommen: Die hauptsächlichsten allgemeinen Forderungen der Arbeiter
sind Versammlungs- und Redefreiheit sowie Unverletzlichkeit der
Person. Mit dieser letzteren Forderung ist gemeint Verweigerung
des Arbeiters von der unaufhörlichen Verfrachtung einer Ver-
haftung und des gewaltigen Eindringens in seine Wohnung ledig-
lich aus dem Grunde, weil er eine Veränderung in seinem Lohn-
verhältnis gefordert hat. Die Möglichkeit des Entstehens sowie die
große und schnelle Ausbreitung der Arbeiterbewegung sind auf viele
Ursachen zurückzuführen, unter andern auch auf die von der Ad-
ministration künstlich mit Umgehung der Gesetze geschaffenen
Arbeiterorganisationen, die sich sozialpolitische Aufgaben stellen.

Jedwede Repressionsmaßregeln gegen die Arbeiter verstoßen ihren
Zweck und sind daher unerwünscht. Bewaffnete Gewalt gegenüber
friedlichen Streiks und Arbeiterversammlungen sollte nicht mehr an-
gewendet werden. Während der nach dem Ostersfeste zu erwartenden
Streiks soll die Fabrikinspektion sich streng auf eine vermittelnde
Tätigkeit beschränken. Im Gegenzug zum Zirkular vom 8. April
1897 sollen die Fabrikinspektoren ihre Mitwirkung zur Herbei-
führung einer Verständigung zwischen den Parteien nicht
mehr von der sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit abhängig
machen. Jedwede administrative Rötigung der Parteien — der
Fabrikanten, die Forderungen der Arbeiter sofort zu befriedigen, und
die Arbeiter, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, sollte un-
zulässig sein.

Zum Schluß erklärte der Kongreß die möglichst rasche Ver-
wirklichung der verhandelten gesetzlichen Maßnahmen zum Arbeiter-
schutz, insbesondere aber derer, die sich auf Arbeiterorganisationen be-
ziehen, für dringend geboten.

Schweden.

Die Liebedienerei gegen Rußland. Im Herbst vorigen Jahres
wurden bekanntlich drei unbedeutende finnische Männer mit ihnen
Geldern, Handelsrechte in Schweden zu erhalten, abgewiesen,
während man einem Menschen, von dem allgemein bekannt war, daß
er in Finnland als russischer Spion tätig gewesen war, diese
Rechte ohne weiteres zuerkannte. Von den Abgewiesenen hatte einer,
Walter Schumann, einen Formfehler bei Einreichung seines
Gesuches begangen, was dann als Grund der Ablehnung angegeben
wurde. Dieser Mann mit dem der russischen Regierung jedenfalls
unangenehmen Familiennamen hat inzwischen sein Gesuch form-
gerecht erneuert, ist aber wiederum abgewiesen worden
und auf die Frage nach den Gründen antwortete der Finanzminister
Meyer, daß sie „konfidenzieller Natur“ seien. Man hatte
früher Grund zu glauben, der damalige Minister des Aeußeren,
Lagerheim, sei der eigentlich Verantwortliche für das „verkaufliche“
Verhältnis zu dem gefährlichen Nachbar im Osten, nun aber scheint
es, daß die Liebedienerei gegen Rußland ein dauerndes Prinzip der
schwedischen Regierung ist und daß sie nichts mit dem Abgang
Lagerheims zu tun hatte.

Amerika.

Die Wahl in Chicago. Aus einem Gesamtvotum von 322 373
Stimmen, das in Chicago auf die verschiedenen Bürgermeister-
Kandidaten fiel, erhielt der Sozialdemokrat 20 323 Stimmen. Eine
annähernd gleiche Stimmenzahl fiel auf die übrigen sozialdemokra-
tischen Kandidaten; bei manchem stellte sich das Verhältnis etwas
höher. So wurden für den Stadt-Schahmeister 23 312, für den
Stadt-Anwalt 22 800 Stimmen abgegeben. Im Stadtrat konnten
die Sozialdemokraten keinen Sitz erobern; es wurden 37 Republi-
kaner, 32 Demokraten und ein unabhängiger Republikaner gewählt.
Richter Dunno, ein Demokrat, siegte als Bürgermeister mit 24 248
Stimmen Majorität über seinen republikanischen Gegner. Das
Sozialdemokratische Votum ist im Vergleich zum letzten November
auf die Hälfte zusammengeschrumpft, aber der so plötzlich gewonnene
Erfolg war auch so groß, um damit als sicher rechnen zu dürfen,
denn bei der Stadtwahl vor zwei Jahren erhielten die Sozial-
demokraten nur 11 000 Stimmen. — Von Interesse und Wichtigkeit
war das starke Votum der Bürgerschaft gegen die Straßenbahn-
gesellschaft und für die Verstaatlichung öffentlicher Betriebe und Ein-
richtungen überhaupt. Mit 141 518 Stimmen gegen 55 000 er-
klärten sich die Bürger dagegen, daß die Stadt bestimmte Rechte an
Privatgesellschaften abtrete. Chicago ist die einzige große Stadt
in Amerika, die jetzt die Straßenbahnen in eigenen Betrieb nehmen
wird. In San Francisco hatten die Bürger vor einigen Jahren
darauf abgestimmt, ob eine Straßenbahnlinie, deren Kontrakt mit
der Stadt abgelaufen war, verstaatlicht werden sollte. Eine
Mehrheit stimmte dafür, aber das Gesetz verlangte eine Zweidrittel-
majorität, und so verlor die Stadt die günstige Gelegenheit. Durch
den Sieg in Chicago hat die Bewegung in New-York zugunsten der
Verstaatlichung der Straßenbahnen und anderer Betriebe neue
Kraft gewonnen. Richter Dunno mußte selbst nach New-York

gegen die gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit durch die
Einzelstaaten hat in manchen deutschen Arbeiterkreisen Ver-
wunderung herborgerufen. Es liegt in dieser Entscheidung
so viel dreiste Annäherung gegen mächtige und gerechte Forde-
rungen der Arbeiter, daß man sich wohl wundern muß, wie
dem amerikanischen Arbeiter so etwas geboten werden darf.
Man fragt sich: Wie kann das höchste Gericht in Amerika
die von den Volksvertretungen beschlossenen Gesetze für
ungültig erklären? Welche Chancen hat dann eine
sozialistische Partei, Maßnahmen zugunsten der Arbeiter
durchzusetzen? — Demgegenüber muß darauf hingewiesen
werden, daß wir es hier mit einem charakteristischen Merkmal
zu tun haben, wie alle Institutionen des modernen Staates
— und mögen sie die heiligsten Namen tragen —, es als
ihre Aufgabe betrachten, dem Interesse der Kapitalisten zu
dienen, solange und soweit sie nicht den Widerstand der
Arbeiterklasse zu fürchten haben. Charakteristisch ist dies
Merkmal ferner für die Geringschätzung der politischen Macht
der Arbeiterklasse, eine Geringschätzung, die sich deutlich in
diesem Urteil kundgibt. Würde man eine politische Mächtent-
haltung der Arbeiter fürchten, hätte man ein solches Urteil nie
gewagt. Die Berufung auf die Verfassung ist eine beliebte,
weil immer wirkungsvolle Täuschung. Man kann einer Sache
die verschiedenste Auslegung geben; auch die Verfassung ist
eine wäckerne Nase, man kann sie drehen wie man will. Der
Supreme Court hat die Jurisdiktion über alle Verfassungs-
fragen und kann ein Staatsgesetz, ja, sogar eine Kongressakte
für ungültig erklären. Die Verfassung kann dann freilich
amendiert, also entsprechend verändert werden, um den
juristischen Forderungen Rechnung zu tragen. Der
Kongreß oder zwei Drittel der Einzelstaaten können
Amendements vorschlagen, die aber von drei Vierteln
aller Staatslegislaturen angenommen werden müssen,
um rechtskräftig zu sein. Die Mitglieder des Supreme
Court (9) werden vom Präsidenten auf Lebenszeit
ernannt oder dem Senat vorgefchlagen, der seine Bestätigung
geben muß. — In der fraglichen Angelegenheit — es handelte
sich um die gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit für Bäcker
im Staate New York auf 60 Stunden pro Woche — stimmte
das oberste Gericht mit fünf gegen vier Stimmen, daß die
Verfassung verletzt sei. Die neun obersten Staatsweisen
waren also geteilter Meinung über diese wichtige Sache.
Die Entscheidung hätte ebenso leicht zugunsten der
Arbeiter fallen können, und zweifellos wäre es der Fall
gewesen, wenn die Arbeiter politisch nicht so erbarmungs-
würdig ohnmächtig wären. Man muß sich nur vorstellen,
wie gerade in Amerika der Respekt vor dem Starke, dem
Erfolgreichen, im privaten wie im öffentlichen Leben sofort
rege wird, während der Zaghafte und Energieleose rüchichtslos
beiseite geschoben wird. Die Kapitalisten sind die Mächtigen
und Starke und ihre Wünsche werden überall respektiert.
Die untätig verharrenden Arbeitermassen, die ihre große
Macht im Staate nicht ausnützen, sondern sich auf die
politischen Parteien der Kapitalisten verlassen, werden überall,
wo sie beherrschene Forderungen an den Staat geltend machen
wollen, schroff zurückgewiesen.

Werden sie aus der jüngsten schroffen Zurückweisung eine
Lehre ziehen?

Der Einfluß der Entscheidung des Supreme Court auf die
Schutzgesetze für die Arbeiter in den Einzelstaaten wird vorerst mehr
theoretische Bedeutung haben, aber nur deshalb, weil praktisch
die gewerkschaftliche Macht der Arbeiter in den meisten Fällen
den Ausschlag gibt. Es handelt sich hauptsächlich immer um
Machtfragen. —

Deutsches Reich.

Rußische Geheimnisse ultramontaner Arbeiterpolitik.

Die Bergarbeiterbewegung ist für die ultramontanen
Politiker ein sehr unbequemes Vorkommnis; sie stellt die
diplomatische Geschicklichkeit der Herren, die Arbeiter und
„Mittelstand“ mit dem Kapitalismus und alle drei
in den Dienst der Kirche stellen möchten, wobei
in Wirklichkeit die Kirche im Dienste des Kapi-
talismus steht, auf eine harte Probe. Daß die Sozialpolitik
den Ultramontanen nur Mittel zum Zwecke ist, das konnten
wir gerade in letzter Zeit mehrfach nachweisen. In der „Neuen
Gesellschaft“ werden dazu auch einige beachtenswerte Doku-
mente beigebracht, die als Selbstbekenntnisse gerade jetzt
besonderen Wert haben. Aus einer nicht für die Öffentlichkeit
bestimmten, von der katholischen Zentrale in München-
Ludwig (Dr. Pieper) herausgegebenen „Präsidenten-Korrespondenz“
drückt das Blatt den Brief eines „älteren Geistlichen“ ab:

„Ich habe die hiesigen Fabrikanten und Arbeitgeber in der
Hand und habe ich seit Jahren mit denselben dahin gearbeitet, daß
hier kein Sozialdemokrat ankommen kann. Auch sind die Birte mit
ihren Sälen meines Winkes gewärtig. Sozialdemokraten haben wir
nicht und wird es auch keinen geben, da die hiesigen Arbeiter meist
Leute sind, die hier geboren und erzogen sind und von sozialdemo-
kratischen Anschauungen nichts kennen. Um auch den Keim von
sozialdemokratischem Treiben hier fernzuhalten, wurde neulich eine
hier verordnete Einführung des christlichen Gewerksvereins der X-Ar-
beiter verwehrt, obgleich der Herr schon einen Saal dafür hergegeben
hatte. Volksversammlungen aber hier zu halten, halte ich nicht für
praktisch, damit der eine Verein nicht durch den anderen vernichtet
wird. Sollte Gefahr eintreten, werde ich schon zur Stelle sein.“

Noch interessanter ist der Brief eines Mitgliedes einer
christlichen Gewerkschaft an den Vorsitzenden:

„Es drängt mich, Dir einiges von dem mitzuteilen, was uns
in unserer agitatorischen Tätigkeit von unseren katholischen Land-
geistlichen an Hindernissen zwischen die Füße geworden wird.
Wiederholt habe ich Dir gesagt, daß für uns in hiesiger Gegend ein
großes Arbeitsfeld vorhanden ist. Und in der Tat viel größer, wie
ich es mir früher vorstellte. Es hat aber den Anschein, daß es uns
nicht gelingen sollte, die noch christlich gesinnte Arbeiterkraft für
uns zu gewinnen. Nicht bloß, daß uns mancher der Herren Land-
pfarrer nicht dazu kommen läßt, eine Organisation zu errichten,
weil er sie für überflüssig hält, sondern weil die Organisation, wenn
eine solche schon besteht, nicht den Ansichten des Herrn Pfarrers
entspricht und wieder vernichtet werden muß. Die Herren sind der
Ansicht, daß eine Gewerkschaft auf christlicher Grundlage auch in
politischer wie konfessioneller Beziehung tätig sein soll, von Ver-
besserungen der Lage der Arbeiter soll überhaupt nichts erwähnt
werden. Wenn man davon spricht, ist man einfach ein Sozial-
demokrat, der nur seine rote Kravatte mit einer schwarzen verdeckt,
das sagen die Herren nicht bloß hinter uns, sondern, was sehr gut,
uns direkt ins Gesicht. So erging es uns gestern, Sonntag, bei der
Agitation wieder. Unser Kollege H. hatte gestern die Aufgabe, eine
Auslandsfahrt nach dem Orte J. zu unternehmen. Meine
Beweglichkeit und ein anderer Kollege nahmen einen anderen Ort in
Angriff. Dabei hatten wir den Erfolg, eine seit einem halben Jahr
„gestorbene“ Zahlstelle wieder aufzurichten, während wir in dem
Ort, worauf wir es abgesehen hatten, nichts Gutes erwarten dürfen.
Auf dem Lande sind die Leute nun einmal so, daß ohne der Pfarrer
sich nichts machen läßt. Wir wandten uns deshalb auch zunächst
an den Herrn Pfarrer, machten ihn auf die bereits eingezogenen

Sozialdemokraten aufmerksam und erhielten folgende Antwort:
„In meiner Pfarrei sind die Arbeiter noch sehr gute und zufriedene
Leute. Wegen der paar Sozialdemokraten habe ich nichts zu be-
fürchten.“ Ich frag ihn dann, ob es uns gestattet sei, die Arbeiter
zu einer Versammlung zu berufen; da sagte der schon ältere Herr:
„Ich rate Ihnen davon ab, und sage Ihnen, daß Sie ohne mich
eine überflüssige Arbeit tun.“ Ich sagte, daß dann wenigstens ein
sozialpolitischer Verein, der Volksverein für das katholische Deutsch-
land, eingeführt werden sollte. Darauf sagte er: „Es ist schon etwas
im Gange, ich weiß aber noch nicht, ob es ein katholischer Arbeiter-
oder ein Volksverein wird; es ist schon jemand mit dieser Aufgabe
betraut, Eile hat es ja nicht.“ Ich mußte natürlich mit dem Gehörten
zufrieden sein und wußte, daß wir vom Herrn Pfarrer eine Unter-
stützung nicht zu erwarten haben. Selbstverständlich werden wir
ohne den Herrn Pfarrer oder seine Empfehlung die Organisation
einzuführen suchen. Noch mehr mußte sich H. sagen lassen. Als er
in J., welches zwölf Fabriken mit rund 1000 Arbeitern aufweist,
angekommen war, ging er zunächst ins Pfarrhaus, um den Herrn
Kaplan aufzusuchen, der schon vor mehreren Wochen etwas Material
von uns verlangt hatte. Inzwischen war er aber eines anderen
beschäftigt und ließ die Angelegenheit ruhen. Ich schrieb ihm einen
Brief, legte eine Zeitschrift bei, es kam aber keine Antwort. Und
was konnte H. hören: „Die Schulfabrikanten sind noch gut katho-
lische Männer, sorgen auch für die notwendigen kirchlichen Be-
dürfnisse, erfüllen ihre religiösen Pflichten, was bei den Arbeitern
wohl durchweg der Fall ist.“ — Der Ort ist nämlich ganz katholisch
und hatte bei der letzten Reichstagswahl nur eine sozialdemokratische
und eine liberale Stimme abgegeben. — Weiter sagte der Herr
Kaplan, er hätte in den Flugblättern gelesen, daß die Beiträge für
die Organisation schon durch die geringste Lohnhöhung sich mehr-
fach verzinsen. Daß das Bedürfnis einer Lohnhöhung nicht vor-
handen ist, hat er damit begründet, daß der Pfarrer von R. R. sagte:
„Die Arbeiter verbrauchen im Jahre für Luxusweine, wie Alkohol-
getränke, Zigaretten, Vereine, Velozipede usw. 100 000 M. Der Herr
Pfarrer von R. R. sagte das nämlich von den Arbeitern in R. R.,
deshalb sorgte er auch dafür, daß die guten Elemente aus der Ge-
werkschaft herausgingen und die, welche weniger gern in die Kirche
gehen, die Organisation heute noch ein bißchen zusammenhalten.
Daß die Zahlstelle, die hundert und einige Mitglieder zählte, zu-
grunde gehen muß, gab mir der Herr Pfarrer deutlich genug zu
verstehen. Er will dann mithelfen, sie wieder neu aufzubauen.
Gegen das Vorhaben des Pfarrers zu kämpfen, ist im geheimen
nicht möglich und öffentlich vielleicht für die ganze Bewegung mehr
schädlich als nützlich. Mit sehr wenigen Ausnahmen sind die noch
vorhandenen circa 35 bis 40 Mitglieder junge Leute bis vielleicht zu
25 Jahren. Die älteren sind in einem sogenannten Arbeiter-Unter-
stützungsverein. . . . Dort spielt natürlich der Pfarrer die Haupt-
rolle, und weil die jungen Gewerkschaftler nicht hineingehen, auch
ihre Sonntagspflichten schlecht oder gar nicht erfüllen, sind sie in
den Augen des Pfarrers Sozialdemokraten. Und gerade der jetzige
Vorsitzende hat den Pfarrer nicht besonders liebgenommen. Ich habe
die Leute schon wiederholt ermahnt, sie möchten ihre Christenpflicht
erfüllen, dann bekam ich die Antwort: „Ja, wenn der Pfarrer von
der Kanzel herunter sagt: wer übriges Geld hat, geht in die Ge-
werkschaft (Sozialdemokraten betreiben dort nicht), auch soll . . .
da haben wir zur Kirche kein Bedürfnis mehr.“ Lieber Freund,
gib mir einen guten Rat. Dieser Herr Pfarrer sorgte dafür, daß
die Sozialdemokratie nicht verliert. Wie könnten wir solchen Herren
beikommen, ohne zu verfehlen?“

Sozialpolitik und Arbeiterorganisation nur aus Rück-
sicht auf die Sozialdemokratie. Wo die Sozialdemokratie nicht
zu fürchten ist, denkt man nicht an Sozialpolitik, ja man fürchtet
sogar von der Gründung christlicher Organisationen eine Förde-
rung der Sozialdemokratie, wo die Arbeiter noch nichts von
dieser wissen. Das stimmt ganz vortrefflich zusammen mit der
Sorge um die sozialdemokratische Verweidung der Arbeiter-
ausschüsse im Bergbau, die auch in der ultramontanen Presse
so offen zum Ausdruck kommt.

Unter demselben Gesichtspunkte ist es zu beurteilen, wenn
die „Kölnische Volkszeitung“ einen Vorschlag der „Kirchlich-
sozialen Blätter“ eifrig aufgreift, die jugendlichen Fabrik-
arbeiterinnen planmäßig zu organisieren und den christlichen
Gewerkschaften zuzuführen. Die Stöderschen wollen dazu die
Volkschullehrerinnen mißbrauchen, während die „Kölnische
Volkszeitung“ diese Aufgabe dem katholischen Frauenbunde
zuzweist.

Internationale Bergarbeiter-Konferenz.

Aus Brüssel wird uns geschrieben:
Am 21. d. M. tagte hier im Palais du Peuple eine Vorkonferenz
für den diesjährigen internationalen Bergarbeiterkongreß. An-
wesend waren von England Aston, Wilson, Eddards
und Abrahams, von Deutschland Sachs und Que, die
auch auftragsgemäß die österreichische Organisation vertraten,
von Frankreich Legant und Godeant; von Belgien Cabrot
und Caluwaert. Beschlossen wurde, den Bergarbeiterkongreß
in Lüttich abzuhalten, und zwar beginnend am 7. August,
mittags 12 Uhr; für die Verhandlungen sind 5 Tage vorgesehen.
Die Stadtverwaltung von Lüttich hat (einstimmig) beschloffen,
für die Arrangements des Kongresses 1500 Fr. aus Municipal-
mitteln zu geben, außerdem das städtische Kasino (Salle Grötry) als
Kongreßlokal zur Verfügung zu stellen. Der Kongreß wird auch
vom Gemeinderat offiziell begrüßt werden.

Auf die Tagesordnung des Kongresses wurden gesetzt: die
französisch-belgischen Anträge; Gesetlicher Achtstun-
den tag für alle Arbeiter im Bergwerksbetriebe, Grubeninspektion durch
Arbeiterkontrollure, Unfallentschädigung, Minimallohn, Nationali-
sierung (Verstaatlichung) der Minen, internationaler Bergarbeiter-
feiertag, Verichte über Produktion, Löhne, Preise usw. und inter-
nationaler Generalstreik. Ueber ein Achtstundengesetz zu
beschließen beantragen auch die Deutschen und Engländer.
Die Deutschen beantragen außerdem Beschlüsse betreffend Frauen-
und Kinderarbeit, Arbeiterkontrollure und internationales
Bergarbeiter-Sekretariat. Die Engländer
wollen den Minimallohn behandelt wissen und regen
eine Demonstration für den allgemeinen
Weltfrieden durch den Kongreß an, welchem
Anträge einstimmig Folge gegeben wird. Auf Antrag der
Deutschen wird der Kongreß die Frage des internationalen
Generalstreiks und des Sekretariats in nächstöffentlicher
Sitzung besprechen. Der internationale Generalsekretär Mr. Aston
wird den Konferenzbeschlüssen entsprechend das Kongreßprogramm
alsbald gedruckt herausgeben.

Als Dolmetscher fungierten Guismann-Brüssel und Bern-
stein-Berlin. Die belgischen Delegierten teilten mit, daß nach
ihrem Generalstreik ihre Organisation 25—30 Proz. an Mitgliedern
gewonnen habe. —

Die Reichstags-Ergebnisse im Kreise Hameln-Springe wurde auf
den 30. Mai festgesetzt. —

Südwesafrikanische Verluste.

Berlin, 25. April. Ein amtliches Telegramm aus Windhut
meldet:

Im Gefecht bei Pissipot am 18. April 1905 gefallen: Unter-
offizier Max Weichert, geb. 25. September 1879 zu Eberswalde.
An Tpphus sind gestorben: Reiter Otto Verling, geb.
28. November 1880 zu Limmendorf, am 20. April 1905 im Lazarett
Windhut. Reiter Josef Schäfer, geb. am 13. Mai 1883 zu
London, am 18. April 1905 im Lazarett Läderichshut. Reiter Karl
Kuhnen, geb. am 12. April 1882 zu Strum, am 15. April 1905
in der Krankensammelstelle Natamas. Reiter Bruno Paul,
geb. am 25. Januar 1883 zu Niefa, am 21. April 1905 im Lazarett
Windhut. Reiter Karl Kliebisch, geb. am 4. Juli 1881 zu
Groß-Burgha, am 20. April 1905 im Lazarett Olahandja an
Palalaria gestorben.

Kommen und hielt dort eine große Rede für die Verstaatlichung. Er wies auf die 146 Städte in Großbritannien hin, die das Experiment gemacht haben und sehr zufrieden damit sind; er erklärte, daß das Publikum billiger fahren könnte und die Angestellten bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit gewinnen würden, wenn die Stadt selbst den Betrieb ihrer Straßenbahnen übernehme.

Die Landeskonferenz der Sozialdemokratie Sachsens

Hielt am zweiten Osterfeiertage im „Vollshause“ zu Leipzig ihre erste Sitzung ab. Die 23 Wahlkreise waren durch 80 Delegierte vertreten, außerdem waren 13 Mitglieder der fünf Agitationskomitees, 12 Reichstags-Abgeordnete — soweit sie nicht zugleich Parteimitglieder sind — und Genosse Franck für den Parteivorstand anwesend. Mit der Leitung der Verhandlungen wurden Kahl-Leipzig und Fleißner-Dresden beauftragt. Den bereits schriftlich erstatteten Bericht des Zentralkomitees ergänzte Siederermann und führte aus, daß die Landesversammlung zugleich das Jubiläum für Erreichung der 50 000 Mitglieder für die sozialdemokratische Organisation Sachsens sei. Zwar seien die 50 Tausend organisierter Parteigenossen nur der zirkel achte Teil der 440 000 sozialistischen Wähler, aber die Finanzen der sozialdemokratischen Partei in Sachsen seien doch detarisiert worden, daß die Hauptquelle der Einnahmen die Mitgliedsbeiträge geworden und man immer mehr von der Ausgabe der Listen und Vons zurückgekommen sei. Wir Sachsen sind in der Lage gewesen, aus den Mitgliedsbeiträgen nicht nur unsere Ausgaben zu bestreiten, sondern auch noch Mittel nach Berlin zu senden. Der Mittweidener Beschluß, daß mindestens 5 Pf. Wochenbeitrag in den Vereinen erhoben werden soll, ist durchgeführt worden. Es zahlen zirkel 30 000 Mitglieder 10 Pf. und 20 000 Mitglieder 5 Pf. Wochenbeitrag. Der Stand der Presse, namentlich der vier großen Blätter, ist ein ausgezeichnetes; sie werben über 100 000 M. Ueberschuß ab. Wenn über den Rückgang des Wochenausverkaufs geklagt wird, so läßt man unberücksichtigt, daß die Zeitungen qualitativ mehr leisten als früher. Redner wendet sich dann gegen den Antrag Schöpflin, den 10. Wahlkreis der „Vollzeitung für das Muldental“ zum Verbreitungsbezirk zuzuwenden, und gegen den Antrag, eine besondere Organisation der sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu schaffen. Schließlich erklärt sich Redner mit dem Entwurf des Organisationsstatus für die sozialdemokratische Partei Deutschlands einverstanden, der den sächsischen Verhältnissen entspricht.

Braun gibt den Kassenerbericht. Mit dem Kassenerbestande sind zusammen an Einnahmen 9241,40 M. Unter den Ausgaben figurieren vornehmlich 3123,60 M. für Kalender und 1680,40 M. für die „Kommunale Post“. Der Agitationskalender ist in einer Auflage von 150 000 Exemplaren verbreitet worden. Die Differenz zwischen den einzelnen Kreisen sei sehr erheblich; es gibt Kreise, die 1000 M. Jahreserinnahme haben, denen der 13. Kreis mit 60 000 M. Jahreserinnahme gegenübersteht. Doch sei der Mitgliederstand und der Abonnentenstand mit 134 000 nicht befriedigend; gebe es doch in Sachsen ca. 600 000 Industriearbeiter. Die Gewerkschaftler seien noch nicht alle Abonnenten der Parteiblätter, und darum müssen auch in diesen Kreisen Abonnenten gewonnen werden. Gegenüber dem Vorschlag des Organisationsentwurfs, 25 Proz. der Einnahmen an den Parteivorstand abzuliefern, halte er es für angemessen und wünschenswert, in Sachsen eine Sammelstelle dieser Summe zu erhalten, daß erst schwache Kreise unterstützt werden, ehe das Geld nach Berlin gehe.

Die Debatte betraf die beiden Anträge Ausbeziehung des 10. Wahlkreises und Schaffung einer Organisation der Gemeindevertreter, wurde aber von den meisten Rednern ablehnend behandelt. Eine Resolution, die eine Aenderung des Organisationsentwurfs dahin erstrebte, der Reichstags-Fraktion nur eine prozentuale Vertretung einzuräumen, wurde eingebracht und debattiert.

Schweizerischer Arbeitertag.

Z. Ditten, 24. April.

In Anwesenheit einer großen Delegiertenversammlung eröffnete um 10 Uhr vormittags in der südlichen Kongresshalle der Präsident des Schweizerischen Arbeiterbundes, Genosse Lang-Zürich, den Schweizerischen Arbeitertag mit einer längeren Ansprache, in der er daran erinnerte, daß vor 15 Jahren in demselben Saale über dieselben Fragen verhandelt wurde, die auf der Tagesordnung des heutigen Arbeitertages stehen. Dieser Umstand zeigt, wie langsam die sozialpolitische Gesetzgebung marschiert. Die Arbeiterklasse selbst hat jedoch nicht stille gestanden während dieser Zeit, sie hat vielmehr ihre Organisationen bedeutend weiter ausgebaut und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltet und Fortschritte gemacht.

Das Bureau wurde bestellt aus Lang als Präsident, Professor Dr. Bed-Zürich, Kessler-Dünen als 1. und 2. Vizepräsident, Marx und Weimann als Schriftführer.

Im Namen der Stadt Ditten begrüßte der Stadtpräsident Ditschli den Arbeitertag.

Sodann referierte Pfarrer Dr. Heer-Verschwandlen (Glarus) über die Krankenversicherung. Einleitend verwies er darauf, daß seinerzeit das Schweizer Volk den neuen Verfassungsartikel betreffend die Kranken- und Unfallversicherung schuf, das Gesetz selbst aber dann verworfen. Das Gesetz war eben nicht befriedigend, kompliziert und sah eine kostspielige bürokratische Verwaltung vor. Aber die Krankenversicherung will das Volk und sie endlich zu schaffen, wird angesichts der Versicherungseinrichtungen in monarchischen Ländern zur Ehrentafel der Demokratie. Das unumkehrbar, als im deutschen Reichstage Graf Wilow in seinem Redebeitrag mit Weibel die Demokratie förmlich als unfähig erklärte, die gleichen Einrichtungen zu schaffen. Wenn auch in Deutschland nicht alles Gold ist, was glänzt, und wenn auch die deutsche Arbeiterklasse nicht vollbefriedigt ist von den bestehenden Versicherungen, so brennt doch der Wilow'sche Wortwurf jedem Demokraten aufs Herz und es muß nun auch in unserem Lande die Krankenversicherung geschaffen werden. Der Redner gab hierauf eine eingehende Uebersicht über alle Schritte, die bisher zur Erreichung des Zieles getan wurden, beleuchtete die Frage von allen Seiten, wobei er auch die verschiedenen gegnerischen Einwände besprach und zurückwies, so namentlich den, es handele sich dabei um eine rein politische Frage, daß nur die Grütli-Krankenkassen davon gewinnen würden. Er schloß sein Referat in folgende Thesen zusammen:

a) daß das Schweizer Volk durch seinen Entscheid vom 30. Mai 1900 nicht den Versicherungsgedanken selbst, sondern nur die ihm mißliebige Form, in die er gekleidet wurde, verworfen hat;

b) daß es hoch an der Zeit ist, daß die Versicherungsfrage endlich ihre Lösung finde;

c) daß die Millionen, welche die neuen Zölle eintragen werden, in erster Linie für eine große soziale Aufgabe ihre Verwendung finden und den breitesten Volksschichten, welche diese Zölle zu bezahlen haben, auch wieder zugute kommen sollen;

d) daß die Delegiertenversammlung der Schweizerischen Krankenkassen vom 30. November 1902 den richtigen Weg zur Lösung der Versicherungsfrage gewiesen hat, der Bundesrat aber augenscheinlich zögert, diesen Weg zu betreten;

Beschließt der Schweizerische Arbeitertag von Ditten:

1. Zustimmung zum Beschlusse der Delegiertenversammlung der Schweizerischen Krankenkassen vom 30. November 1902 in Ditten:

Der Bund richtet den Kantonen für die Krankenversicherung soweit möglich Beträge in gleicher Höhe aus, wie sie im Gesetzentwurf vom Jahre 1900 in Aussicht genommen waren. Es steht den Kantonen frei, unter Verächtlichung der bestehenden Krankenkassen die Bundesmittel, sei es für die Krankengeldversicherung, sei es für die unentgeltliche Arznei oder auch für beides zugleich zu verwenden.

2. Der leitende Aufsicht Beziehungsweise der Bundesvorstand wird beauftragt, sich mit der Zentralkommission der Schweizerischen

Krankenkassen in Verbindung zu setzen, um gemeinsam im Spätsommer die Verfassungsinitiative in die Hand zu nehmen.

3. Der aufzustellende Initiativvorschlag muß so gefaßt werden, daß er bei Annahme durch das Volk und die Stände sofort in Kraft treten kann und nicht erst eines neuen Bundesgesetzes zur Ausführung bedarf.

4. Der Arbeitertag erklärt prinzipiell seine Zustimmung zu dem Vorschlage des Referenten:

An die Stelle des bisherigen Art. 34 bis der Bundesverfassung tritt nachfolgender Artikel:

„Der Bund richtet an die Kantone für den Zweck der Kranken- und Invalidenversicherung und der Krankeneinwohner Subventionen aus im Verhältnis von 200 Fr. auf 1000 Einwohner. Kantone, welche Anspruch auf den vollen Betrag dieser Subvention machen, haben nachzuweisen, daß sie durch Staat, Gemeinden, Korporationen und die Versicherten selbst mindestens einen gleichen Betrag für die genannten Zwecke aufwenden. Sollten einzelne Kantone weniger verwenden, so erhalten sie bloß einen ihren Leistungen entsprechenden Betrag.“

Es steht den Kantonen frei, die vom Bunde erhaltenen Subventionen entweder für Unterstützung der bestehenden und noch zu gründenden Krankenkassen oder für unentgeltliche Arznei zu verwenden. Nur solche Krankenkassen haben Anspruch auf Subvention, die entweder einem die ganze Schweiz umfassenden Freizüglerverband angehören oder ihren den Versicherungskreis umfassenden Mitgliedern die Unterstützung im ganzen Gebiet der Schweiz gewähren. Die unentgeltliche Arznei muß allen Einwohnern, deren Einkommen einen durch die Kantone zu bestimmenden Betrag nicht übersteigt zugute kommen.

Die Kantone sind verpflichtet, über die Verwendung der Bundessubvention genaueste Rechenschaft abzulegen und die subventionierten Krankenkassen zu überwachen.

Der Bund wird auf dem Wege der Gesetzgebung die Unfallversicherung einrichten.“

Der Arbeitertag beschloß, den Bundesvorstand zu beauftragen, in Verbindung mit dem Zentralkomitee der Krankenkassen das Initiativbegehren so zu formulieren und daß nach dessen Annahme sofort die Bundesunterstützung der Krankenkassen erfolgen soll. Die dazu gestellten Anträge wurden den beiden Komitees zur Verächtlichung überwiesen. Für die Unterstützung der Wöchnerinnen erklärte sich der Arbeitertag einstimmig.

Anwesend sind 444 Delegierte, welche 321 Sektionen mit 209 400 Mitgliedern vertreten.

In der Nachmittags-Sitzung wurde zunächst Genosse Greulich als Arbeitervertreter zum siebenten Male einstimmig wiedergewählt. Nach einem kurzen Referat Professor Dr. Bed-Zürich wurde einstimmig beschlossen, an den Bundesrat neuerdings das Verlangen zu stellen, die Subvention an den Arbeiterbund von 25 000 auf 30 000 Fr. zu erhöhen, um die Anstellung eines Abpunkten italienischer Junge zu ermöglichen.

Es folgte das Referat Siders über die Revision des Fabrikgesetzes. Er führte einleitend aus, daß der Bundesrat wohl im Laufe der Jahre durch Interpretation, Erlasse und Verordnungen das Geltungsgebiet des Fabrikgesetzes erweitert hat, aber jetzt gelte es nur, das ganze Gesetz in fortschrittlichem Sinne zu revidieren, wobei das Ziel bleibt, es allmählich zu einem allgemeinen Arbeiterschutzgesetz auszugestalten. Im einzelnen sollen außer der Schaffung eines Gewerbegesetzes und eines Gesetzes über die Hausindustrie für die Revision des Fabrikgesetzes folgende hauptsächlich Forderungen aufgestellt werden: Ausdehnung des Geltungsgebietes, wöchentliche Lohnzahlung, Abschaffung der Wunden und Verbot aller Lohnabzüge, Jehnflundentag, freier Sonnabendnachmittag, Beschränkung der Ueberzeitarbeit und Lohnzuschlag für sie, ebenso betreffend Nacht- und Sonntagsarbeit, Arbeitsunfähigkeit in ununterbrochenen Betrieben, Verbot gewisser gewerblicher Arbeiten für die Frauen, längere Mittagspause für sie, Erweiterung der Kompetenzen der Fabrikspektion, Zuziehung von Arbeitern und Frauen zu derselben, Verschärfung der Strafbestimmungen für die Uebertretung des Gesetzes.

Nach längerer Debatte wurde einstimmig dem Revisionsprogramm zugestimmt. Auch der Antrag des Dr. Decurtius, vom Bundesrat die Veröffentlichung der Urteile gegen Unternehmer wegen Uebertretung des Fabrikgesetzes zu verlangen, wurde angenommen.

Mit dem Wunsch, am nächsten Arbeitertage in drei Jahren die heute behandelten Fragen gelöst zu sehen, schloß Genosse Lang abends 6 Uhr den Arbeitertag.

Gewerkschaftliches.

Wieder ein Hirsch-Dunderscher Verrat!

Der Streik in Weihenfeld ist leider doch beendet. Hirsch-Dunderscher Verrat hat den Arbeitern eine Niederlage bereitet.

Schon zu Beginn der Schuhmacherbewegung in Weihenfeld war in den Arbeiterreihen Misstrauen gegen die Waffenbrüderschaft der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft vorhanden, meist auf Grund der bösen Erfahrungen die man anderwärts und im allgemeinen bei wirtschaftlichen Kämpfen in bezug auf ihre Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit gemacht hatte. Vollauf berechtigt ist auch dieses Misstrauen geblieben und ihr Verhalten bei Lohnkämpfen ist wiederum einen ganz erheblichen Teil niedriger zu hängen und wird sich jedenfalls denkwürdig an die anderen ebenfalls unsauberen Fälle anreihen. Gemeinschaftlich mit dem Verband Deutscher Schuhmacher wurden die Vorarbeiten in Kommissionsitzungen zur Forderung der Tarifeinführung gemacht. Vom Verband kamen über 1500, vom Gewerksverein über 500 Mitglieder in Betracht. Auch der Hauptschriftführer vom Gewerksverein, der Herr Winter-Berlin, sowie der Verbandsvorsitzende, Herr Simon-Rürnberg, waren einer Meinung über diese Frage, die in den Verhandlungen von Weiden ohne irgendwelche Abweichung ganz energisch vertreten wurde. Mit gleicher Energie wurde in den ersten Wochen auch dafür gekämpft und kein Mißton störte bis dahin das Vorgehen der beiden Organisationen. Doch schon in der vierten Woche wurde durch die Fabrikanten in der Lokalpresse bekannt gegeben, daß die Gewerkschaftsleitung brieflich gebeten habe, die durch die Verbändler freigegebenen Plätze durch Gewerksvereiner besetzen zu lassen. Dies machte zunächst süßig, und in der Voraussetzung, daß dies von den Fabrikanten nur behauptet würde, um einen Keil zwischen beide Organisationen zu treiben, blieb diese Notiz vorläufig von Verbandsseite unbeachtet. Auf Anfrage stellte die Gewerkschaftsleitung dies auch als eine ganz harmlose Sache hin. Mittlerweile gingen dem Gewerksverein aber auch die Streikgelder aus und, jedenfalls um diese Wölfe zu verdecken, kam noch vom Hauptvorstand in Berlin dem Herrn Winter ein Signal. Es wurde zum Rückzug geblasen, in ganz heimtückischer Weise, ohne vorher der Tarifkommission etwas zu sagen! Im Organ des Gewerksvereins „Der Lederarbeiter“ wurde in Nr. 6 über die Schuhmacherbewegung in Weihenfeld folgendes geschrieben: In der Hauptvorstandssitzung des Gewerksvereins zu Berlin berichtete der Hauptschriftführer Winter über die Lage der Weihenfeld'schen Tarifbewegung, daß der Fabrikantenverein hartnäckig jede Verhandlung mit der Tarifkommission ablehne, auch die wohlgemeinte Vermittlung hochstehender Persönlichkeiten zurückgewiesen habe. Falls nicht ein Wendepunkt eintrete und die Verstärkung nicht zur Einsicht gelangen, werde wohl auf die Forderung des schriftlichen Arbeitsvertrages vorläufig verzichtet und als Abschlagszahlung eine Lohnausbesserung unter anderer Garantie vorgeschlagen werden müssen. Geringe und gerechte Zustände durch Tarifverträge herbeizuführen, dazu sei der Fabrikantenverein noch nicht reif.

Doch dieses Schreiben geeignet und berechnet war, den Widerstand der Fabrikanten zu verschärfen und Wankelmütigkeit in die

Arbeiterreihen zu bringen, lag klar auf der Hand. Die Tarifkommission hatte beschlossen, eine Aenderung der Taktik nicht vorzunehmen. Trotzdem erklärte die Gewerkschaftsleitung am Orte, mit dem Verband Deutscher Schuhmacher weiterzukämpfen zu wollen, und scheinbar waren die Herren mit der Schreibweise ihres Hauptvorstandes nicht einverstanden. Doch wußten sie wohl und gaben auch zu, daß es sich bei diesem Coup an der Zentralfabrik um die fehlenden Mittel zum Weiterstreiken handelte. Von dieser Zeit an nahmen auch die Streikbrecher aus den Reihen der Gewerksvereine in auffälliger Weise zu. In der Fabrik von Kühn, wo der Gewerksverein stark vertreten ist, wurde 5 Streikbrechern gekündigt, weil sich die alten Arbeiter, die Gewerksvereinsmitglieder, zur Arbeit gemeldet hatten. Selbst Hauptvorstandsmittglieder des Gewerksvereins machten den Fabrikanten Mitteilung von dem finanziellen Bankrott, der ein sehr baldiges Ende des Streiks zur Folge haben müsse. Von Tag zu Tag trat der geübte Verrat immer klarer zutage. Ganz sicher wäre der Streik gewonnen worden, wenn die Gewerksvereiner, und in erster Linie ihre Hauptverwaltung, nicht als Verräter, sondern als aufrichtige Vertreter für Arbeiterinteressen eingetreten wären. „Der Lederarbeiter“ als Organ des Gewerksvereins brachte z. B. in Nr. 7 von Berlin aus Versammlungsberichte in so unrichtiger und entstellter Weise, daß selbst unsere konservativen Blätter zum Schaden der Arbeiter es nicht besser fertig zu bringen vermögen. In jenem Blatt wird das Verhalten der Streikenden einem offenen Aufruhr gleichgestellt und an einer Stelle heißt es dann: „Dem nach diesen Ereignissen ist eine gütliche Vermittlung ausgeschlossen.“ Diese Schreibweise war nur darauf berechnet, ein gewaltames Ende des Streiks herbeizuführen, um noch rechtzeitig die finanzielle Wölfe verdecken zu können. Daß die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine nicht kräftig und lebensfähig genug sind, wirtschaftliche Kämpfe von längerer Dauer mit dem organisierten Unternehmertum führen zu können, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung. Ernsthafte Kämpfe, wie sie den Arbeitern aufgezogenen sind, durchzuführen, dazu fehlen ihnen die Energie, die Mittel und der Wille. So auch hier. Noch am 14. April wurde in öffentlicher Schuhmacher-Versammlung durch den Weihenfeld'schen Vorsitzenden des Gewerksvereins, Herrn König, erklärt, daß das Gerücht, der Gewerksverein habe kein Geld mehr, un wahr sei und die Waffenbrüderschaft mit dem Zentralverbande bis zum letzten Augenblick aufrechterhalten würde. Der Kassierer sei dagewesen und habe sich von der Situation überzeugt. Jedoch, dagewesen war der Herr Kehl, er hatte aber den Fabrikanten Mitteilung gemacht, daß er kein Geld mehr sende und dem Streik dadurch ein Ende mache. Am 20. April, zwei Tage vor dem Osterfest, als die Mitglieder kamen, um ihre Streikunterstützung abzugeben, wurde ihnen bedeutet, daß Streikunterstützung nicht mehr ausbezahlt werden könne. Der Hauptvorstand hatte seine Mitglieder im Stich gelassen. Alte Mitglieder des Gewerksvereins, die fünf und sechs Kinder hatten, erhielten zum Osterfest statt der Unterstützung eine solche Antwort von einer angeblichen Arbeiterorganisation. Angesichts eines solchen Verrates dürfte wohl für alle Arbeiter die Frage entschieden sein, ob sie in Zukunft noch den Hirsch-Dunderschen über den Weg trauen dürfen. Die richtige Wahl der Organisation wird unter solchen Umständen ehrlichen Arbeitern nicht schwer fallen.

Berlin und Umgegend.

Die Rohrleger und Helfer befaßten sich am Montag in einer bei Keller abgehaltenen, stark besuchten Versammlung mit der Frage der Verbesserung ihres Tarifs. Der jetzt geltende Tarif wurde im Jahre 1902 mit den Arbeitgebern abgeschlossen und läuft am 1. September d. J. ab. Die Bieseenthal der Versammlung berichtete, daß während der bisherigen Vertragsdauer eine große Zahl von Differenzfällen, die aus dem Arbeitsverhältnis resultierten, durch die Schlichtungskommission erledigt worden. Auch hat die Kommission eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, auf Grund deren die ursprünglichen Tarifbestimmungen wesentlich ergänzt worden sind. So wie sich der Tarif jetzt aber präsentiert, sei er nur ein Stückwerk, das einer erheblichen Verbesserung bedürfe, auch besonders im Hinblick auf den Minimallohn, der den Berliner Verhältnissen nicht mehr angepaßt sei. Redner empfahl der Tarif rechtzeitig zu kündigen, damit derselbe einer zeitgemäßen Reorganisation unterworfen werden kann. Nach reger Diskussion, die sich durchweg im Sinne des Referats bewegte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung beauftragt die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes, den bestehenden, mit dem Verband der Heizungsbau-Industriellen, der Vereinigung Berliner Gas- und Wasserinstallateure, der Innung Berliner Gas-, Wasser- und Heizungsfachmänner, der Charlottenburger Innung sowie einer Anzahl Einzelritten abgeschlossenen Tarife zu kündigen und geeignete Schritte zu Vorbereitungen für den Abschluß eines neuen Vertrages zu unternehmen. Die Verammelten erklären, die diesjährige Tarifbewegung durch rege Agitation und treues Festhalten an der Organisation nach besten Kräften zu fördern.“

Um eine zweckmäßige Formulierung der Forderungen zu ermöglichen, soll in aller nächster Zeit eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berliner Rohrleger und Helfer aufgenommen werden, die als Grundlage für die Verhandlungen mit den Unternehmern dienen soll. Mitgeteilt wurde auch, daß die Unternehmer im Rohrlegergewerbe sich in einem neuen Arbeitgeber-Verbande zusammengefunden haben, dessen Arbeitsnachweis dem Ausschuss der Abteilung II des Rühnemänner-Verbandes in der Dresdenerstraße angegliedert ist.

Die Stellmacher in den Lugzswagenfabriken haben mit Hilfe des Holzarbeiter-Verbandes eine Lohnbewegung mit Erfolg durchgeführt. Sie forderten Verkürzung der 4-57 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit auf 52 Stunden und einen einheitlichen Affordtarif. Bisher gab es für jeden Wagen, ohne Berücksichtigung der Einzelarbeiten, bestimmte Preise. Gefordert wurde die Festsetzung und gleichzeitige Aufbesserung eines Grundpreises und besondere Bezahlung der Extraarbeiten. Es kommen 7 Betriebe mit etwa 100 Stellmachern in Frage. Am Mittwoch und Donnerstag fanden längere Verhandlungen mit den Arbeitgebern statt. Es kam eine Vereinbarung zustande, wonach den Stellmachern eine Erhöhung des Grundpreises um 10 Proz. und besondere Bezahlung der Extraarbeiten zugesichert wurde. Das bedeutet eine Aufbesserung des Lohnes um etwa 20-25 Proz. Ferner wurde die 52 stündige Arbeitszeit bewilligt. Gleichzeitig verpflichteten sich die Arbeitgeber, auf 52 Stunden herabzugehen, sobald diese Arbeitszeit in den gemischten Betrieben eingeführt wird. Hiermit sind die Wagenfabriken von Leuschner, Reuß und Kahlstein gemeint, die neben Stellmachern auch Schmiede, Lackierer, Sattler etc. beschäftigen. Da sich die Bewegung nur auf die Stellmacher erstreckt, nicht aber auf die übrigen Arbeiter im Wagenbau, so sollten sich die genannten drei Fabriken nicht veranlassen, von der 52 stündigen Arbeitszeit abzugehen, da ja nur die Stellmacher eine Verkürzung gefordert hatten. In diesen Betrieben erfährt auch der festgesetzte Affordtarif einige Abänderungen, weil dafelbst manche Arbeiter mit Hilfe von Maschinen hergestellt werden. In der Fabrik von Leuschner befinden sich die Stellmacher wegen der Forderung der 52 stündigen Arbeitszeit im Streik. Im Betriebe von Kahlhardt wird noch über einzelne Punkte des Tarifs verhandelt. Im übrigen ist, wie gesagt, eine Einigung erzielt worden.

Deutsches Reich.

Die Zimmerer von Frankfurt a. D. sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Bei sämtlichen Vorgeschäften, mit Ausnahme einiger kleinerer Geschäfte mit 2-3 Mann, ruft seit Dienstag früh

Die Arbeit vollständig. Zwei Geschäfte haben die Forderung von 45 Pf. Stundenlohn anerkannt. — Zugzug ist fernzuzulassen.

Vom Bäderstreik in Dresden ist zu berichten, daß dort bereits 188 Gehäusen in 60 Bädereien zu den neuen Bedingungen arbeiten. Die Streikenden stehen fest. — Zugzug ist fernzuzulassen.

Die Schneider in Aachen haben mit 10 von 27 Geschäften einen bis zum 1. März 1907 geltenden Lohnvertrag abgeschlossen, der die Löhne für Stückerarbeit in einigen Fällen etwas erhöht, in einem anderen Falle aber gesenkt hat. Ist auch vorderhand nicht viel erreicht worden, so kann man den Tarifabschluß doch als den Anfang einer Besserung in den sehr ungünstigen Arbeitsverhältnissen der Aachener Schneider betrachten. Von den 17 Geschäften, die den Tarif nicht bewilligt haben, gehören zwei der ersten, sechs der zweiten und neun der dritten Klasse an.

Lapezierer-Auspeerrung.

In Heidelberg befinden sich die Tapezierer in einer Lohnbewegung. Die dortige Tapezierer-Zunft hat nun, wie uns ein Privattelegramm meldet, beschlossen, vor dem 1. Oktober keinen der streikenden Tapezierer wieder einzustellen.

Scharfmacher-Brutalität.

Am Sonntagabend, dem Vorabend des Festes der Liebe und der Freundschaft, hat die Direktion der Massischen Maschinenfabrik in München 10 Proz. ihrer Arbeiter ausgesperrt. Nicht nach dem A.-B.-G., sondern Verhältnismäßig ist die Direktion verfahren und hat die ihr mißliebigen Arbeiter auf das Pflaster geworfen. Von dieser Maßregel wurden Leute betroffen, die Jahrzehnte in der Fabrik frondeten — einer der ausgesperrten, der in diesem reichhaltigen Betriebe seine gesunden Glieder einbüßte, blüht sogar auf eine 33½ jährige Tätigkeit zurück! — Daß auch die Mitglieder der Lohnkommission entlassen wurden, zeigt, wie unparteiisch die Direktion verfuhr. Begründet wurden die Entlassungen damit, daß durch die derzeitige Lohnbewegung eine Reduktion der Arbeiter notwendig sei. Und was verlangen denn die Arbeiter? Nichts weiter als eine 10 prozentige Stundenlohn-Erhöhung und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifvereinbarungen festzulegen, eine „Forderung“, die bekanntlich erst unlängst die bayrische Regierung in einem Erlaß als wünschenswert und erstrebenswert bezeichnet. Am Donnerstag früh wurde eine überaus starkbesetzte Fabrikversammlung abgehalten, in der einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, daß die Arbeiter der Dreherei und der Werkzeugmacherei vom Dienstag ab die Arbeit ruhen lassen. In Anbetracht der verhängnisvollen Situation hat die Dirsch-Dunderische Gewerkschaft, die einen gesonderten Tarif eingereicht hatte, diesen zurückgezogen und macht nun mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband gemeinsame Sache. Zugzug von Metallarbeitern nach München ist strenge fernhalten.

Husland.

Die Papierarbeiter in Südböhmen und Oberösterreich sind in einer Lohnbewegung begriffen. Vorzug wird gewarnt.

Die Streik- und Lohnbewegungen in der Schweiz nehmen mit jedem Tage mehr an Ausdehnung zu. Jetzt haben auch die Schlosser in Basel und die Freifeuergefährten in Chaux-de-Fonds die Arbeit eingestellt. In Zürich hat das wildgewordene Spießbürgerium eine Protestversammlung gegen die streikenden Maurer abgehalten, in der es von „Ausfäureungen“ der Streikenden schwandelte, von den Behörden den Schutz aller Ausbeuter und Streikbrecher forderte und endlich dagegen protestierte, daß die städtischen Behörden jenen Unternehmern, welche die Ausführung städtischer Arbeiten übernommen haben, diese nun aber wegen der Verweigerung des Minimallohnes stöden, wieder entziehen wollen. Das honeste Würgerium, das hier in gewissenloser und überster Scharfmacherei machte, mißhandelte einen in der Versammlung anwesenden organisierten Arbeiter derart, daß ihm die Knie zum Teil vom Leibe gerissen, über und über mit Blut bedeckt waren, so daß er sofort von der Sanitätspolizei in Pflege genommen werden mußte. Und dieses gewalttätige Ausbeutertum schwandelt von Terrorismus und Ausschreitungen der Arbeiter! — Die Züricher Arbeiterschaft antwortete mit einer von 10 000 Personen besuchten, unter freiem Himmel abgehaltenen Protestversammlung, in der unsere Genossen Dr. Tobler, Redakteur, Wetmann, Arbeitersekretär, Dr. Kraft, Stadtarzt, Terza (italienisch) und Arbeitersekretär Greulich kurze, kernige und begeisterte Ansprachen hielten. In einer längeren Resolution werden die Scharfmachereien der vornehmlichen Ausbeuter zurückgewiesen, gegen die Beschimpfungen und Mißhandlungen von Arbeitern in jener Versammlung protestiert, den Streikenden die tatkräftigste weitere Unterstützung zugesichert und endlich die städtischen Behörden aufgefordert, die städtischen Arbeiten in Regie ausführen zu lassen. Bei den bevorstehenden Wahlen soll die Arbeiterschaft gründliche Abrechnung mit dem Ausbeutertum auf politischem Gebiete halten.

12. Generalversammlung des Verbandes der Lederarbeiter Deutschlands.

Dresden, 24. April.

Heute vormittag 11 Uhr wurde im Volkshaus die Generalversammlung eröffnet.

Als Vertreter der Generalkommission ist Sabbath-Berlin anwesend. Als Vertreter des Schuhmacher-Verbandes wird der Sekretär derselben, Köhle, noch erscheinen.

Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Taktik bei Lohnbewegungen, Unterstützungsweesen, Stellungnahme zum Gewerkschaftslohnstreik usw.

Der Vorsitzende Mahler verweist auf den gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht, dem er nichts hinzuzufügen hat. Nach diesem hatte der Verband am Schlusse des vierten Quartals 1904 eine Mitgliederzahl von 5778, gegenüber 4049 am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Ein nicht unwesentliches Hindernis für die schnellere Ausbreitung der Organisation war die Affäre Weiswenger, früheren Vorsitzenden des Verbandes, der 23 557 M. unterschlug und nach Amerika durchging.

Die Gesamteinnahmen betragen in den letzten vier Berichtsjahren 300 991,40 M., die Gesamtausgaben 258 073,77 M., so daß am 1. Januar 1905 ein Kassenbestand von 80 415,75 M. vorhanden war. An Hilfeunterstützung wurden in dem gleichen Zeitraum (1901 bis 1904) 57 758 M., an Ortsunterstützung 25 900 M., an Familienunterstützung 10 709 M., an Unmündigenunterstützung 13 768 M., an Streikunterstützung 30 850 M. ausgezahlt, für Agitation zirka 11 000 M. verwendet.

Der Kassierer Wod-Berlin macht einige Bemerkungen zum Kassenbericht und bemerkt zur Affäre Weiswenger, daß diese der übergroßen Vertrauensseligkeit der Kollegen zuzuschreiben sei. Nur sie habe sie ermöglicht. Auch jetzt noch werde an vielen Orten in ähnlicher Weise fortgewirtschaftet. Die Erledigung der Verbandsgeschäfte müsse in den einzelnen Jahrestellen eine ergattere werden.

Es wird in die Debatte über den Geschäftsbericht eingetreten. In derselben nimmt die Affäre Weiswenger einen breiten Raum ein. Von verschiedenen Delegierten wird darauf hingewiesen, daß an dem traurigen Vorkommnis zum Teil auch die Sparfameit am unredlichen Orte mit Schuld sei. Weiswenger sei mit Arbeit überlastet gewesen und schlichte Dinge in Worten. Er habe nur ein Gehalt von 1500 M. und 3 M. Diäten gehabt bei Reisen. Alles hätte auf ihm geruht. Wiederholt wird die frühere Verwaltung angegriffen, die unbedingt hätte die Unterschlagungen eher bemerken müssen. Auch über den Mangel an geeigneten Kräften in den Ortsvereinigungen wird geklagt. Die intelligenten Kollegen nehmen vielfach keine Ämter an und es werden infolgedessen vielfach Kollegen mit Ämtern betraut, die gar nicht fähig seien, sie auszuführen. Die Folge sei eine Reihe kleinerer Unterschlagungen an anderen Orten.

Von Baumgärtel-Neustadt und Schmale-Brandenburg wird der Zentralvorstand wegen seines Verhaltens bei Lohnbewegungen angegriffen.

Nach mehrstündiger Debatte nimmt der Vorsitzende Mahler das Wort und weist die gegen den Vorstand erhobenen Angriffe zurück. Er betont besonders, daß bei Lohnbewegungen vor allem auch auf die tatsächlichen Rechtsverhältnisse Rücksicht genommen werden müsse und weist auf die Notwendigkeit anständiger Bezahlung der Gewerkschaftsbeamten hin.

Soziales.

Ein Glaubensbekenntnis des badischen Fabrikinspektors.

Der bis zum Erscheinen seines letzten Jahresberichts mit Recht scharf angegriffene Nachfolger Wörtschhoffers, der jetzige Leiter der badischen Fabrikinspektion, Dr. Wittmann, hat in dem soeben erschienenen Buche „Die badische Fabrikinspektion im ersten Vierteljahrhundert ihrer Tätigkeit“ ein Glaubensbekenntnis abgelegt. Er kommt auf die Angriffe zu sprechen, die ihm geworden und sucht sie sich zu erklären aus der eigentümlichen Stellung, welche der Fabrikinspektion, als einer Aufsichtsbehörde ohne Strafrecht, durch die bundesrätliche Dienstverordnung vom 19. Dezember 1878 angewiesen sei. Gegen diese Stellung rege sich das Rechtsbewußtsein weiter Kreise auf und man male sich den Fabrikinspektor dann gern als einen Mann aus, der, sein Gleichgewicht suchend, zwischen Arbeiterschaft und Industrie hin und her pendelt, bis er schließlich, um zur Ruhe zu kommen, bei der einen oder der anderen seinen Unterstand findet als Arbeiterfreund oder als Industriefeind. Er fährt dann fort:

„Nach meiner Auffassung ist System, Geist, Kurs — man möge es nennen wie man will — durch § 139b der Gewerbeordnung, der den Beamten zum Güter der Arbeiter-Schutzgesetz beruht, in unantastbarer Weise festgelegt. Die ihm anvertraute Position gegen Jedermann zu halten, ist des Beamten Aufgabe. Sie zu verlassen oder nur lau zu verteidigen, hieße nicht nur gegen Dienst, Pflicht und Gewissen handeln, sondern auch den inneren Verus, ohne den ein solches Amt gar nicht denkbar erscheint, völlig verleugnen. Dies war, wie allgemein bekannt ist, der Standpunkt Wörtschhoffers. Dies war und ist auch der meine und wird es bleiben, so lange ich die Ehre habe, an der Spitze der badischen Fabrikinspektion zu stehen.“

Man muß sagen, daß Herr Wittmann sich bisher keine große Mühe gegeben hat, diesen seinen Standpunkt durch Taten zu manifestieren. Aber das liegt vielleicht daran, daß dieser Standpunkt noch nicht sehr alt ist. Bei seinem Dienstantritt vor 2½ Jahren wollte er veröhnen, wollte Unternehmer und Arbeiter mit gleicher Liebe umspannen, und daß bei solcher Auffassung sein Pöteramt für den Arbeiterschutze ein recht problematisches werden mußte, wird er wohl nun bald eingesehen haben. Ganz hat er allerdings den Optimismus noch nicht verloren, er geht noch nach dem Vertrauen der Unternehmer, das er gebrauchen will, um Reformen durchzuführen, die über den gesetzlichen Zwang hinausgehen. Er wird auch von diesem Optimismus noch geheilt werden.

Schwere sanitäre und moralische Mißstände des Kost- und Logiswanges ergaben sich anlässlich der Behandlung eines Besuches, das der Zentralverband der Fleischergehilfen an den Magistrat der Stadt Fürth i. V. gerichtet hat und in dem darum nachgesucht wurde, eine besondere Inspektion der Schlafräume der in Fürth beschäftigten Fleischergehilfen vornehmen zu lassen. Es wurde behauptet, daß die Schlafräume in den meisten Fällen keine finstere Kammern sind, die vielfach nicht heizbar sind und direkt neben unverschleißbaren Mühlbälgen liegen, ein regelmäßiger Wechsel der Bettwäsche finde nicht statt usw. Nachdem erst kürzlich eine allgemeine Wohnungsüberprüfung stattgefunden hat, wurde eine besondere Enquete nicht für nötig gehalten, sondern es wurde einfach das auf die Schlafräume der Fleischergehilfen bezügliche Material ausgeschrieben und besonders verarbeitet. Das dabei gewonnene Resultat deckt sich vollkommen mit den Behauptungen des Zentralverbandes. An Personal sind vorhanden 125 Gehäusen und Verkäuferinnen. 33 Gehäusen haben ihre Schlafräume auf demselben Flur wie der Meister, 18 in anderen Stockwerken, 27 unter dem Dach, 1 im Keller, 48 in Seiten- oder Hintergebäuden. 43 Gehäusen schlafen allein, 38 zu Zweien, 18 zu Dreien, 8 zu Vierern in einem Raum, 7 Gehäusen teilen die Schlafräume mit Meisterkindern. 80 Gehäusen oder zwei Drittel aller Gehäusen haben in den Schlafräumen weniger als das Normalmaß von 15 Kubikmeter Raum zur Verfügung. Die Beleuchtung der Schlafräume ist meist düster und erfolgt vielfach von engen Höfen; heizbar sind nur 9 Kammern für 18 Gehäusen. In sieben Fällen schlafen männliches und weibliches Dienstpersonal nebeneinander. Es wurde beschlossen, eine Kontrolle der Mißstände vorzunehmen und Abhilfe auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zu veranlassen; sollten diese nicht ausreichen, so werden besondere ortspolizeiliche Vorschriften erlassen.

Genossenschaftliches.

Alle gegnerischen Zeitungen haben den Fall „Ganneviß“ in einer Weise gegen die Konsumvereins-Bewegung, aber mehr noch gegen die Sozialdemokratie ausgeschlachtet, daß uns niemand verübeln kann, nun auf die Liquidation, vielleicht gar den Konkurs einer „Produktionsgenossenschaft mit Staatshilfe“ hinzuweisen, von der die bürgerlichen Zeitungen uns Lesern so wenig mitteilen. Die Palmflob-Genossenschaft Steinachgrund, die Mitte vorigen Jahres von der bayerischen und Koburger Regierung mit je 10 000 M. Darlehen unterstützt worden ist, steht vor dem Zusammenbruch. Auf Antrag der Regierung hat der Landtag beschlossen, von dem noch 5000 M. betragenden Darlehen so viel nachzulassen, als zur Abwendung des Konkurses nötig sei. In der Verhandlung mühten die Regierungsvertreter gubein, daß es noch nicht sicher sei, ob mit den 5000 M. nach der Konkurs abgemeldet werden kann. Der Landtags-Referent Abg. Schumann tat bei Besprechung der Vorlage alles, um über die Einzelheiten des Geschäftsgebarens der von freisinnigen Lehrern und national-liberalen Mittelstandsbreitern, also nicht von Sozialdemokraten, geleiteten Genossenschaft den Mantel der christlichen Nächstenliebe zu decken. Nur einmal plähte er heraus, indem er die Affäre eine Fundgrube der Korruption nannte und erklärte, daß jedem privaten Geschäftsmann, der solches sich zuschulden kommen lasse, gehörig aufs Dach gestiegen würde. Nach dem Urteile des Verbandsreferisarius Kukul haben die Vorstandsmitglieder ihre Pflichten aus größtmöglicher Vernachlässigung.

Kerstliche Kampfmethoden.

In unserer Nr. 94 hatten wir mitgeteilt, daß das „offizielle Organ des Leipziger wirtschaftlichen Verbandes“ einen verleumderrischen Artikel gegen die Münchener Ortsstelle enthalten habe. Aus dem weiteren Inhalt der Notiz ging hervor, daß damit die „Korrespondenz des Verbandes der Kerzte Deutschlands“ gemeint war. Trotzdem erhalten wir heute von einem Herrn W. B. d. in Strahburg folgende Verächtlichung:

„Das offizielle Organ des Leipziger wirtschaftlichen Verbandes ist das von mir herausgegebene Blatt „Kerstliche Mitteilungen nebst Anzeiger“. In diesem ist der von Ihnen als verleumderrisch bezeichnete Artikel nicht erschienen.“

Nach Lage der Sache wären wir zur Aufnahme der Verächtlichung nicht verpflichtet gewesen; der genannte Verband hat, wie ersichtlich, mehrere offizielle Organe. Wir tun es aber, weil es interessant ist, aus der Verächtlichung zu ersehen, daß das eine der offiziellen Organe dieses Verbandes sich scheut, mit dem anderen verwechselt zu werden.

Verfammlungen.

Zentralverband der Maurer. Eine Generalversammlung aller zum Zweigverein Berlin gehörenden Jahrestellen und Sektionen tagte am Mittwoch bei Keller in der Kopenstraße und nahm zunächst die

Berichte vom Verbandstag entgegen. Die Delegierten Wilhelm Schulz, Wolf, Siegemann, Raabe, Grundmann und Wittig berichteten nacheinander über die verschiedenen Beschlüsse des Verbandstages, worauf Friedrich dessen allgemeine Bedeutung hervorhob und in anerkennenden Worten der Gastfreundschaft gedachte, die die Kollegen und die Arbeiterschaft Braunschweig den Delegierten erwiesen haben. Es folgte eine kurze Diskussion. Der nächste Punkt der Tagesordnung war die Stellungnahme zum 1. Mai. Hierzu wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche besagt, daß der 1. Mai als Feiertag begangen werden soll und die Mitglieder verpflichtet sein, in der Versammlung, die in der Buchbinderlei stattfindet, zu erscheinen, wo jedem gegen Vorzeigung des Verbandsbuches eine Karte ausgeteilt wird. Ferner enthält die Resolution Vorschriften über die Haltung der Jahrestellen in den Orten, wo die Gewerkschafts-karallele Versammlungen veranstaltet, sowie über Meldung des Gewerkschafts am 2. Mai.

Die dieser Tage vorgenommene Wahl des Zweigvereins-Vorstandes hat, wie in der Versammlung bekannt gegeben wurde, folgendes Ergebnis gehabt: 1. Vorsitzender Emil Thöns, 2. A. Haase; 1. Kassierer August Wartenberg, 2. E. Lehmann; 1. Schriftführer August Blasing; Weisiger W. Schreiber. In die achtzehner-Kommission wurden Silber-schmidt, A. Wulf und L. Kinkel gewählt, als Stellvertreter Bömelburg, Weisig und O. König. Als Revisoren wurden Förster, Graul und Willig gewählt und in die Besonderenkommission Leonhardt, Griefe, Ewert, Raabe und E. Schulz.

Verband der Töpfer. Die Filiale Berlin hielt am Donnerstag im Gewerkschaftshause ihre Generalversammlung ab. Der Kassenbericht vom ersten Quartal lag gedruckt vor. Die Abrechnung mit der Zentralkasse schließt mit der Bilanzsumme von 11 700,94 M. für Krankenunterstützung wurden 4960,10 M. ausgegeben. Die Einnahmen der Lokalkasse beliefen sich auf 10 536,57 M., die Ausgaben auf 9145,78 M., so daß ein Verbestand von 1390,79 M. übrig blieb. Das Vermögen der Lokalkasse ist auf 86 908,49 M. angewachsen. — Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer Kundi einstimmig Decharge. Darauf hielt Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt einen Vortrag über: „Arbeitskammern oder Arbeiterkammern?“, der lebhaften Beifall fand.

Zu Delegierten der Gewerkschaftskommission wurden Hagen und Förster gewählt, in die Vergütungskommission Huhn, Donner, Fröberg und Weinert.

Der Zentralverband der Fleischer hielt am Freitag eine gut besuchte Versammlung im „Englischen Garten“ ab, woselbst der Genosse Heßhold unter lebhaftem Beifall der Anwesenden über: „Soziale Gesetzgebung und Feiertagsheiligung“ sprach. Während der Diskussion wurde vom Vorsitzenden Kestlin festgestellt, daß entgegen den gesetzlichen Vorschriften ungefähr die Hälfte der erkrankten Gesellen am Karfreitag über drei Stunden arbeiten müssen. Nur 18 Gesellen meldeten sich, um auf Anfrage mitzuteilen, daß bei ihren Meistern am Karfreitag wegen der Beschäftigungsdauer von Polizeibeamten eine Revision vorgenommen worden war. Im Anschluß an diese Feststellungen ernannte Kestlin zur Stärkung der Organisation und Füllung der Kasse, damit es im laufenden Jahre möglich sei, die im Vorjahre ver-schobene Lohnbewegung wirksam durchzuführen.

Zur Auspeerrung der Hamburger Holzarbeiter.

Wie in unserer vorigen Nummer berichtet, haben die Hamburger Holzindustriellen beschlossen, eine allgemeine Auspeerrung ihrer Arbeiter vorzunehmen. Der diesbezügliche Beschluß ist mit 212 gegen 42 Stimmen zustande gekommen. In der Versammlung fehlten aber hauptsächlich die großen Arbeitgeber, so daß das Scharfmachertum sich aus mittleren und fog. Dalles-Krautern zusammensetzte. Die Herren setzten ein aus 60 Personen bestehendes Exekutivkomitee ein, das die in der Versammlung nicht anwesenden Arbeitgeber von dem Auspeerrungsbeschluß in Kenntnis setzen sollte. Dies ist in den letzten Tagen auch geschehen, doch sollen mehrere große Fabrikanten es abgelehnt haben, sich an einer allgemeinen Auspeerrung zu beteiligen. Die Arbeitgeber erlassen in der bürgerlichen Presse eine „offizielle Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse“, in der sie sich als den angegriffenen Teil bezeichnen, obwohl sie es gerade waren, die durch Auffstellung von Gegenforderungen einen Gegenschlag provozierten.

Bis Dienstag mittag hatten, soweit bekannt, etwa 20 Arbeitgeber 150 Mann ausgepeerrt. Ein großer Teil der Holzarbeiter steht in einem kurzen Kündigungs- oder Affordverhältnis. Inwieweit dem Auspeerrungsbeschluß Rechnung getragen werden wird, läßt sich zurzeit noch nicht sagen.

Im Streik befinden sich die 150 Holzarbeiter der Straßenbahnwerkstatt in Hamburg, die vor etwa 14 Tagen die Arbeit niederlegten wegen Nichtanerkennung einer geringen Lohnforderung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Erneute Verhandlungen zur Beilegung des Boykotts ergebnislos.

Am 25. April. (B. L. B.) Die heute Mittag gepflogenen abermaligen Verhandlungen über die Beilegung des Boykotts des rheinisch-westfälischen Brauereiverbandes verliefen nach mehrstündiger Dauer wiederum ergebnislos, weil die Vertreter der Arbeiterschaft daran festhielten, daß sämtliche streikenden und ausgesperrten Brauereiarbeiter wieder eingestellt werden müßten. Die Vertreter der Brauereien erklärten, sie könnten die Leute, die in der gegenwärtigen Zeit der Not bei ihnen eingestellt wurden, teilweise unter der ausdrücklichen Zusicherung dauernder Arbeit, nicht wieder entlassen. Die Folge des heutigen ergebnislosen Verlaufes der Verhandlung wird sein, daß die von den rheinisch-westfälischen Brauereien für den 28. April angekündigte Auspeerrung von 50 Proz. aller sozialdemokratisch organisierten Brauereiarbeiter zur Tat wird.

Eisenbahn-Angriff.

München, 25. April. (B. L. B.) Unlich wird gemeldet: Zug 104 der Lokalbahn Breitenburg-Barnoldsweisch überfuhr bei Breitenburg in Oberfranken vier Eisenbahnarbeiter, welche sämtlich getötet wurden.

Entwurf einer Verfassung für Transvaal.

London, 25. April. (B. L. B.) Die neue Verfassung für Transvaal sieht eine gesetzgebende Versammlung vor, welche aus dem Gouverneur-Stellvertreter, 6 bis 9 von der Regierung ernannt und 30 bis 35 gewählten Mitgliedern bestehen soll. Jedermann der Bürger der früheren Republik und für den Ersten Volkstraad wähl. berechtigt war, ebenso jeder weiße englische Untertan, welcher Grundstücke im Werte von 10 Pfund jährlicher Rente oder Kapital im Werte von 100 Pfund besitzt, ist zur Stimmabgabe berechtigt. Das Wahlrecht ist also nur den Weißen gewährt, doch muß der Gouverneur für jeden Gesetzentwurf, der die Rechte der Schwarzen einschränkt, die Genehmigung der Reichsregierung vorbehalten. Die Verhandlungen sollen englisch geführt werden, der Präsident jedoch besagt sein, den einzelnen Rednern den Gebrauch der holländischen Sprache zu gestatten.

Petersburg, 25. April. (B. L. B.) Einer Blättermeldung zufolge sind unter der Garnison von Minsk mehrere Fälle von Genidharre vorgekommen.

Der erste Mai rückt heran! Sorgt für eine würdige Feier, Parteigenossen!

Landes-Parteitag der württembergischen Sozialdemokratie.

Der Parteitag, der am Ostermontag in Stuttgart tagte, gestaltete sich zu einer nachdrücklichen Kundgebung gegen den demagogischen Volksbetrug der bürgerlichen Linken. Der Parteitag war überaus stark besucht; 143 Organisationen waren durch etwa 300 Delegierte vertreten.

Diesem Referat ging ein weit ausholendes, großzügiges Referat des Genossen Singer über die Reichspolitik voraus. Von stürmischen Zustimmungskundgebungen des Parteitages wiederholt unterbrochen, zeichnete er ein anschauliches Bild der gegenwärtigen politischen Lage des Reiches und erörterte klar und unabweisend die Stellung der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien zu den Fragen der inneren und äußeren Politik des Reiches.

Hierauf erstattete Keil das Referat über die Landespolitischen Fragen. Es war eine schonungslose Bloßstellung des durch schöne Worte und eine gewisse äußere Donnonomie nur notdürftig maskierten reaktionären Grundzuges der württembergischen Regierungspolitik und eine vernichtende Abrechnung mit den bürgerlichen Parteien — vom Zentrum bis zur Volkspartei.

Die württembergische Sozialdemokratie erkennt die bisher eingehaltene Taktik der Belämpfung aller bürgerlichen Parteien als richtig an und steht keine Veranlassung, von diesem Wege abzuweichen. Ohne der eventuellen, von sozialistischen Radikalen zu bestimmenden Stichwahlparole bei den nächsten Landtagswahlen vorzugreifen, macht die Landesversammlung es allen in der Organisation tätigen Genossen und der Parteipresse zur Pflicht, über dem notwendigen Kampf gegen die unverhüllt reaktionären Parteien der Rechten, nicht die Aufklärung des Volkes über die nur schlecht verballtete Volksfeindlichkeit der bürgerlichen Pseudodemokratie zu unterlassen.

Der IV. Kongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Paris, 22. April. (Fig. Ver.)

Der Kongreß der P. S. do F. ist hier außerordentlich zusammengetreten am Vorabend des allgemeinen Einigungsparteitages, um die letztwilligen Verfügungen der revolutionär-sozialistischen Sonderorganisation zu treffen. Er ist der vierte und letzte Kongreß dieser Organisation. Der außerordentliche Kongreß der P. S. F. (Jaurèsisten) in Rouen wurde veranlaßt durch den Konflikt zwischen Fraktion und Parteileitung über die Bloc-Frage und folglich über die Einigkeit.

Die Notwendigkeit einer solchen Vorberatung liegt auf der Hand. Gibt es doch in einem neuen Parteiganzen aufzugehen, das aus sehr verschiedenartigen, bisher einander scharf bekämpfenden Elementen zusammengesetzt sein wird. Die tatsächlich tiefen prinzipiell-taktischen Gegensätze zwischen der P. S. do F. und dem rechten Flügel der P. S. F. werden ja in keiner Weise berührt durch die Zustimmung der letzteren Partei zum Einigkeitsvertrag.

Dah die Einigkeit an sich wünschenswert, notwendig und unvermeidlich ist, darüber gibt es in der P. S. do F. — mit Ausnahme von drei kleinen Föderationen — nur eine Meinung. Die Meinungs- oder vielmehr Stimmungsunterschiede beginnen in der Abhängigkeit der Vorteile und Nachteile der Einigkeit und somit auch in dem verschiedenen Nachdruck, mit dem die Bürgerchaften für eine revolutionär-sozialistische Haltung der Einheitspartei verlangt werden.

Im folgenden eine gedrängte Zusammenfassung der Verhandlungen und Beschlüsse.

Erste Sitzung. Abend 21. April. Zunächst entspinnt sich eine längere Debatte über den Antrag von vier Föderationen (Seine Paris), Seine und Oise, Rhonemündung (Marseille) und Haute-Marne, zum Kongreß der P. S. do F. wie zum Einigungskongreß die Presse zuzulassen.

Der Bericht wird ohne Debatte einstimmig genehmigt. Draße erstattet den Bericht der Delegierten der P. S. do F. in der Einigungskommission. Er stützt an der Hand der bekannten Dokumente den äußeren Gang der Einigungsverhandlungen und betont den Sieg der revolutionären Auffassung in der schließlich votierten Einigkeitsklärung. Kein einziger der Vorbehalte der P. S. F. stehe in jener Erklärung. Nur in bezug auf die Vertretung der Wahlstimmen in den Kongressen hätten die Delegierten Zugeständnisse an die andere Richtung gemacht, wobei jedoch die Zahl der Wahlstimmenmandate auf ein Fünftel beschränkt worden und nach einer mit der Stimmenzahl abnehmenden Progression zu verteilen seien.

Zweite Sitzung. Vormittag 22. April. Die Debatte wird eingeleitet durch die Berichte der Föderationen, die ein erschöpfendes Bild der Stimmung aller Teile der Partei bieten. Die Berichte zerfallen in drei Hauptgruppen: 1. Die mehr oder minder optimistischen Beurteiler der Einigkeit finden sich in 15 Föderationen, darunter aber in einigen Departementen, wo nur Gruppen der P. S. do F. wirken, wo also lokal die Einigkeit seit jeher besteht.

2. Die in diesem oder jenem Grade pessimistischen Beurteiler der Einigkeit finden sich in 16 Föderationen, namentlich in solchen, die bittere Erfahrungen mit den ministerialistischen Deputierten gemacht haben bezw. in vorwiegend kleinbürgerlichen Gegenden wirken, wo der verwirrende Einfluß des in den bürgerlichen Radikalismus hinüberfällenden Ministerialismus am unheilvollsten ist. Als Beispiel eines besonders tiefen Mißtrauens gegen die Folgen der Einigkeit sei die Vaucluse-Föderation genannt, die auf ihrer letzten Konferenz in einer herben Resolution das Bedauern ausgesprochen hat, daß die Parteileitung nicht zuerst die Föderationen über die Einigkeitsfrage auf dem Wege eines Referendums befragt hätte.

3. Die dritte Gruppe bilden die Föderationen, die die Einigkeit als einen Schritt zur totalen Vereinheitlichung der Arbeiterklasse. Sie wird ermöglichen, eine Brücke zu schlagen zwischen den beiden Einheitsorganisationen einer und derselben Klasse.

gierige Volkslandtag sagte, wegen der Abwesenheit von Deputierten) sondern durch ihre Sorge für das Gesamtinteresse der Partei.

3. Die drei kleinen Föderationen, die ein unbedingtes Mandat gegen die Einigkeit ausgestellt haben, sind die der Loire (68 Mitglieder), der Haute-Vienne und der Corrèze (je 183 Mitglieder). Die Corrèze-Föderation, die übrigens stark von antipolitischen Elementen durchsetzt ist, hat außerdem beschlossen, falls die Einigkeit mit den Jaurèsisten votiert wird, aus der Partei auszutreten. Ihr Delegierter erklärte aber, versuchen zu wollen, diesen Beschluß rückgängig zu machen.

Die weitaus stärkste Föderation des Nord und Pas-de-Calais (6012 Mitglieder und 81 991 Wahlstimmen) hat sich in der Berichtserstattung zur Einigkeitsfrage nicht geäußert.

Hervorzuheben ist, daß die führenden Elemente der P. S. do F., darunter Jules Guesde, der Einigkeit mit großen Hoffnungen entgegensehen, ungeachtet des Mißtrauens gegen die jaurèsistische Rechte.

Guesde trat den Schwarzsehern entgegen in einer leidenschaftlichen Rede. Er führte folgendes aus:

Bei allen Unterschieden in den Beurteilungen der Föderationen herrscht doch überall derselbe Geist. Alle sind darin einig, daß ohne wirkliche Garantien die Einigkeit unerwünscht wäre. Aber der Amsterdamer Beschluß bietet uns eine solche Garantie. In Amsterdam hat unsere Auffassung gesiegt und daher waren wir verpflichtet, die Initiative zur Einigkeit sofort zu ergreifen. Ein Referendum war da nicht am Platze. — Ich hege das gleiche Mißtrauen wie Ihr, vielleicht in noch stärkerem Maße als Ihr. Aber gerade daher bin ich ein leidenschaftlicher Anhänger der Einigkeit. Die Einigkeit liefert uns neue Waffen für die Fortsetzung des Kampfes gegen den Konfusionsismus (sozialistische Verwirrung). Man sagt, das seien papierne Waffen. Aber zuerst müssen sie erprobt werden. Und bedeutet es denn nichts, wenn wir Jaurès nach seiner Haltung in Amsterdam und nachher genötigt haben, doch den Einigkeitsvertrag zu unterzeichnen, d. h. der Dresdener Resolution sich zu unterwerfen? Bedeutet es denn nichts, wenn wir die andere Seite dazu gebracht haben, ihre frühere Politik zu verleugnen, mit Füßen zu treten, zu verbrennen, was sie angebetet und anzubeten, was sie verbrannt hat? Das ist ein bedeutender Sieg für unsere Auffassung und für den internationalen Sozialismus. — Wir gehen zur Einigkeit nicht (wie ein Vordränger, Cadin-Vorbeug, sich ausdrückte) wie Hunde, die man anpeitscht, sondern erhobenen Hauptes, als Sieger. Die Föderationen des Cher, der Stronne, des Gard, die mit extrem ministerialistischen Erwählten zu tun haben, vergeffen, daß diese letzteren sich mit ihnen vereinigen, nachdem sie ihre Vergangenheit verleugnet haben. Kehren sie aber zu ihrer alten Politik zurück, dann sind sie eben nur mit den Waffen der Einigkeit zu erreichen, nicht außerhalb der Einigkeit, — dann ruht auf ihnen die Hand der Partei, die Hand der Internationalen. Die Guillotine, die kommenden Falles jene Elemente paßen wird, wird nicht nur eine nationale, sondern eine internationale sein. — Die Vergangenheit gehört Euch nicht mehr. Aber für die Zukunft müssen — ich will nicht sagen: unbarmerzig, aber rigorose Vorkehrungen getroffen werden gegenüber denen, die wir als die Geißel der Einigkeit betrachten dürfen.

Weiter betont Guesde die Bedeutung der jaurèsistischen Linke: Diese Linke bildet bereits die Mehrheit im Nationalrat der P. S. F. Zusammen mit ihr werden wir in der Einheitspartei eine Zweidrittelmehrheit bilden. Wir sind die Einigkeit! Zum Schluß verweist Redner unter lebhaftem Weisfall auf die Notwendigkeit einer Annäherung mit der Konföderation der Arbeit, mit dem gewerkschaftlich geeinigten Proletariat: Die Einigkeit der Partei bildet einen Schritt zur totalen Vereinheitlichung der Arbeiterklasse. Sie wird ermöglichen, eine Brücke zu schlagen zwischen den beiden Einheitsorganisationen einer und derselben Klasse.

Da zahlreiche Föderationen ihre Vorbehalte gegenüber der Einigkeit in der Form von Änderungsanträgen zum Einigkeitsvertrag gebracht haben, macht Draße darauf aufmerksam, daß jener Vertrag nicht geändert werden könne. Hingegen könnten Änderungsanträge zum Statutenentwurf der Einheitspartei gemacht werden. Darauf wird der Text der Einigkeitsklärung unverändert mit allen Stimmen gegen die der Föderationen der Corrèze, der Haute-Vienne und der Rhonemündung votiert.

Vor Schluß der Sitzung wird eine zehngliedrige Kommission gewählt zur Vorberatung der Änderungsanträge zum Statutenentwurf.

Dritte Sitzung. (Nachmittag.)

Vorsitzender: Dr. Gressier-Grenoble. Martin erstattet den Rassenbericht: Die Partei ist in der Lage, ihre Sonderexistenz ohne Schulden zu liquidieren und der Einigkeit mit einem Guthaben beizutreten, das 4500 Fr. in Vorkäufen und 2000 Fr. in bar beträgt. Die P. S. F. weist dagegen erhebliche Passiva (einige tausend Frank) auf. Es müssen daher für alle Fälle Vorkehrungen getroffen werden, um das Guthaben der P. S. do F. zu sichern.

Chaudin legt zu diesem Zweck einen Liquidationsentwurf vor, der eine Schuldforderung an die Einheitspartei auf den Namen der Genossen Delory und Landrin in der Höhe des Guthabens der P. S. do F. vorsieht.

Die endgültige Entscheidung wird nach Verständigung mit der anderen Seite erfolgen.

Sodann wird beschlossen, dem Streikomitee von Limoges 100 Fr. zu überweisen.

Debatte über den Statutenentwurf.

Die Kommission beantragt nur unerhebliche Änderungen. Eine lange, lebhaft, teilweise erregte Debatte entspinnt sich über den Namen der geeinigten Partei. Der Artikel 2 des Entwurfes gibt der Partei den Namen: „Sozialistische Partei, französische Sektion der Arbeiter-Internationale“. Die Kommission hat diesen Namen beibehalten, auf den sich die Einigungskommission geeinigt hat. Jedes beantragt 16 Föderationen den Namen: „Sozialistische Arbeiterpartei“. Es sind das so ziemlich dieselben Föderationen, die der Einigkeit pessimistisch gegenüberstehen, mit den Vertretern der revolutionären Gewerkschaften nahestehenden Tendenz an der Spitze. Lagardelle, Direktor des „Mouvement Socialiste“, tritt in längerer leidenschaftlicher Rede für die Namensänderung ein: Der Antrag entflammt demselben Geiste, in dem heute Guesde gesprochen hat. Er ist eine Garantie für die Zukunft.

Die Bezeichnung „Arbeiterpartei“ ist eine notwendige Garantie am folgenden Tage nach einer Krise, die herbeigeführt wurde durch die Ueberstimmung des Sozialismus durch bürgerlich-demokratische Strömungen und durch Streber. Die Arbeiter bilden die Basis des Sozialismus. Nur das Proletariat ist ein unerschütterlicher Feind des Kapitalismus, er ist es durch seine Lebensnotwendigkeiten, durch seinen Instinkt der Empörung.

Sodann ist die Bezeichnung „Arbeiterpartei“ auch wegen der nationalen Besonderheiten Frankreichs notwendig. Guesde hat schon vor 25 Jahren den Mut und den klaren Blick gehabt, die Fahne des proletarischen Sozialismus zu entrollen und demgemäß den Namen „Arbeiterpartei“ einzuführen. In Frankreich, wo die republikanische Regierung zum Feind geworden ist, wie einst der „sozialistische Kaiser“ für die weißen Wäfen, in einem Lande, wo die Klassenfeindung wegen der langsamen ökonomischen Entwicklung nicht scharf hervortritt, wo demokratische Vorurteile

größerer, ist die Bezeichnung „Arbeiterpartei“ inoffiziell. Der Name: „Sozialistische Partei“ ist zu vage, zu lauschkartig. Lagardelles Rede wird vielfach durch lebhaften Beifall unterbrochen. Indes ist das Ergebnis der Abstimmung von vornherein dadurch gegen den Antrag der 16 Föderationen bestimmt, daß zahlreiche Genossen, die natürlich mit dem Antrag einverstanden sind, ihn aus Rücksicht auf die Blanquisten nicht votieren können. Diese letzteren treten entschieden gegen den Antrag auf und zwar in der Person ihrer hervorragendsten Vertreter, Vaillant und Landrin.

Es sprechen noch zahlreiche Redner für und wider, bis Delors' Wille, der sonst namens der Nordföderation für den Antrag stimmen würde, aus Rücksicht auf die Opposition Vaillants und um ein Votum über die Frage zu vermeiden, den Vortragssteller, wieder über den Antrag der 16 Föderationen, noch über den Antrag Vaillants (Beifügung des Wortes „Revolutionär“) abzustimmen. Auf Verlangen der Anhänger des „Arbeiter“-namens wird über Delors' Vortrags nach Mandaten abgestimmt. Ergebnis: Annahme des Vortrages mit 80 gegen 43 Mandaten bei 1 Enthaltung und mehreren Abwesenden.

Die wichtigste Veränderung der Statuten, die hierauf vom Kongress votiert wird, betrifft die Verringerung der Wahlstimmen als mandatsbildenden Faktor. Danach sollen die künftigen Kongresse der Gesamtpartei einzig auf Grundlage der beitragszahlenden Mitglieder einberufen werden.

Die Frage der Vertretung der beiden Tendenzen in dem 21gliedrigen Verwaltungsausschuss erregt eine längere Debatte. Allseitig stimmt man darin überein, daß, wie im Statutenentwurf bestimmt wird, die Minderheit eine Proportionalvertretung im Ausschuss erhalten muß. Aber wie die Verhältniszahl bestimmen, ohne die alten Sonderorganisationen wieder aufleben zu lassen? Die Beratung dieser Frage nimmt den Rest der Sitzung in Anspruch. Schließlich wird eine Kommission beauftragt, für die Abendigung eines Vorschlags anzuarbeiten. In die Kommission werden gewählt: Guesde, Vaillant, Delors, Cachin, Vailland und Chauvin.

Vierte Sitzung. Abend.
Delors stellt den von der Kommission ausgearbeiteten Antrag betreffend die Vertretung der zwei Tendenzen im Verwaltungsausschuss: Zunächst soll eine direkte Verständigung zwischen allen Richtungen innerhalb einer Kommission versucht werden; gelingt aber der Versuch nicht, so ist die Verhältniszahl der beiden Tendenzen durch eine Urnenabstimmung mit Komenszetteln zu bestimmen, so daß jeder Delegierte sich zu einer der beiden Tendenzen bekennen wird. — Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Es werden noch einige Statutenänderungen debattiert und beschlossen.
Im Bericht über den morgen Sonntag beginnenden Einigungsparitätstag werde ich noch auf diese Änderungen zurückzukommen haben.

Es folgen verschiedene Anträge, die auf dem Einigungsparitätstag zu stellen sind. Einer derselben will die Mitwirkung der Einigkeit bei der gewerkschaftlichen Aktionskassenagitation sichern, welche letztere zum Zwecke hat, vom 1. Mai 1908 ab nicht länger als acht Stunden zu arbeiten. Dieser Antrag erregt eine längere, teils heftig verlaufende Debatte. Es pläzieren nämlich aufeinander die Gruppe des „Mouvement Socialiste“ und die Mehrheit des Kongresses namentlich altgenossenschaftlicher Richtung. Die Frage der Neben- oder Untereinrichtung von Partei und Gewerkschaft wird mit in die Debatte verflochten. Schließlich einigt man sich (nach einer kurzen Unterbrechung der Debatte) in einer kleinen Kommission über eine Resolution, die die Agitation der Konföderation der Arbeit begrüßt als Fortsetzung der von der sozialistischen Partei seit 16 Jahren begonnenen Aktionskassenagitation, und ferner die praktischen Mittel der Beteiligung der Partei an jener Agitation der Entscheidung des kommenden Nationalrates überweist. Die Resolution wird einstimmig votiert.
Ferner wird beschlossen (immer als Vorschlag für den Einigungsparitätstag) gelegentlich des bevorstehenden Besuchs des Königs von Spanien Protokollmutter gegen die Verfolgungen der spanischen Arbeiter zu veranlassen.
Journand bringt zur Annahme den Vorschlag, den nächsten allgemeinen Parteitag in Chalons-sur-Saône tagen zu lassen.
Wrazke macht darauf aufmerksam, daß alle gefassten Beschlüsse für alle Delegierten der P. S. de F. auf dem Einigungsparitätstag bindende Kraft haben.
Vorsitzender schließt den Kongress mit dem Hinweis auf den glänzenden Weg, den die revolutionären Sozialisten seit 1901 zurückgelegt haben, da sie ihre Doktrin nunmehr dem gesamten sozialistischen Frankreich aufzulegen hätten. (Lebhafte Beifall.)
Schluß des Kongresses um Mitternacht.

Aus der Partei.

Der Parteitag der oberen Rheinprovinz wurde am ersten Oftertage in Reuennahr im schwarzen Hotel abgehalten. Der Agitationsbezirk der oberen Rheinprovinz umfaßt heute, nachdem sich die Saarreise abgetrennt haben, immer noch neunzehn Reichstags-Wahlkreise und das zu einem oldenburgischen Wahlkreise gehörige Fürstentum Völsfeld. Vertreten waren fünfzehn Wahlkreise mit insgesamt 22 Delegierten. Genosse Nieger erstattete den Bericht des Agitationskomitees, aus dem zu entnehmen ist, daß im abgelaufenen Jahre namentlich dem Ausbau der Organisation große Aufmerksamkeit zugewendet worden ist. Mehrere Kreisvereine sind neu gegründet, andere mit frischem Leben erfüllt worden. Die Zahl der organisierten Parteimitglieder ist von 2600 auf 3200 gestiegen. In einigen entlegenen und industriearmen, dafür aber um so schwächeren Wahlkreisen (Dann-Brüm-Witburg, Abelnau-Rochem-Jell, Grelenz-Heinsberg-Geienskrähen) ist noch keine Spur von Organisation vorhanden. Der Berichterstatter erwähnte die intensive Agitation des Volksvereins für das katholische Deutschland, der allmonatlich zahlreiche Versammlungen abhalte und bis ins kleinste Dorf dringe. Demgegenüber müsse auch die Sozialdemokratie vermehrte Anstrengungen machen, vor allem die Organisation verbol-

kommen, die nicht nur schlafertige Kämpfer schaffe, sondern auch berufen sei, die neugewonnenen Anhänger zu bewußten Sozialdemokraten zu erziehen. Ueber einige Kreise mühte der Berichterstatter Klagen, andere wieder konnte er umsomehr loben. Ein großer Mangel sei es, daß namentlich in kleineren Orten die Bewegung vielfach von einer einzigen Person abhängt. Mit dem 1. April hat der Parteivorstand in der Person des Genossen Hofrichter einen besoldeten Sekretär für die obere Rheinprovinz angestellt, dessen Tätigkeit voraussichtlich von großem Nutzen sein wird, wenn auch eine einzige Person gegenüber dem Agitationsstab der Rheinlande noch nicht viel bedeutet. Die Wahlkreise Köln-Stadt und Köln-Land haben seit dem 1. Januar eine gemeinsame Organisation und seit dem 1. April einen eigenen besoldeten Sekretär. In der Agitation ist infolgedessen ein neuer Weg beschritten worden, als das Agitationskomitee die Herausgabe einer Broschürenfolge begonnen hat, die sich unter Berücksichtigung der einheimischen Verhältnisse vorwiegend mit dem Zentrum beschäftigt. Nr. 1, „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ betitelt, ist bereits in 120 000 Exemplaren gratis verbreitet worden; Nr. 2, „Zentrum und Arbeiter“, wird in den nächsten Wochen verbreitet. Der Berichterstatter verbreitete sich dann noch über die vom Agitationskomitee herausgegebene Wochen-Ausgabe der „Rheinischen Zeitung“, deren Abonnentenzahl wieder etwas gestiegen ist. Der Kassenericht weist eine Einnahme von 7197,20 Mk., eine Ausgabe von 6167,68 Mk. auf. Der verhältnismäßig hohe Kassenbestand ist inzwischen durch die im Frühjahr mit neuer Kraft einsetzende Agitation wieder erheblich herabgemindert worden.

Ueber das neue Organisationsstatut, mit dessen Ausarbeitung der vorjährige Parteitag das Agitationskomitee beauftragt hatte, referierte Parteisekretär Hofrichter. Er führte aus, daß alles im öffentlichen Leben nach Organisation dränge und auch die politischen Parteien, begünstigt durch die Aufhebung des Verbindungsverbotes, dem Ausbau ihrer Organisation in den letzten Jahren besondere Aufmerksamkeit schenken. Unserem stärksten Gegner im Rheinlande, dem Zentrum, ständen ungeheure organisatorische Machtmittel zur Verfügung. Die Kirche und die Schule, die Armenpflege, alles und jedes stelle es in seinem Dienst. Das Zentrum arbeite immer eifriger, immer systematischer, und es gelte, ihm gleiche Waffen entgegenzustellen. Der Redner erwähnte dann den Organisationsentwurf des Parteivorstandes und der dafür gewählten Kommission, der uns wohl zwingen werde, bis zur endgültigen Beschlussfassung über das Organisationsstatut zu warten bis nach dem Parteitag in Jena. Immerhin könne man jetzt den Entwurf des Komitees schon annehmen. Nach einer ausgiebigen Diskussion wurde denn auch der Entwurf, der eine straffere Zentralisation mit Wahlkreisvereinen als Grundlage erstrebt, einstimmig angenommen mit einem Zusatzantrage, wonach für den ganzen Agitationsbezirk eine Einheitsmarke eingeführt werden soll. Ebenfalls einstimmig angenommen wurde das vom Agitationskomitee ausgearbeitete Kommunalwahl-Programm, worüber Redakteur Reersfeld berichtete, der auf die wachsende Bedeutung der sozialdemokratischen Kommunalpolitik hinwies und auf die Notwendigkeit, für die Agitation sowohl wie auch für die Tätigkeit der Gemeindevertreter eine Richtschnur zu geben. Der Redner vermahnte nicht, daran zu erinnern, daß die Beseitigung des Dreiklassen-Wahlsystems in Staat und Gemeinde eine der wichtigsten innerpolitischen Aufgaben sei. Von der Regierung und den herrschenden Parteien, auch vom Zentrum, sei in dieser Frage nichts zu erhoffen. Erzwunglich sei, daß auch in den katholischen Arbeiter langsam die Erkenntnis von der Notwendigkeit reife, gegen dieses Wahlsystem Sturm zu laufen. Das Schicksal der Berggesetz-Novelle habe hier äußerst günstig gewirkt.

Den Schluß der Tagung bildete ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Reist über „Sozialdemokratie und Alkoholismus“. Darauf wurde der Parteitag, dessen Verhandlungen den günstigsten Eindruck gemacht hatten, um 8 Uhr abends geschlossen. Der nächste Parteitag soll in Trier stattfinden. Eines sei hier noch erwähnt als Beispiel, mit welchen Mitteln hier selbst in größeren Städten der Arbeiterbewegung noch entgegengearbeitet wird. Ein Delegierter aus Koblenz verlas eine Depesche, die eine nassauische Brauerei an den Inhaber eines ihr gehörigen Saales in Koblenz gerichtet hatte. Diese Depesche lautete: „Die dortige (königliche) Polizeidirektion teilt mit, daß in Ihrem Saale drei sozialdemokratische Versammlungen stattgefunden sollen. Wir werden das unter keinen Umständen dulden“. Obendrein bestanden diese drei sozialdemokratischen Versammlungen in — zwei Gewerkschaftsversammlungen und einer Versammlung einer Bau- und Erwerbsgenossenschaft!

Eine sächsische Sittlichkeits-Aktion.

In der Expedition der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Dresden stellte sich am Sonnabend ein. Kompanie Kriminalbeamte ein und besetzte alle Ausgänge. Der Feldzug galt der Konfiskation eines Blattes, in dem Unstifflichter begangen worden sein sollten. In diesem Blatte war nämlich berichtet worden, daß die Polizei in Dresden eine halbe Million Straßenbahn-Billetts konfisziert hatte wegen eines auf der Rückseite enthaltenen unästhetischen Inzerates. Zur Illustration dieser Polizeital war das Inzerat wiedergegeben, das folgenden Inhalt hat:

Paris. Hygienische Bedarfsartikel.
Verlangen Sie illustrierte Preisliste gratis.
Amalienstraße 28.

Die konfiszierte „Dichtung des Großfürsten Sergius“. Unsere Parteigenossen von Bremen wollten für den Karfreitag einen Projektionsvortrag unseres Genossen P. R. Grempe-Berlin über „Die Freiheitskämpfe in Rußland“ veranstalten. Die Polizeibehörde von Bremen griff zunächst dadurch ein, daß sie die Abhaltung dieser Versammlung am Karfreitag einfach verbot. Als die Genossen Bremerhabens sich dadurch nicht abschrecken ließen und die Veranstaltung auf den Gründonnerstag verlegten, konfiszierte die Polizei die Plakate, welche den Projektionsvortrag bekannt gaben. Aus dem auf diesen Plakaten abgedruckten Programm des Lichtbildervortrages über das hungernde und das revolutionäre Rußland hatte nämlich das Bild „Dichtung des Großfürsten Sergius durch eine Bombe“ das lebhafteste Mißfallen der

hohen Obrigkeit erregt. Natürlich trugen diese Maßregeln nur dazu bei, eine vollkommen überfüllte Versammlung zu schaffen, die jede Gelegenheit bei den Ausführungen des Genossen Grempe wahrnahm, um gegen diese Polizeipraxis und für die russischen Freiheitskämpfer zu demonstrieren.

Siebente Generalversammlung des Zentralverbandes der deutschen Glasarbeiter.

Jena, 23. April.

Seit heute vormittag tagt hier im „Volks Hause“ die siebente Generalversammlung des Verbandes deutscher Glasarbeiter. Mit einer Begrüßungsrede des Lokalvorsitzenden Schuchardt verband derselbe gleichzeitig einen warmen Rückschlag an den leider viel zu früh verstorbenen Professor Ubbö, wonach die Delegierten dessen Andenken durch Erheben von den Sitzen ehrten.

Anwesend sind 67 Delegierte aus allen Gauen Deutschlands; auch die österreichischen Glasarbeiter haben einen Vertreter geschickt. Die Generalkommission ist durch Umkreit vertreten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält dann noch der österreichische Delegierte das Wort, um auszuführen, daß sich die österreichische Glasarbeiterorganisation sehr unwohl über die deutschen. In Oesterreich habe die Arbeitererschaft viel unter der politischen Herrschaft zu leiden, der Nationalitätenstreit hemme auch den Ausbau der Glasarbeiter-Organisationen sehr. Auf diesen Streit sei auch die Bekämpfung der Arbeiter unter sich zurückzuführen. Jedoch habe die Glasarbeitererschaft, soweit sie organisiert sei, jetzt begriffen, daß sie ein gemeinsames Interesse verbinde. Es ist bestimmt zu erwarten, daß die Zusammenkunft, die auf Pfingsten einberufen sei, die Einigung der österreichischen Glasarbeiter-Organisationen werde, so daß an Stelle der jetzt bestehenden 4 Organisationen die österreichischen Kollegen dann nur noch mit einem Zentralverbande zu rechnen hätten.

Reichstagsabgeordneter Horn-Lindenau führt aus, das Bestreben, wieder in eine engere Verbindung mit einander zu treten, mache sich auch bei den Glasarbeitern anderer Nationen bemerkbar, auch die Engländer scheinen wieder mit der Kollegenchaft Hand in Hand arbeiten zu wollen. Es sei deshalb gewiß zweckmäßig, daß die Generalversammlung zu der schon mehrfach angeregten Einberufung eines

internationalen Glasarbeiter-Kongresses Stellung nehme, und werde dieserhalb die Tagesordnung um diesen Punkt erweitert werden müssen.

In der Nachmittags-sitzung erstattet zunächst der Verbandsvorsitzende Siebig den Geschäftsbericht.

Der Vorstand habe in der Agitation geleistet, was möglich war, doch hätten die Erfolge nicht der Arbeit und den Erwartungen entsprochen. Es fehle an Arbeitskräften überall. Andererseits würden jedoch Nebenforderungen an den Verband gestellt, die unmöglich alle zu befriedigen seien. Die Hauptsache müsse die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bleiben. Neben dem Indifferentismus wirke auch die unglückliche Geschäftsstruktur lähmend auf die Organisation ein. Die Fluktuation sei eine außerordentlich große. Seit der letzten Generalversammlung in Dresden hat sich die Zahl der Verbandsmitglieder um rund 2000 gehoben. Eine oberflächliche Prüfung beim letzten Quartalsabschluss zeigt, daß der Mitgliederbestand zurzeit rund 8000 beträgt. Redner geht dann auf die einzelnen Lohnkämpfe ein, legt deren Ursachen und den Verlauf dar, sowie die dabei entwickelte Tätigkeit des Vorstandes und kommt zu dem Schlusse, daß die vielerlei Arbeiten, welche der Erhebung harren, namentlich die Pflege der Statistik mit den jetzigen Arbeitskräften nicht mehr bewältigt werden kann. Die Generalversammlung möge Mittel und Wege suchen, mehr wie bisher vorwärts zu kommen. Anschließend an diesen Bericht erstattete der Kassierer Hamann den

Kassenbericht.

Die Gesamteinnahme im Jahre 1903 betrug 90 885,55 Mk., 1904 120 004 Mk., zusammen 210 889,55 Mk. Die Gesamtausgabe 199 280,67 Mk. Auch der Kassierer verweist auf die Unbeständigkeit in der Mitgliedschaft, betont, daß wir finanziell wohl gestärkt da ständen, daß jedoch noch viel zu tun übrig bleibe.

Bei der Berichterstattung der Mandatsprüfungskommission beantragt die Kommission, die Mandate von Anders-Oberhausen und Dreiholz-Besterhufen für ungültig zu erklären, weil die beiden Delegierten keine Verbandsmitglieder seien. Ebenso wird beantragt, das Mandat von Urban-Radeberg für ungültig zu erklären, weil die Wahl nicht ordnungsgemäß zu stande gekommen sei. Nach einer lebhaften Debatte wird schließlich beschlossen, in Anbetracht der Umstände und Erwägung der aus der Ungültigkeitserklärung eventuell entstehenden Folgen die Gültigkeit der Mandate auszusprechen.

Geschehen. Deuben erstattet alsdann den Bericht des Ausschusses. Kassenführung und Bücher ist bei jeder Einsichtnahme in Ordnung befunden, die vorgelegenen Bescheide haben im Sinne des Vorstandes entschieden werden müssen. Dasselbe bestätigt im Namen der Revisoren Dörwald-Berlin, indem er beantragt, den Vorstand zu entlasten und dem Kassierer Deharge zu erteilen.

Alsdann wird in die Diskussion der Vorstandes- und Ausschussberichte eingetreten. Wilhelm-Gainholz vorträgt dem Vorstand bei, daß die Arbeit zu viel werde mit den jetzigen Kräften, im übrigen jedoch kritisiert Wilhelm das Verhalten des Vorstandes sowohl bezüglich seines Verhaltens zur Agitation als auch bei verschiedenen Streiks. Bulke-Jlmenau, Kauthe-Benzig und Fegheim-Erlangen verteidigen das Verhalten ihrer Jahlstellen gegen einige Vorwürfe des Vorstandes.

Die Diskussion wird hierauf bis morgen vertagt.

Wasserstand am 22. April. Elbe bei Ruyß + 1,26 Meter, bei Dresden — 0,24 Meter, bei Magdeburg + 2,38 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,00 Meter. — Oder bei Rathor 3,33 Meter, bei Breslau Ober-Bege + 5,54 Meter, bei Breslau Unter-Bege + 0,88 Meter, bei Rahnfurt + 1,94 Meter. — Elbe bei Brahmünde + 4,58 Meter. — Barthe bei Wöjen + 1,42 Meter.

Nicht Genuss-, sondern Nahrungsmittel

braucht der menschliche Organismus, wenn er den großen Arbeitsanforderungen auf die Dauer erfolgreich widerstehen soll! Die geforderten Eigenschaften solcher Nahrungsmittel heißen immer wieder **großer Nährwert** und **leichte Verdaulichkeit**. In Anors' Gaserpräparaten und Suppenmehlen besitzen wir vorzügliche Fabrikate, die nicht nur wohlschmeckend sind, sondern denen nährnde und gesundheitsfördernde Bestandteile in reichem Maße innewohnen. Niemand darf deshalb unterlassen, Anors' Gaserpräparate weitgehendst zu verwenden; dieselben sind in allen einschlägigen Verkaufsgeschäften erhältlich.

Aufsehen erregen unsere Preise.

Echt englische Herren-Anzugstoffe	früher 10.50 Mk., jetzt nur 6.50 Mk. per Meter	Damen-Regenrockstoffe	mit angewebtem Futter	früher 8.50 Mk., jetzt nur 1.75 Mk. per Meter
Tuchkammgarne für schwarze Gesellschafts-Anzüge	früher 6.50 Mk., jetzt nur 4.50 Mk. per Meter	Herren-Anzugstoffe	mit angewebtem Futter	früher 6.00 Mk., jetzt nur 3.00 Mk. per Meter
Damentuche, hochelegante Ware	früher 3.50 Mk., jetzt nur 2.50 Mk. per Meter	Damen-Kostümstoffe	mit angewebtem Futter	früher 3.50 Mk., jetzt nur 1.75 Mk. per Meter
Kinder-Anzugstoffe spottbillig	früher 3.00 Mk., jetzt nur 1.75 Mk. per Meter	Herren-Paletotstoffe		früher 5.50 Mk., jetzt nur 3.00 Mk. per Meter

Tuchfabrik-Niederlage Koch & Seeland,

Verkaufsräume nur Berlin C., Ross-Strasse 2.

Mai-Feier

der
sozialdemokrat. Parteigenossen

Berlins und der Vororte

am
Montag, den 1. Mai 1905.

1. Wahlkreis: Aliens Festsäle, Hasenheide 13/15.
 2. Wahlkreis: Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
 3. Wahlkreis: Neue Welt, Hasenheide 108/116.
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
 4. Wahlkreis (Süd-Ost): Joels Victoria-Park, Treptow, Köpenicker Landstraße.
Ludwigs Park-Restaurant, Treptow, Köpenicker Landstr.
Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.
 4. Wahlkreis (Ost): Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.
Brauerei Friedrichshain, Am Königstor.
H. Mentens Volksgarten, Lichtenberg, Röderstr. 35/36.
 5. Wahlkreis: Brauerei Pöhow, Prenzlauer Allee.
 6. Wahlkreis: Berliner Preter, Kastanien-Allee 7.
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10.
Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
Marienbad, Badstr. 36.
Ballschmieder, Badstr. 16.
Norddeutsche Brauerei, Chausseest. 58.
Feldschlößchen, Müllerstr. 142.
Frauen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
Vahenhofer Brauerei (früher Ahrens), Turmstr. 25/26.
- Erkner:** Schützenhaus (Lokal von Müller). Abends 8 Uhr.
Pankow: Restaurant zum Kurfürsten (Ebersbach), Berlinerstr. 102.
Friedrichsfelde: Restaurant F. Gube, Prinzen-Allee 30.
Reinickendorf-Ost: Restaur. Sene, Nordbahnstr. 22. Abends 8 Uhr.
" **West:** Restaur. Franke, Eichbornstr. 18. " "
Wilhelmsruh: Rest. Feldschlößchen, Kronprinzenstr. 15. " "
Weißensee: Schloss Weißensee.
Stralau-Rummelsburg: Restaurant New-Zeeland (Ww. Schonert).
Tegel: Crapps Festsäle.
Waidmannslust: Restaurant Schweizerhäuschen.

Ein reichhaltiges Programm, bestehend in:

Konzert, Festrede, Gesang,

Vorträgen ernsten und heiteren Inhalts, turnerischen Aufführungen,

Spezialitäten-Vorstellungen,

Marionetten-Theater, Brillant-Feuerwerk, Fackel-Polouaise,
Kinderbelustigungen und **Tanz**

wird die Mai-Feier zu einem wahren Volksfest machen.

Der Festgesang wird von den Gesangsvereinen des Arbeiter-Sängerbundes angeführt.

Anfang 4 Uhr.

Entrée 20 Pf.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Die Kasseöffnung ist von 2 Uhr an geöffnet.

Alles Nähere die Platate der einzelnen Wahlkreise.

Die Vertrauensleute Berlins und Umgegend.

Zentral-Verband deutscher Maurer.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zum 1. Mai.

2. Abrechnung vom 1. Quartal 1905. 3. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung erfordert, daß alle Mitglieder zu der Versammlung erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Steppdecken

kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik 72 Wallstraße 72, wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden.
O. Strohmayer, Berlin 14.
Illustrierter Preis-Katalog gratis.

Hygienische Artikel.

Sanitäre Bedarfsartikel, Gummiwaren etc. v. Prof. und Aeraten vielfach empfohlen.
Apotheker S. Schwelzer's Fabrik hygienischer Präparate, Berlin O. 27, Holzmarktstr. 70.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Freitag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, im Alten Schützenhaus, Lintienstr. 5:

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Bildungstätigkeit des Volkes in Preußen. Referent: Stadtverordneter Genosse Schubert. 2. Diskussion. 3. Vereins- und Parteiangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erbeten.
Der Vorstand.

Die Partei-Expedition des 5. Kreises befindet sich

Reibelstraße 42.

Es ist Pflicht aller Genossen unseres Kreises, den „Vorwärts“ und sonstige Partei-Literatur nur durch die eigene Partei-Expedition zu beziehen und bitten wir beim Monatswechsel hierauf zu handeln.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Flebzig, Adlerstr. 6-7:

Branchen-Versammlung

der Modell- u. Fabriktschler sowie Modelldrechler.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Stand unserer Bewegung. 2. Diskussion.

Donnerstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11-12:

Branchen-Versammlung der Stellmacher.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Die Lohnbewegung der Stellmacher. 3. Stellungnahme zum 1. Mai. 4. Branchenangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Möbelpolierer!

Donnerstag, den 27. April, abends 8 Uhr, im Lokal Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117:

Branchen-Versammlung

an Stelle der ordentlichen General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Kasienbericht. 3. Wahl der Branchenleitung und Kommissionen. 4. Verschiedenes.
Das alte sowie das neue Mitgliedsbuch gilt als Legitimation. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt.

Versammlung sämtlicher Holzarbeiter

des Bezirks am Donnerstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Wernau, Schwedterstraße 23/24.

Zu dieser Versammlung sind auch die Kollegen von Pankow und Nieder-Schönhausen eingeladen.

Die Kommission.

Zentralverband der Schmiede.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: Stralauerstr. 48. Geöffnet von 8-1 und von 4-8 Uhr.

Telephon: Amt I, 7779.

Donnerstag, den 27. April 1905, abends 8 1/2 Uhr:

Allgemeine

Mitglieder-Versammlung

in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstraße 35.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1905. 2. Beratung der Forderungen für die Lohnbewegung. 3. Stellungnahme zum 1. Mai. 4. Verschiedenes. Kollegen! Wir erwarten zahlreichem Besuch, kein Kollege darf fehlen.
Die Versammlung wird durchaus pünktlich eröffnet. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung. J. K.: W. Störing.

Berlin O. 2, Stralauerstr. 48.

Verein der Töpfer Berlins und Umgegend.

Auf Grund der in den letzten Bezirksversammlungen gefassten Beschlüssen und gefassten Beschlüsse erlassen wir unsere Mitglieder, öffentliche Versammlungen, welche für unseren Beruf ohne Mitwirkung des Vereinstorstandes einberufen werden, nicht zu besuchen.

288/16

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse

für die Wäschefabrikation.

Der unterzeichnete Vorstand macht hierdurch bekannt, daß am Donnerstag, den 27. April, abends 7 1/2 Uhr, in den Räumlichkeiten, Kommandantenstr. 20, die 41. ordentliche

General-Versammlung

stattfindet.

Tages-Ordnung:

1. Erstattung des Jahresberichts des 1904. 2. Beschlussfassung über die Abnahme der Rechnung des Jahres 1904. 3. Abänderung des § 19 und 60 des Statuts. 4. Beantwortung aller derjenigen Anfragen, die im allgemeinen Interesse der Kasse liegen und bis zum 25. d. Mts. mündlich oder schriftlich an den unterzeichneten Vorsitzenden gerichtet werden. 5. Verschiedenes.

Eintritt zur Generalversammlung haben nur die für 1905/07 gewählten Vertreter. Dieselben erhalten besondere Einladungskarten, welche bei der Versammlung gleichzeitig als Legitimation dienen.

Berlin, den 7. April 1905.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Wäschefabrikation.

F. Frankfurter, Vorf., Regenbergr. 1/4.

Würzburger Hahneraugenmittel

von Dr. H. Unger-Würzburg. — 20 Pf.

In Berlin: Salomon-Apothete, Charlottenstraße.

Oreif-Apothete, Barnimstr. 33.

Zu Breslau: 25717.

Victoria-Apothete, Friedr. Wilhelmstr. 34.

Achtung! Händler!

Nadeln zur Halsfeier 5/10 abzugeben.

Schmidt, Eismarktstr. 20.

Nächste Ziehung
Schneidemühlener
Pferde-Lotterie
am **4. Mai.**
3086
84000
und 57 Reit- u. Wagenpferde
600000
samt veräußlich gegen
Bar Geld
Haupttreffer i. W. v. M.
10000
6000-4500
3000-2000
susserdem
35 Herren- u. Damen-Fahrräder
und 3000 Silbergewinne
Loosealm
Porto u. amt. Gewinnliste
20 Pf. extra in allen durch
Plakate kenntlich Verkaufsstellen
sowie d. Generaldebit
H. C. Kröger,
Berlin SW. 48.
Friedrichstraße Nr. 260.

Pfandleihe!

pr. Markt u. Monat 2 Pf. Niebigstr. 7 E.

A. JANDORF & CO

SPITTELMARKT 16/17
Ecke Leipziger Strasse

BELLE ALLIANCE-STR. 1/2
Am Blücherplatz

GROSSE FRANKFURTER-STR. 113
Ecke Andreas-Strasse

BRUNNEN-STR. 19/21
Ecke Veterano-Strasse

4. & Blusen-Tage

Dienstag — Mittwoch — Donnerstag — Freitag — Sonnabend

Von dem
seltenen

Gelegenheitskauf der 7450 Frühjahrs-Blusen

gefüttert, haben wir noch
grosse Quantitäten hochelegante
Genres in den neuesten

Façons und Stoffen vorrätig und offerieren dieselben zu enorm billigen Preisen an obigen Tagen in 4 Serien.



Serie I
zum Ausschauen Stück **375** Mk.



Serie II
zum Ausschauen Stück **485** Mk.



Serie III
zum Ausschauen Stück **565** Mk.



Serie IV
zum Ausschauen Stück **690** Mk.

Es ist diese eine Gelegenheit die sich sobald nicht wieder bieten wird, und sollte keine Dame verabsäumen diese bedeutenden Vorteile wahrzunehmen.



Metzner's

Korbwaren. Kinderwagen Bettstellen.

Berlin O., Andreasstrasse 23, gegenüber Andreasplatz.
II. Brunnenstrasse 95, gegenüber dem Humboldtbaum.
III. Bausstrasse 67, Koabit, Hausnummer acht.
IV. Leipzigerstrasse 84-85, unter den Kolonnaden.

Verkauf Hof in Fabrikgebäuden

Billige
Preise.

Grosstes Spezial-Geschäft

1000 Mark zahle jedem, der mir in Berlin ein
grösseres Spezial-Geschäft in der
Branche als das meinige nachweist.

Geschäftsgründung 1873.



Singer Nähmaschinen

Einfache Handhabung!
Hohe Arbeitsleistung!

ST. LOUIS 1904:

7 Grand Prix
und 7 Goldene Medaillen.

Unentgeltlicher Unterricht, auch in der modernen Kunstnäherel.
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.

36372*

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipzigerstr. 92. — Filialen in allen Stadtteilen.

Wirtshaus „Schloß Woltersdorf“

(nicht Schlenke) direkt an Chaussee u. Platensee, für die bevorstehende
Saison den geehrten Vereinen, Gesellschaften, Fabriken zu Dampfpartien
und Ausflügen per Bahn, Jagdtouren usw. angelegentlich empfohlen. Stelle
mein Lokal auch Sonntags u. an den Festtagen zu Vereinsthätigkeiten
zur Verfügung. Fernsprecher:
24382* Amt Erkner No. 49.

Friedr. Saewert,

Nur 12 Minuten

vom Bahnhof Grünau entfernt wird ein neues, hoch und gesund auf
dem herrlichen Falkenberg gelegenes Terrain (ausichtsvoller
Punkt in der Umgebung Berlins) in beliebig großen Parzellen von
bis zu 40 Quadratruddern an zum Verkauf gestellt. Vorzüglicher Garten-
boden! Im Frühjahr beste Pflanzzeit! Zu billigen Preisen von

1 M. 60 Pf. an pro qm netto Bauland

werden Landparzellen sowie bauliche Baustellen unter günstigsten
Zahlungsbedingungen verkauft. Hochbau und Landhandbau gestattet.

Näheres nachmittags von 2-6 Uhr (auch Sonntags) im Restaurant
Meier, Straße am Falkenberg 19, bei Grünau.

Terraingesellschaft Alt-Glienicke, G. m. b. H.,
Berlin W., Potsdamerstraße 10.

Leihhaus

Berlin, Kottbuserstr. 2, Charlottenburg, Friedrichstr. 12.
Belohnung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Bücher, Wäsche,
Kleidungsstücke etc.

Möbel-Fabrik - Niederlage

Otto Plettner,

Tischlermeister,

N., Dalldorfer - Straße 19.



Komplette
Wohnungs - Einrichtungen

und einzelne Möbel
in gediegener Ausführung zu soliden Preisen.

Zigaretten. Rauch-, Kau- und Schnupf-Tabake,
Zigaretten: Josetti, Garbaty, Phänomen etc.
H. Preuss
Swinemünderstr. 66, 1. Etage.
Bekannte, billigste Bezugsquelle nur für Wiederverkäufer.
Spezialität: Pre-Ussina-Zigaretten.
Tel. III 6949

Konsumenten organisiert euch!

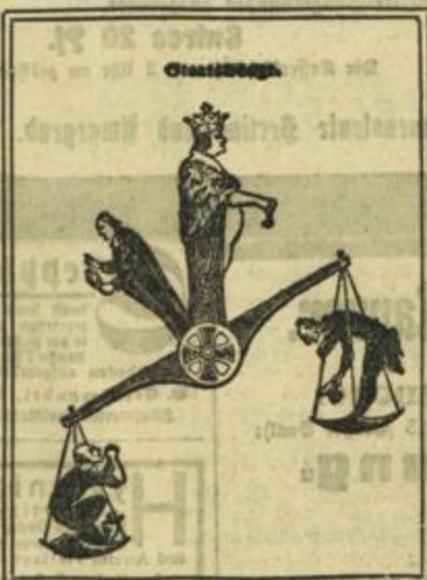
Von den in unserem Verlage unter dem zusammenfassenden Titel „Kulturbilder“ herausgegebenen wichtigen Abschnitten aus der Kulturgeschichte beginnt soeben
der zweite Band zu erscheinen. Dieser Band behandelt:

Die Hohenzollern-Legende

Von
Max Maurenbrecher

Vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung
aus wird hier ein Bild des brandenburg-preussischen Staates ge-
zeichnet. Wir sehen ihn entstehen aus der großen Wanderung
heimatlos gewordener deutscher Bauern, und wir erfassen die Not-
wendigkeit, warum in diesem Staatswesen der ritterliche Adel die
führende Klasse wurde. Wir sehen, wie die Hohenzollern als
Fremdlinge ins Land kommen; wie der Adel aus dem Raubritter
zum Getreideverkäufer ward. Wir sehen die Knechtung und Aus-
beutung der Bauern und die rücksichtslose Niederwerfung der
Städte.

Wir werden allen Nachdruck darauf legen, bei jedem
einzelnen Punkte die Nebel zu zerstreuen, die der Volksschulunter-
richt, nicht nur in Preußen, sondern auch im übrigen Deutschland
über die Hohenzollerngeschichte gelagert hat. Wir fragen bei allen
Fürsten zuerst: was hat er als Vertreter der Monarchie für die
Kultur, für die Leistungsfähigkeit und das Vorwärtstommen seiner
„Untertanen“ geleistet? Welchen Klassen und welchen Interessen
hat seine Politik gedient? Dabei wird es unser Hauptbestreben
sein, zu zeigen, was die unteren Klassen an diesem Fürstengeschlechte
gehabt haben. Das Märchen vom sozialen Königtum der Hohen-
zollern zu zerpfücken und zu zerzausen, die Tatsachen der Wirk-
lichkeit, die atemmäßig feststehen, diesem Märchen entgegenzustellen,
das ist unsere Absicht.



Wir rechnen auf Leser aus allen Kreisen der Arbeiter-
schaft, die gewillt sind, die geschichtliche Wirklichkeit zu erfahren.
Aber wir denken noch ganz besonders an die schulentlassene
Jugend, die anfängt, ins Leben zu treten. Ihnen hat die Schule
noch eben den Kopf voll Kunst und Weidrauch geblasen; ihnen in
erster Linie soll dieses Werk Befreiung, Klärung, wissenschaftliche
Kenntnisse bringen. Es will an seinem Teile helfen, sie in die
Reihen des kämpfenden Proletariats zu führen.

Auch dieser Band wird gegen 400 Abbildungen und
Dokumente aus der Zeit bringen, mit deren Hilfe die Darlegungen
des Verfassers anschaulich gemacht, das Interesse für vergangene
Zeiten angeregt werden soll.

Der Band erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pf.;
wöchentlich erscheint ein Heft.

Jeder Band unserer Kulturbilder ist für sich abgeschlossen,
so daß der Bezug dieses Wertes nicht das Abonnement auf die
folgende Bände notwendig macht.

Bestellungen nehmen alle Partei-Buchhandlungen, die
Kolportage und Austräger unserer Parteizeitungen oder der
Verlag entgegen.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
Linden-Strasse 69

Generalversammlung des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe.

Berlin, 22. April.

Die Verhandlungen nahmen vormittags 9 Uhr ihren Fortgang in der am vorigen Tage abgebrochenen Diskussion zur Rürnberger Tarifbewegung und wurde schließlich der Redakteur des Verbandsorgans „Graphische Presse“ angewiesen, daß er für die Folge bei Lohnbewegungen nur Artikel mit Zustimmung der in Betracht kommenden Lohnkommission bringen dürfe.

Zur Diskussion kamen hierauf die Rechenschaftsberichte des Vorstandes, des Ausschusses und der Preßkommission. Einen breiten Raum in der Diskussion nimmt eine im Verband eingeführte Auskunftsart bei Stellungswechsel ein, nach dieser hat sich jedes, nach einer anderen Stadt arbeitsuchende Mitglied vorher bei der Ortsverwaltung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkundigen. Allgemein wurde anerkannt, daß diese Einrichtung eine große Wirkung gegen durch die Arbeitgeber geplante Verschlechterungen ausübt; doch hatten dieser Einrichtung noch große Mängel an. Dem Vorstand wurde es schließlich nahe gelegt, für strengere Durchführung dieser Einrichtung Sorge zu tragen.

Bemängelt wurde, daß der Vorstand der Verächterhaltung bei Lohnbewegungen zu wenig Beachtung beimeße. Ebenso seien die Informationen durch die Tagespresse bei Lohnbewegungen höchst ungenügend. Ein in Leipzig in letzter Stunde abgeschlossener allgemeiner Tarif dürfe keineswegs als Vorbild dienen. Der in diesem Tarif abgeschlossene Mindestlohn von 21 M. für im ersten Jahre nach der Lehrzeit beschäftigte Gehilfen und 18 M. wenn solche beim Lehrprinzipal bleiben, wurde als äußerst minimal bezeichnet, ebenso wurde die Dauer des Tarifs mit fünfjährigem Abschluß als viel zu lang bezeichnet. Besonders durch die Münchener Delegation wird darauf hingewiesen, daß in München die 8 1/2 stündige Arbeitszeit für Steindrucker leicht möglich ist, während im Leipziger Tarif neun Stunden festgelegt sind.

Der Verbandsvorsitzende Sillier geht des näheren auf die Tariffache ein und betont, daß wohl selten eine allgemeine Befriedigung bei einem Tarifabschluß zu finden ist; stets wurde, zumeist von den nicht an den Tarifverhandlungen Beteiligten, mehr erwartet. Doch scheine auch ihm das Mögliche im Leipziger Tarif erreicht zu sein, obwohl er keineswegs den fünfjährigen Abschluß und den sehr niedrig bemessenen Mindestlohn als Vorbild gelten lassen könne.

Durch die Berliner Delegation wurde scharfe Kritik an der Haltung des Verbandsorgans geübt. Zu den wichtigsten Tages- und Berufsfragen wurde keine Stellung genommen, so daß jede geistige Führung der Mitglieder von dieser Stelle fehle. Eine Reihe Delegierter stimmten dem zu, doch sei Kritik in dieser scharfen Weise nicht am Plage. Der Redakteur D'Her gibt eine teilweise Berechtigung der Kritik zu, doch sei nicht zu vergessen, daß er noch immer in Leipzig stark in Anspruch genommen wurde.

Einige Redner üben Kritik am Vorstandsbericht und der Tätigkeit des Vorstandes. So wird auch durch den Verbandsausschuh geäußert, daß der Vorstand sich über die Verbandsstatuten oft hinwegsetzt und den Ausschuh ignoriert habe. Der Vorsitzende Sillier geht des näheren auf alle diese Einwürfe ein und erklärt gegenüber dem Ausschuh, daß dieser da, wo er als Beschwerdebearbeiter mitzureden habe, stets beachtet sei; der Ausschuh habe aber mehr Rechte, als ihm zustehe, verlangt. Der Ausschuhvorsitzende Ries-Rürnberg bleibt jedoch bei seiner Behauptung. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird über den nächsten Punkt:

Anschluß der Steinschleifer an den Verband. Als Referent hierfür spricht der Steinschleifer Kose-Berlin, welcher die Notwendigkeit des Anschlusses der Steinschleifer hervorhebt. Die Steinschleifer, welche eng mit den Steindruckern zusammen arbeiten, gehören mit den Steinrüdern in einen Verband, weil dort deren Lohn- und Arbeitsbedingungen am besten vertreten werden können. Der in Dresden gefasste Beschluß, keine Steinschleifer mehr aufzunehmen, sei deshalb falsch und zu korrigieren.

Die Vorsitzende des Buch- und Steindruckerhilfsarbeiter-Verbandes, Frau P. Thiede, plädiert für Anschluß der Steinschleifer an ihren Verband. Die Steinschleifer sind Hilfsarbeiter und gehören so gut wie die übrigen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Buch- und Steindruckerberufe in den Verband der Buch- und Steindruckerhilfsarbeiter.

In der sich anschließenden Diskussion stellten sich die meisten Delegierten auf den Standpunkt der Frau Thiede. Ein Antrag auf Wiederaufnahme der Steinschleifer wird gegen 7 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag, alle im Verband vorhandenen Steinschleifer dem Hilfsarbeiter-Verband für Buch- und Steindrucker zu überweisen, mit 10 gegen 42 Stimmen angenommen. Der Vorstand soll die Uebertrittsbedingungen mit dem Buch- und Steindruckerhilfsarbeiterverband festlegen.

Rachschrikt: Im Bericht vom 21. April muß es am Schlusse nicht heißen: „Daß ein Kollege gegen die Zaktil der Veretzung Artikel geschrieben habe“, sondern „gegen die Zaktil der Unternehmer, welche die Tarifbewegung zu verzögern suchten.“

Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes.

Berlin, 21. April.

Zur Tagesordnung lag ein Antrag von Bremen vor, den vorgeschlagenen Punkt „Stellungnahme zur Verschmelzung“ erst nach der Tagung der kombinierten Generalversammlung zu verhandeln.

Die Berichte des Hauptvorstandes und der Kontrollkommission lagen gedruckt vor und umfassen die Tätigkeit während der Zeit vom August 1904 bis April 1905. Hieraus ist folgendes bemerkenswert: Bezüglich des Beschlusses der Kasseler Generalversammlung, ein Normalstatut zur Verschmelzung auszuarbeiten, setzte sich der Hauptvorstand mit dem des Verbandes in Verbindung, und beide kamen dahin überein, daß jede Körperschaft für die dazu bestimmte Kommission einen Entwurf auszuarbeiten sollte. — Die Beratungen dieser 19gliedrigen Kommission fanden vom 27.—29. November 1904 in Berlin statt. Der von dieser Kommission beschlossene Entwurf wurde allen Mitgliedern des Bundes und des Verbandes eingehändigt und soll nunmehr als Grundlage dienen für die endgültigen Beschlüsse der Generalversammlungen. Die Depotkassette über das Vermögen im Gesamtbetrage von 340 000 M. wurden Anfang d. J. der neuen Kontrollkommission übergeben.

Der Mitgliederbestand betrug im August 1904 9358, eingetretten sind 505, ausgeschieden 543, so daß der gegenwärtige Mitgliederbestand 9320 beträgt, darunter 157 zu unterstehende Invaliden; außerdem sind zurzeit 113 Witwen zu unterstützen. Die Gesamteinnahme im Jahre 1904 beträgt in der Unterstützungsstufe 163 211,65 M., die Gesamtausgabe 163 206,16 M. Das Vermögen beträgt hiernach 126 886,14 M. Die Gesamteinnahme der Invalidenklasse beträgt 86 667,90 M., die Gesamtausgabe 81 397,80 M. und das Vermögen somit 264 429,80 M. Im weiteren Bericht der Hauptvorstand über die vorgenommenen Urabstimmungen, die viel Staub aufgewirbelt hat. Dieselbe ist zugunsten der Verschmelzungsfreunde ausgefallen, und haben sich infolge davon 31 Frankfurter und Offenbacher Mitglieder veranlaßt gefühlt, den Deutschen Senefelder-Bund zu verlassen.

Der Bericht der Kontrollkommission bezieht sich hauptsächlich die Urabstimmung und den gegensätzlichen Standpunkt zwischen Hauptvorstand und Kontrollkommission. Ferner berichtet die Kontrollkommission über die Verhandlungen der Reunions-Kommission. Es wird beschlossen, über beide Berichte eine Generaldiskussion zu eröffnen, vorher jedoch berichtet die Mandatsprüfungskommission, daß 45 Delegierte anwesend seien und alle Mandate für gültig angesehen wurden.

Zweiter Tag.

Die Diskussion über die Rechenschaftsberichte wird fortgesetzt. In erster Linie wurde der Hauptvorstand von vielen Seiten scharf angegriffen, daß er eine Urabstimmung über die Form der Verschmelzung zugelassen habe, trotzdem die Kasseler Generalversammlung einen Antrag auf Urabstimmung über die Verschmelzung selbst abgelehnt hatte. Außerdem befand sich der Hauptvorstand nicht im Einverständnis mit der Kontrollkommission über die Formulierung der gestellten Fragen. Daß der langjährige Rechtsbeistand des Bundes, der Justizrat Karl Wertheim in Frankfurt a. M. die Vertretung der Klage gegen den Bund übernommen habe und in der Klageschrift teilweise Argumente anführt, die denen in der feinerzeitigen Klage Herbst und Genossen gegen die Gebietsabgrenzung diametral gegenüberstehen, wird von der Generalversammlung tief bedauert. Es wird mehrfach noch hervorgehoben, daß die Klage nur ein Schreckschuß zu sein scheint, und daß man sich dadurch nicht einschüchtern lassen solle, sondern den Prozeß eventuell bis zur höchsten Instanz ausspielen müsse. Es wird schließlich ein Antrag einstimmig angenommen, dahingehend, gemäß § 57 des Bundesstatuts die Hauptvorstandsmitglieder Amier, Dietrich, Lange und Müller zur Vertretung der Klage zu bestimmen; außerdem sollen noch die Kollegen Haß-Berlin und Werner-Frankfurt dem Rechtsanwalt als Zeugen zur Seite gestellt werden.

Unter Hinweis auf den Beginn der morgigen gemeinschaftlichen Beratung wurden die Verhandlungen geschlossen.

Kongreß der Lithographen, Steindrucker und Berufs-genossen.

Berlin, 23. April 1905.

Diese Ueberschrift, die wir der Kürze halber wählten, ist nicht korrekt; sie müßte heißen: Gemeinsame Beratung des Deutschen Senefelder-Bundes und des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe. — Diese beiden Organisationen tagen gemeinsam im Gewerkschaftshaus, um hauptsächlich über ihre Verschmelzung zu beraten und zu beschließen. Um etwaigen rechtlichen Einwänden zu begegnen, die von den im Senefelder-Bund vorhandenen Gegnern der Verschmelzung erhoben werden könnten, tagt die gemeinsame Versammlung in der Form einer Generalversammlung des Senefelder-Bundes, an der die Delegierten des Verbandes der Lithographen zc. als Gäste ohne Stimmrecht teilnehmen.

Der Senefelder-Bund ist im Jahre 1878 als eine gewerkschaftliche Organisation gegründet worden, er hat aber später, besonders aus Gründen der Anpassung an das Sozialstufengefes, die gewerkschaftlichen Bestrebungen vollständig fallen lassen und ist seitdem eine reine Unterstützungsorganisation ohne jede weitere Tendenz. Der Bund hat zurzeit etwa 9000 Mitglieder, von denen ungefähr die Hälfte gleichzeitig dem Verbands der Lithographen zc., der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaft, angehören. Der Bund hat jetzt ein Vermögen von 388 000 M., er gewährt seinen Mitgliedern Kranken-, Invaliden- und Witwen-Unterstützung, sowie Sterbegeld. — Der Bund nach einer Verschmelzung der beiden Organisationen ist schon seit Jahren auf beiden Seiten vorhanden. Im Jahre 1900 haben beide Organisationen, um die unheilbaren Erbfeindungen eines Konkurrenzkampfes zu vermeiden, eine Vereinbarung abgeschlossen, welche das Tätigkeitsgebiet jeder Organisation abgrenzte. In der Hauptfache handelte es sich darum, daß dem Bund die seiner von ihm gepflegten Unterstützungsweife verbleibe, dem Verbands aber das Gebiet der Arbeitslosen- und Reife-Unterstützung, als mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen zusammenhängend, zugewiesen wurde. — Aber auch nach dieser Gebietsabgrenzung machte sich der Verschmelzungsgedanke in aller Lebhaftigkeit bemerkbar. Die vorige, in Kassel abgehaltene Generalversammlung des Bundes hat fast einstimmig beschlossen, die Verschmelzung mit dem Verbands herbeizuführen und der Verband hat sich damit einverstanden erklärt. Infolgedessen ist eine Kommission eingesetzt worden, welche die Vorarbeiten zur Verschmelzung zu machen und ein Statut für die gemeinsame Organisation zu entwerfen hatte. Das ist geschehen, der Statutenentwurf liegt der gegenwärtigen Tagung vor und bildet die Grundlage der Beratung. Eine Urabstimmung, die unter den Mitgliedern des Bundes vorgenommen worden ist, hatte das Ergebnis, daß sich 4141 Stimmen für und 3478 gegen die Verschmelzung erklärten, die Entscheidung ist also für die Verschmelzung ausgefallen.

Die Bundesmitglieder, welche gegen die Verschmelzung sind, versuchen auf jede Weise dieselbe zu untertreiben. So ist von 31 Verschmelzungsgegnern eine Petitionslage bei der Zivilabteilung des Landgerichts Frankfurt a. M., dem Sitz des Bundes, eingereicht. Die Klage wird am 9. Mai verhandelt werden. Der Klage-Antrag geht dahin, gerichtlich festzustellen, daß nicht durch Mehrheitsbeschluß, sondern nur durch einstimmigen Beschluß aller Mitglieder eine Angliederung des Bundes an den Verband vollzogen werden könne. Die Kläger machen geltend, daß denen, welche an den gewerkschaftlichen Bestrebungen des Verbandes beziehungsweise der neuen Organisation nicht teilnehmen wollen, die Möglichkeit gegeben werden müsse, nach wie vor in den Genuss der vom Bund gewährten Unterstützungen zu kommen, auf die sie durch Beitragszahlung ein Recht erworben hätten.

Gegen diesen Standpunkt machte der Referent geltend, daß von „erworbenen Rechten“ im Sinne der Kläger keine Rede sein könne, da der Bund seinen Mitgliedern kein klagbares Recht an Unterstützungen gewährt, und da auch der Bund, wenn er in der bisherigen Weise fortbestehen bleibt, seinen Verpflichtungen ohne bedeutende Erhöhung der Beiträge auf die Dauer nicht gerecht werden könnte. Weiter wandte sich der Referent gegen einen von Tischendorf verfaßten, in der „Soz. Praxis“ vom 13. April veröffentlichten Artikel, der in der beabsichtigten Verschmelzung einen Koalitionszwang für die Verbandsgegner erblickt und von diesem Standpunkt aus gegen die Verschmelzung in der vorgeschlagenen Form polemisiert. — Der Referent schloß mit einer warmen Empfehlung der Verschmelzung auf der Grundlage des vorliegenden Statutenentwurfs.

Die Versammlung trat nunmehr in die Beratung des Entwurfs ein, zu dem eine Reihe von Abänderungsanträgen vorlagen. — Während der Debatte ging ein Antrag von Christlichen Gewerkschaftsmitgliedern im Senefelder-Bund ein, der sich gegen die vorgeschlagene Verschmelzung wendet. Der Antrag fand keine Unterstützung.

Nachdem die Versammlung über einige der vorliegenden Anträge zum Statutenentwurf beraten und abgestimmt hatte, wurde der Entwurf samt den Abänderungsanträgen einer besonderen Kommission zur Durchberatung überwiesen. — Unterdessen wurden die anderen Punkte der Tagesordnung beraten.

Nach einer Diskussion über die Beschaffung des nächsten im Jahre 1907 in Wien stattfindenden internationalen Berufskongresses beschloß die Versammlung, denselben durch je ein Mitglied des Hauptvorstandes, der Kontrollkommission und der Redaktion der „Graphischen Presse“ zu beschicken und das Wesentlichste aus den Verhandlungen des Kongresses in einer besonderen Beilage der „Graphischen Presse“ zu veröffentlichen.

Hierauf referierte Sillier über den deutschen Gewerkschaftskongreß. Hinsichtlich der Reizeiter ist der Redner der Meinung, daß man sich selbstverständlich nach dem Amsterdamer Beschluß richten müsse. Da aber die Arbeitsruhe bisher nicht in imponierendem Umfang durchgeführt worden sei und dies auch vorläufig nicht der Fall

sein werde, so sei er persönlich der Meinung, es müsse dahin gewirkt werden, daß in allen Industrieländern eine einheitliche, wirkungsvolle Demonstration am Abend des 1. Mai veranstaltet werden möge. Eine Delegation zum Gewerkschaftskongreß ist bereits durch die vorige Generalversammlung des Verbandes bestimmt, dieselbe wurde durch die gegenwärtige Versammlung bestätigt.

Die Feststellung der Präsenz ergab, daß der Senefelder-Bund durch 45, der Verband der Lithographen zc. durch 52 Delegierte vertreten sind. Ferner sind anwesend Vertretungen der beiden Verbände, der „Graphischen Presse“, des Buch- und Steindrucker-Hilfsarbeiter-Verbandes, des Buchbinder-Verbandes, der Lithographen und Steindrucker-Deutscher sowie der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Berlin, 24. April 1905.

Die gestern abgebrochene Statutenberatung wurde heute auf der Grundlage der Arbeiten der gestern eingesetzten Kommission fortgesetzt. — Aus dem durch Beschluß der Generalversammlung zustande gekommenen Statut für die neue gemeinsame Organisation führen wir hier die wesentlichsten Bestimmungen an.

Der Name der Organisation lautet: „Deutscher Senefelder-Bund (Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe)“.

Ueber den Zweck des Bundes sagt § 1: „Der Deutsche Senefelder-Bund bezweckt die Vertretung der gewerblichen, sowie die Förderung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder. Derselbe besteht aus folgenden drei Klassen: I. Gewerkschaftsklasse mit Reife-, Arbeitslosen- und Umzugsunterstützung; II. Kranken-, unterstützungs- und Sterbefasse; III. Invaliden- und Witwenkasse.“

Die Trennung in drei Klassen ist erfolgt mit Rücksicht auf die Verschmelzungsgegner, welche sagten: „Ihr wollt die Verschmelzung nur deshalb, um unser Geld zu verstreuen.“ Um diesem Einwand zu begegnen, hat man die Klasse für reine Unterstützungsgegenstände von der Klasse, die den gewerkschaftlichen Aufgaben dient, völlig getrennt, jedoch gehört jedes Mitglied des neuen Bundes allen drei Klassen an. — Als Ausgaben, welche durch die Gewerkschaftsklasse erfüllt werden sollen, nennt der zweite Teil des § 1: „Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem Wege, (sic) Maßgabe des § 153 der Gewerbe-Ordnung; Erbringung einer Maximal-Arbeitstages und Minimallohnes; Abschaffung der Sonntagsarbeit, der Ueberzeit, Alford-, Tantieme- und Hausarbeit; Vereinfachung der Uebelstände im Lehrlingswesen und solcher Fabrikordnungen, welche der Ehre und den Interessen d. c. Mitglieder zuwiderlaufen; Gewährung von unentgeltlichem Rechtsschutz; Unterstützung an Arbeitslose am Ort und auf der Reise d. c. findliche Mitglieder sowie an solche, deren Arbeitslosigkeit infolge einer Wahrenregelung, eines Streiks oder einer Aussperrung entstanden ist; Unterstützung an Mitglieder, welche zu Reserve- oder Landwehrübungen eingezogen werden; Umzugskosten-Unterstützung an Mitglieder, welche einen eigenen Hausstand führen, bei Ortswechsel, bedingt durch Arbeitswechsel; Pflege des Arbeitsnachweises und Berufsvereins, Veranstaltung von Berufstatistiken; soziale, technische und wissenschaftliche Belehrung in Wort und Schrift, durch Vorträgen und das Fachorgan; Pflege internationaler Solidarität.“

Zum Eintritt berechtigt ist nach § 2 jeder im Verufe tätige Lithograph und Steindrucker sowie die in diesen Berufen tätigen Zeichner und Maler, ferner die Reproduktions-Photographen, Bildhauer, Chemigraphen, Zinndrucker, Kupferstecher, Kupferdrucker, Rotendrucker und Tapetendrucker. — Jeder Neueintretende hat allen drei Klassen zugleich beizutreten.

Nach § 14 beträgt der wöchentliche Beitrag 1,20 M. Hierbon werden 60 Pf. der Gewerkschafts-, 85 Pf. der Kranken- und Sterbefasse, 25 Pf. der Invaliden- und Witwenkasse überwiesen. Für lokale Zwecke können besondere Beiträge erhoben werden. —

In den §§ 17—21 werden die durch die Gewerkschaftsklasse zu leistenden Unterstützungen festgelegt. Danach gelten für die Arbeitslosenunterstützung an Ort folgende Sätze:

Bei mindestens 26 Wochenbeiträgen 4 Wochen a 9 M. = 36 M.
8 a 9 = 72
8 a 12 = 96
10 a 12 = 120
15 a 12 = 180

Die gleiche Staffel gilt auch für die Reiseunterstützung, mit der Maßgabe, daß dieselbe mit 4 Pf. pro Kilometer bis zur Höhe der angegebenen Sätze gewährt wird.

Umzugsunterstützung wird gewährt bei einer Entfernung von 10—24 Kilometer pro Kilometer 1 M., bei 25 Kilometer und darüber nach Leistung von 52 Wochenbeiträgen 72 M., 156 Beiträgen 96 M., 200 Beiträgen 120 M., 520 Beiträgen 180 M.

Mitglieder, die wegen Eintretens für die Interessen des Bundes gemahregelt worden sind, erhalten eine Unterstützung von 7/8 des von ihnen verdienten Lohnes, Verheiratete für jedes Kind 1 M. extra. Die Gemahregeltenunterstützung wird so lange gezahlt, bis den Betreffenden eine gleichwertige Arbeit nachgewiesen ist.

Die Kranken- und Sterbefasse gewährt an Krankenunterstützung nach 26 wöchentlichen Mitgliedschaft auf die Dauer von 13 Wochen, nach 52 wöchentlichen Mitgliedschaft auf die Dauer von 26 Wochen, nach 104 wöchentlichen Mitgliedschaft auf die Dauer von 52 Wochen für jeden Wochentag 2 M.

Nachdem die Beratung des Unterstützungsweises soweit geblieben war, wurde über die Frage der Gaueninteilung mit angestellten Gauleitern verhandelt. Hierüber entstand eine längere Debatte. Vorchersend war die Meinung, daß die Gaueninteilung eine erstrebenswerte Einrichtung sei, auf deren Verwirklichung hingearbeitet werden müsse, aber der gegenwärtige Zeitpunkt sei nicht geeignet zur Durchführung derselben. — Durch Annahme einer Resolution erklärte die Versammlung, die praktische Durchführung der Gaueninteilung ist zurzeit verfrüht, und mit Rücksicht auf die Verschmelzung ist diese Frage bis zur nächsten Generalversammlung zu vertagen.

Berlin, 25. April.

In der heutigen Sitzung wurde die Statutenberatung bei den Bestimmungen über das Unterstützungsweisen wieder aufgenommen. Nach den gefassten Beschlüssen wird ein Sterbegeld gewährt von 50 M. nach 26 wöchentlichen, 100 M. nach 52 wöchentlichen Mitgliedschaft. Verheiratete Mitglieder, die wenigstens 4 Jahre dem Bund angehören, erhalten beim Tode ihrer Frau einen Betrag zu den Begräbnungskosten von 50 M. — Die Invalidenunterstützung beträgt wöchentlich 7 M. — An Witwenunterstützung werden wöchentlich 8,50 M. gewährt. Der Statutenentwurf enthält hierzu die Bestimmungen: „Bei einem dem allgemeinen Sittlichkeitsgefühl zuwiderlaufenden Lebenswandel kommt die Unterstützung in Wegfall.“ Hierüber entstand eine Debatte, die mit der Streichung der angeführten Bestimmung und der Annahme eines Antrages, welcher besagt, daß die nichtangetraute Lebensgefährtin eines Mitgliedes zum Bezuge der Witwenunterstützung berechtigt ist, falls gesetzliche Gründe die Heiratung hindern. — Damit sind die Bestimmungen über das Unterstützungsweisen erledigt. Es folgt die Beratung derjenigen Paragraphen, welche über Organisation und Verwaltung des Bundes handeln. Die hierzu gehörenden Einrichtungen entsprechen im wesentlichen denen aller gewerkschaftlichen Zentralverbände. — Hinsichtlich des Arbeitsnachweises bestimmt das Statut, daß jede Mitgliedschaft, wenn irgend möglich, einen örtlichen Arbeitsnachweis einzurichten hat. Für jeden Agitationsbezirk ist ein zentralisierter Arbeitsnachweis zu errichten, der einerseits mit den örtlichen, andererseits mit dem vom Hauptvorstande einzurichtenden Zentral-Arbeitsnachweis in Verbindung steht, zu dem Zweck, Arbeitslose solchen Orten zuzuwenden, wo Mangel an Arbeitskräften besteht. — Ein hierzu vorliegender Antrag, in allen Zahlstellen die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise anzufordern, wurde dem Hauptvorstande zur Verwirklichung überwiesen.

Als Organ des Bundes, welches jedem Mitglied unentgeltlich zu liefern ist, bestimmt das Statut die „Graphische Presse“.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Rittwoch, den 26. April:
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die Heirat wider Willen.
Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Domburg.
Deutsches. Die schwarze Krone.
Reigen. Die Hebermaus.
National. Jar und Zimmermann.
Venes. Ein Sommernachtsstraum.
Thalia. Der Kometensturz.
Zentral. Don Juan.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Augen rechts! Hierauf: Die sittliche Forderung.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.) Die Herren Söhne.

Reigen. Eiga.
Kleines. Salome.
Prinzess. Herzogin Crevette.
Trianon. Ihr Alibi.
Deutsch-Amerikanisches. Ueberrauschen.
Bellevue. ... noch einmal so leben!
Carl Weiß. Die sieben Vagabunden.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Reigen. Die deutschen Komödianten.
Kasino. Koloß Rotter.
Lustspielhaus. Der Familientag.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Apollon. Das Mädchenmädchen.
Spezialitäten.

Herrnfeld-Theater. Die Hebermaus.
Passage-Theater. Emmi Kröcher.
Wintergarten. Leo de Merode.
Urania. Taubentrage 48/49.
nachm. 4 Uhr: Tierleben in der Wildnis.
Abends 8 Uhr: Der Simphon und sein Gebiet.
Invalidentrache 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtsstraum.
Morgen und folgende Tage: Ein Sommernachtsstraum.
Sonabend nachmittags 2 1/2 Uhr: Ein Sommernachtsstraum.

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Salome.
Donnerstag: Die Neuvermählten.
Abschiedssouper.
Freitag zum erstenmal: Rosmersholm.
Sonabend und Sonntag: Rosmersholm.

National-Theater
Weinbergsweg 19.
Mittwoch, den 26. April 1905:
Zar und Zimmermann.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag: Fra Diavolo.
Dr. Brissemeister a. G.
Freitag: Maskenball. (Premiere.)
Sonabend: Der Wildschütz.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die deutschen Komödianten.
Morgen: Archy Archy.
Kasino-Theater
Lothringersstraße 37. Täglich 8 Uhr:
Colo's Vater.
Vollständ. in Ad. L'Arronge.
4 Akten von Gt. neue April-Programm.
Sonntag nachm. 4 Uhr: In Vertretung.

Apollo-Theater.
218. Friedrichstraße 218.
Letzte Woche
der phänomenalen
April-Spezialitäten.
8,40 Uhr:
Das Veilchenmädchen.
Operette.
Musik von Professor Hellmesberger.
Residenz-Theater.
Dr.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage: 8 Uhr:
Herzogin Crevette.
Schwank in 1 Vorspiel u. 3 Akten von Georges Feydeau.
in Deutsch von Verno Jacobson.
Sonntag, den 30. April, nachmittags 3 Uhr: Der Hüftenbesitzer.
Sanssouci.
Rottbuser Tor - Stat. der Hochbahn.
Heute keine Vorstellung.
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger u. Tanzkränzen.
Sonabend, 29. April:
Letzter Theater-Abend.
Ein gaudeliger Kaufmann.
Donnerstag, den 4. Mai:
Letzte Vorstellung und Abschieds-Benefiz.

Urania, Taubentr. 48/49.

8 Uhr:
Der Simphon und sein Gebiet.

4 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte Invalidentr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Das sensationelle
Riesen-Mädchen!!!
Rosa Wedsted,
2 Meter 20 cm hoch,
größte lebende Riesin der Welt.

Neue Königl. Oper (Kroll).
Montag, den 1. Mai 1905:
! Novität!
Jung-Heidelberg.
Operette von Millöcker.
Anf. 7 1/2 Uhr. Billetverkauf: Kgl. Opernhaus, Schalter 3, Wertheim, Invalidendank und Abendkasse.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellungen 8 Uhr.
Nachm. Sonnt. 3, Wochen 5 Uhr:
Emmi Kröcher
dem Berliner sein Fall.
Die 7 Allison
Akrobaten.
Lotte Sebus
Vortragskünstlerin.
Losoros, Koloratur-Sängerin.
Man de Wirth, Dament-Imitator.
14 neue glänzende Nummern.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Ihr Alibi.
Anfang 8 Uhr.
Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstraße 67/68.
LETZTE WOCHE.
Schluß der Saison Sonnt. 30. Apr.
„Ueber'n großen Teich.“
Sonntag nachm. 3 Uhr (halbe Preise)
„Ueber'n großen Teich.“

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 171. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssosse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nur noch fünf Aufführungen:
Die kleinen Vagabunden.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Letzte Kinderdarstellung: Doraschen. — Sonntag nachm. 3 Uhr: 3. letztemal: Die Kinder des Kapitän Grant.

W. Noack's Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Die Anna-Liese.
Schauspiel in fünf Akten von Dirsch.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Som. 1. Mai bis Pfingsten wird nur noch Sonabend, Sonntag und Montag gespielt.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Die Meyerhains.
Komödie in 3 Akten mit den Autoren Anton u. Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.
Montag, den 15. Mai:
Letzte Vorstellung in dieser Saison.

Volksgarten-Theater
(früher Weimann).
Bahnhofstr. 56.
Mittwoch, den 26. April er.: Große Extra-Benefiz-Vorstellung für Herrn Bruno Maidorn. Zum erstenmal: Gewagte Mittel. Lustspiel in drei Akten von Francis Stahl.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen ohne Nachzahlung.

O. Schiller-Theater Friedrich-Wilhelm-Schiller-Theater.
Rittwoch, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Komödie in 3 Akten v. von Lehmann.
Hierauf: Die sittliche Forderung.
Wanderei von Otto Erich Hartleben.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Meine Schwiegertochter.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.

O. Schiller-Theater Friedrich-Wilhelm-Schiller-Theater.

Rittwoch, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Komödie in 3 Akten v. von Lehmann.
Hierauf: Die sittliche Forderung.
Wanderei von Otto Erich Hartleben.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Meine Schwiegertochter.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.

N. Schiller-Theater Friedrich-Wilhelm-Schiller-Theater.

Rittwoch, abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Vollständ. in 3 Akten von Dölar.
Balthar und Leo Stein.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Hierauf: Die sittliche Forderung.
Freitag, abends 8 Uhr:
Meine Schwiegertochter.

Neues Konzerthaus
Grand Hotel Alexanderplatz.
Gr. Kurt Goldmann-Konzert
unter Mitwirkung des Salon-Gymnasten G. Bonné. Anfang 8 1/2 Uhr.
Meine Gäste in Berlin wie Blumengarten empfehle zu Veranstaltungen und Festlichkeiten jeglicher Art.
Albert Moerner.

Orientalisches Ballhaus
Neue Königstr. 45 (Grand Hotel)
Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag:
Réunion
Anfang 10 1/2 Uhr.

Zirkus Schumann.
Heute Rittwoch, den 26. April, abends prägnant 7 1/2 Uhr:
Dank- und Abschiedsvorstellung
und
Letztes Auftreten in Europa
(vor ihrer Abreise nach China) der phänomenalen
12 Original-Chinesen 12
worunter der weltberühmte
Wandarin **Tsching-Ling-Foo.**
Streichinstrumentelle, noch nie dagewesene Leistungen.
Bunder über Bunder.
Hierbei die berühmten einseitigen Frauen.
Chad-ru, der zweifelhafte Anabe.
Po-ta-to, die menschliche Schnecke.
Die reizende Little Choo-Tray etc.
Vorher: Gala-Programm, Aufzutreten sämtl. Kunstkräfte, Damen und Herren in ihren Glanzleistungen sowie Dir. Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren. — Dankeagungen sowie alles übrige siehe Tageszettel.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Unsere süßen Dienstmädel.
Burlüste von Meyfel.
Anf. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.
Sonabend nachmittags: Das böse Prinzschöchen.
Sonntag nachmittags: Der Mann im Schatten.

Bernhard Rose-Theater
Gejundbrunnen, Labstraße 58.
Die Tochter der Hölle.
Preisluftspiel in 5 Akten von Rudolf Kneifel.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Vorzugskarten haben Vorrang.
Boranzüge. Sonabend, den 29. April: Große Extravorstellung: Das Schloss am Meer.

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Freya-Palast.
2 Min. v. Hof. Börse. Bild-avis d. Börse.
Heute: Wiederholung des großen Fest-Programms.
8 1/2 Uhr: 8 1/2 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank in 4 Akten.
Streife: Dr. Rich. Winkler.
Vorher:
Das glänzende Spezialitätenprogramm.
Freitag, den 28. April: Letzte Ullto-Vorstellung.

Mosa und Röschen.
Schausp. in 4 Akten v. G. Dirsch-Bleffer.
Schluß der Saison am Sonntag, den 30. April. In diesem Tage verlieren sämtliche Ehren- und Vorzugskarten ihre Gültigkeit.
Otto Pritzkwos
Abnormitäten-Ausstellung
Münzstr. 16.
Kurzes Gasspiel des berühmten laubstammigen Joubertinslers
Professor **Paulo.**
Die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts.
Niesendame, 485 Pfund schwer, schwerste Dame, die je gelebt.
Arabella, total kunstvoll tätowiert.
— Entree 20 Pf. —
Billigste Bezugsquelle
von Garnituren, Vaneelsofas, Mischelsofas, Schlafsofas, Chaiselongues, Vertikals mit Matras, Kleiderbüchse, Vertikals, Spiegel in voller Ausführung, Langjahr. Gar.
Neumann, Lopez, Oranienstr. 202.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 85.
Das großartige April-Programm.
Die mysteriösen Elefanten sind da.
Anf. Sonntags 5 Uhr, Donnerstags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen heute großes **Streich-Konzert.**
Rigo, Lagos.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiserjazz: **Tanz.**

5 3/4 Pfund Brot 50 Pf.
Albrechts Bäckereien:
Wrangeistr. 135, Krautzstraße 19, Hallescheinstr. 28, Paulsenstr. 2, Markthalle Bäckerei, Stand 222/23, Markthalle Andreaskstr., Stand 16/18, Centrale: Vordagenerstr. 13.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Seebassin (Endstation der „Stora“-Dampfer).
Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.
Empfehle mein altes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferstige, Regalbahnen, große Kaffeetische.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Spezialm. Lady
100 St. 3, 20 1000 St. 33 Mark
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen: 10 Stk. 30, 35, 40 Pf. usw. 100 Stk. 2.80, 3.—, 3.20, 3.50, 4 Mark. In jeder Preislage große Auswahl: Mexiko, Sumatra, Fortenlande, Brasil etc.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV, 9070.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Wahltableau
für die am 30. April d. J. vorzunehmende Wahl von 37 Delegierten zur Generalversammlung in Leipzig. Die Wahlzeit ist von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr.

Gewählt wird in folgenden Lokalen:
1. Raabes Salon, Köpferstr. 23. Wahlleiter Menz.
2. Bernhard Rose-Theater, Labstr. 58. Wahlleiter Wogener.
3. Werners Festhalle, Schwebelstr. 23. Wahlleiter Denk.
4. Voeters Festhalle, Deberstr. 17. Wahlleiter Buss.
5. Graumanns Festhalle, Raumstr. 27. Wahlleiter Gunther, Liesack.
6. Thiel, Rixdorf, Bergstr. 152. Wahlleiter Schneller.
7. Kuntze, Säulowstr. 59. Wahlleiter Ficius.
8. Kronenbrauerei, Alt-Roabit 47/48. Wahlleiter Hartmann.
9. Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstr. 3. Wahlleiter Wuschke.
10. Steglitz, Schallhase, Alhornstr. 15a. Wahlleiter Loos.
11. Böhle, Spandauer, Neumarktstr. 5. Wahlleiter Wücker.
12. Oberhöndelweide, Kaufhold, Wilhelmstr. 19. Wahlleiter Ballach.
13. Tempel, Rummelsburg, Alt-Vorhagen 56. Wahlleiter Brühl.
14. Köpenick, Gelling, Schönfelderstr. 5. Wahlleiter Gühne.
15. Reinickendorf, Müster, Berlinerstr. 29. Wahlleiter Püschel.
16. Weißensee, Schumann, König-Charlottenstr. 38. Wahlleiter Frahm.

Zentralwahlbureau ist Engel-Ufer 15. Obmann des Gesamtwahlkomitees ist der Kollege Hermann Honning. Die Stimmlisten werden an den Eingängen zu den Wahllokalen verteilt.
Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.
Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.
Vertrauensmänner-Konferenz der Schlosser fällt diesen Monat aus.

Mittwoch, den 26. April 1905, abends 8 1/2 Uhr, bei Schade, Birkenwäldchen, Groß-Lichterfelde:
Bezirks-Versammlung
für Steglitz und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Die kommenden Aufgaben des Verbandes. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Kassierers. 4. Verbandsangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Die Ernährung der Kinder durch Ammen beruht Tausende von Kindern ihrer mütterlichen Nahrung und Pflege. Die Ernährung der Säuglinge mit künstl. Nahrung, in ehl und Milch macht die Amme vollkommen überflüssig, da das Kindermilch die in der Muttermilch enthaltenen Nährstoffe im richtigen Verhältnis enthält, dem Verdauungsapparat des Kindes keine unverständlichen Stoffe zuführt, die gleichzeitig dargelegte Nahrung leichter verdaulich macht und daher die Entwicklung des kindlichen Körpers auf das günstigste herbeiführt und endlich mit viel weniger Kosten verbunden ist als die Ernährung durch eine Amme.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1883L*
Amt 4, 3014.

Brennabor-Räder
und Jenensia-Räder auf
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder R. 65.—, mit Freilauf R. 100.—,
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.
23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Georg Hellmuths 2834 J
Institut für Naturheilkunde.
Berlin O., Petersburgerstr. 84, Portal I, zwischen Ballenplatz und Frankfurter Allee. Stadt- u. Hochbahndorf. Barthauser Brücke. Ausdr. elektr. Lichtbehandlung (Dogen, Eichen- u. Glühlichtbestrahlung), Elektrotherapie, Vibrations-, u. Dufte-Brandmassage, Hypnotismus etc. Behandlung von Hals-, Lungen, Herz-, Magen-, Darm-, Leber-, Blasen- und Nierenleiden, Gicht, Rheumatismus, Neurasthenie, Föschelentzündung, Strophose, Bleichsucht und ganz besonders Verren-, Frauen-, Haut- und Harnleibfrankheiten jeder Art. Wissenschaftl. Untersuchungen, chemische u. mikroskop. Fernanalysen. Sprechst. 10—12, 3—4, 6—8, außer Rittwoch nachmittags. Auf Wunsch besuche ich Kranke.

Wer-Stoff-hat,
fertige Herrenanzug, 20 W., ohne Konkurrenz, feinste Putat, 2 Anpr. für guten Stk. belam gold. Medaille.
Ludwig Engel, Preussenerstraße 25, II. (Kleganderplatz). — Begründet 1892. 16032*

Möbel,
ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke äußerst billig. Eigene Tischlerei-Werkstatt.
Berlin O., 2217*
Wiehr, Petersburgerstr. 62.

Konkursmassen-Ausverkauf!
Die aus der Konkursmasse Robert Hermann & Co. erstandenen Waren, bestehend aus: Teppichen, Portieren, Gardinen, Diwan-, Tisch-, Bett- u. Steppdecken sowie eine Möbelstoffreste werden zu fabelhaft billigen, fest taxierten Preisen zum Ausverkauf!
139/14
Spandauerstr. 65-67, I., bei Bursch.
Verkaufszeit 9—1, 3—8 Uhr.

A. Rausch
Albinstr. 18b.
Tel. Amt IV 4504.

Zur Maifeier erscheint in unserem Verlage:

Illustrierte Maifest-Zeitung

Preis 10 Pfennig. Preis 10 Pfennig. Mit einem Titelbild von **Fidus** und einem zweiseitigen Mittelbild von **Martin Brandenburg**.

Wir empfehlen ferner unsere

Mai-Postkarten

in großer Auswahl schwarz und koloriert.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt. — Bestellungen werden umgehend erbeten.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.



Wir bitten unsere geehrten Inserenten größere Annoncen für die **Sonntags-Nummer am Donnerstag** und für die **Sonntag-Nummer am Freitag** aufgeben zu wollen, da andererseits die Aufnahme nicht garantiert werden kann. Expedition des „Vorwärts“.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Spottbilligster Ausverkauf verfallener Pfandstücke. Weidenweg neuzechn. +22*

Empfehlenswerte Betten, Kunstseidenstoffe, Gardinenverkauf, Bettinette, Steppdecken. Pfandleihanhaus Weidenweg neuzechn. +22*

Tackelanzüge, Sommerpaletots, Regulatoren, Frischholzer, Taschenuhren, Herrenketten, Damenketten spottbillig! Pfandleihanhaus Weidenweg neuzechn. rechts. +22*

Gardinen — Stores — Tüllbettdeden — Poinillace — bunte Wandtapes — Kongressstoffe — Enorme Preisermäßigung. Einzelne Paare spottbillig! Gardinen-Verandhaus Neufeldstrasse 11, nahe Dönhofsplatz. +22*

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße). Große Frankfurterstraße 58, Stahlstrasse 40. +22*

Teppiche! (Heilerheute) in allen Größen für die Halle des Hauses im Teppichlager Braun, Paderstr. Markt 4, Bahnhofs Böse. 142/12* +22*

Steppdecken billig! Großes Frankfurterstraße 9, parterre. +27*

Teppiche mit farbenschönen Farbmalereien! Große Frankfurterstraße 9, parterre. +27*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andreasstraße 38. +22*

Spottbilligste Betten, Bettmöbel, Taschen, verschiedene. Pfandleihanhaus Bornimstrasse 4. +22*

Gardinen, Leppische, Vorhänge, halbe Breite, Andreasstraße 38. +22*

Billigste Angebote, Anodenanzüge, Herrenanzüge, Herrenhosen, Anodenhosen, Hemden, Westen, Hosen, Lederjacken, Lüche, Buchsinn, Kammgarn — Reize verkauft sehr billig! Reizehandlung Wilhelm Lange, Roabit, Lurmitzstrasse 84. Jeweils Geischaft: Rensburgerstraße, Ude Hofstrasse, Stahlhofbogen. +22*

Gardinenhaus Große Frankfurterstrasse 9, parterre. +27*

Baumaterialien, neue und gebrauchte wie: Kollholz, Bretter, Balken, Leisten, Lärchen, Fichten, Buche, Kiefer, Linoleum, in größter Auswahl billig! Rothbühlstrasse 22. 235/26* +22*

Lebensmittel, Paul, Jüterburgerstraße 16, Laden. Reichhaltiges Lager in- und ausländischer Stoffe. +143*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt, spottbillig! Schneider, Kurfürstenstrasse 172. 62/26* +22*

Häute für Rabigwände, Ritzdort, Berlinerstraße 10/11. Amt IV, 9806. +22*

Wenzelhäuser Guitarengitarren, sechsstimmig, Notenblätter, Mandoline, 8,00. Bornimstrasse 100. +91*

Todesfälle wegen verkaufte mein beider Kolonialwaren, Obst und Gemüsegeld! Eidenauerstraße 17/24* +22*

Zeisenschäfte, sehr gut, wegen Krankheit der Verkäuferin veräußert! Reinickendorf-Bezirk, Goldborsstrasse 15. +22*

Platin, gut erhalten, verkauft sofort! Gütlerstrasse 38 I links. +27*

Obst und Gemüsegeld, wirklich gutgehend, preiswert zu verkaufen! Löwenstrasse 12. +26*

Sofas Particellaf (mit Verleinen) zu verkaufen. In erstogenen Gelmstrasse 9, Seitenflügel I rechts. +91*

Rahmmaschinen ohne Anzahlung, 10,00. Veräußerung, Volkmar, Reichenbergstrasse 151. 122/26* +22*

Ihr als Zugabe erhält Käufer einer Nähmaschine ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpferstraße 60/61, Große Frankfurterstrasse 43, Prenzlauerstrasse 59/60. +22*

Hochlegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Pfälzen. +22*

Möbelverkauf in meiner Möbel-fabrik Waldstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Anfolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgelehrt und verbleiben gewogene Möbel, die wie neu sind, Kleiderständer, Vertikals 27,00, Ausziehisch 16, Kucheltische 16 mit Federmatratze und Kissen 18, Tischensofa 30, Panelsofa 70, Waschtische 20, Ruhebett 26, ganze Einrichtungen billig! Transport frei. 105/7* +22*

Betten, Bettmöbel, Steppdecken, Teppiche verkauft! Leihanhaus, Drantenstrasse 177, Ude Walderstraße. 52/22* +22*

Rahmmaschinenreparaturen werden schnell und billig in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. Vellmann, Gollnowstrasse 26, nahe der Landbergerstraße. 451/2* +22*

Malstrabik, blattbildend, für Blumarr, Brustkorbe, Schwachliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/11, 1/12, 1/13, 1/14, 1/15, 1/16, 1/17, 1/18, 1/19, 1/20, 1/21, 1/22, 1/23, 1/24, 1/25, 1/26, 1/27, 1/28, 1/29, 1/30, 1/31, 1/32, 1/33, 1/34, 1/35, 1/36, 1/37, 1/38, 1/39, 1/40, 1/41, 1/42, 1/43, 1/44, 1/45, 1/46, 1/47, 1/48, 1/49, 1/50, 1/51, 1/52, 1/53, 1/54, 1/55, 1/56, 1/57, 1/58, 1/59, 1/60, 1/61, 1/62, 1/63, 1/64, 1/65, 1/66, 1/67, 1/68, 1/69, 1/70, 1/71, 1/72, 1/73, 1/74, 1/75, 1/76, 1/77, 1/78, 1/79, 1/80, 1/81, 1/82, 1/83, 1/84, 1/85, 1/86, 1/87, 1/88, 1/89, 1/90, 1/91, 1/92, 1/93, 1/94, 1/95, 1/96, 1/97, 1/98, 1/99, 1/100. +22*

Herren-Garderobe nach Maß (andere Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Anzug 38 Mark an. Kauf beim Handwerker, liefert den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. A. Dörge, Dresdenerstraße 109. +22*

Knabenanzüge aus Resten, enorm billig! Karlsruhstrasse 13, I. 518/2* +22*

Vokal mit Gassen, 2 Regalbahnen, Kammern Saal, zwei Vereins- und Ständerzimmer zu verkaufen. Miete 3000 Mark. Jahresmiete 622 halbe Pacht, 157 halbe Weidler. Mehrere Zahlstellen, Vereine und Verammlungen. Preis 7000 Mark. Brauerei 10/1000 zu. Kunststr. 1/10, Brauerei, Radesstrasse 8. 617/2* +22*

Bronzegastromen! dreifachmig-6,00. Gasgastromen 9,00. Salon-Gastromen 15,00. Gasgastromen 17,00. Schaudenherd! spottbillig. Preislosgastromen 3,00. Wollener, Balmnertheaterstrasse 32. (Gasthofstrasse) +22*

Gasthofstrasse! Zwickelgastromen! 3,00. Dreifachmigherd! Gasbratfen! 6,00. Gasplättchen, Gasbrennapparat, Gasbeheizung! spottbillig! Wollener, Balmnertheaterstrasse 32. 22/25* +22*

Wein, Cognac und Vignette. Gelegenheitskäufe für Private und Wiederverkäufer. Gutfeld, Potsdamerstrasse 43, Steglitzerstrasse 27. Stellerei durch den Laden. 139/18* +22*

Konparzellen, nur 7 Mark die Quadratmetre, am Vorortbahnhof! Reperier, veräußert! Paul Kranke, Kantstraße, Reperier (Erlangerbahn). +22*

Sofa, Teppiche, circa 2 Meter lang, unirtetes Verier 3,85, Tapetiererei 5,35, Argimier 4,65. Inventur - Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lejdore, Drantenstrasse 158. +22*

Häfel! nur einmal! Inventur-Ausnahmepreise! im Teppichhaus Emil Lejdore, Drantenstrasse 158. Extraliste gratis. 28/28* +22*

Radsfahrer! Fahrräder, neue und gebrauchte, kauft man am reellsten und billigsten in dem ältesten Fahrradgeschäft von Max Jabel Radfahrer-Aspirita, Drantenstrasse 19a. Schläuche von 2,50, Räder von 3,50 an. Zubehörteile in großer Auswahl. Eigene Vernickelung, Schleiferei und große Reparaturwerkstatt mit elektrischem Betrieb. 39/22* +22*

Teppiche, Möbel. Ich habe wieder aus verschiedenen Fabriken große Partien neuer Möbel, Teppiche, Decken, Stores, Vorhänge, Uhren, Bilder, Kronen so spottbillig eingekauft, wie dieselben in den Fabriken nicht können hergestellt werden. Ich verkaufe deshalb jetzt zu extra billigen Preisen ganze Wohnzimmere - Einrichtungen, Salonzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer, Wohnzimmer, Schlafzimmer, Küchenmöbel sowie einzelne Möbelstücke, Büffets, Bücherregale, Salonschänke, Schreibtische 26,00, Ankleide-schänke, Kleiderschänke, Vertikals, Eisenträume, Kaffeegläser 30,00, Salongarnituren Tisch und Stuhl, Panelsofa, Schlafsofa, Bettstellen, Tische, Stühle, Badstühle, Ruhebetten mit prachtvoller Diwanende 22,50, Küchenmöbel, ecktragende Salonteppiche, Speisezimmer-Teppiche 18,00, Jammerteppiche (von 8,00 an bis zu allergrößten Saalteppichen, Gardinen, Spachtelwerke 5,00, Diwanende, reichgestickte Liebergardinen, Steppdecken, Wäschtische 4,00, Bilder mit hochleganten Rahmen, Salonuhren, Speisezimmer, Salontenone, viele Gelegenheitskäufe. Edelste, Nationaler, Röhrenstrasse 25, im großen Möbelgeschäft, an der Hochbahnstation Röhrenstrasse. Zur Kaution und zum schnellen Verkauf übernehme ganze Wirtschaften, Warenlager, Kontostellen zu fulanten Bedingungen. Brautleute, Pensionate mache besonders aufmerksam. +22*

Möbelverkauf! Drantenstrasse 172/178, am Drantenplatz, liefert geschmackvolle Einrichtungen von 285,00 bis 428,00, elegante 650,00 bis 1000,00, Anglisches Schlafzimmer 290,00, Tischensofa 65,00, Kleiderhaken, Vertikals 45,00, gedignete Büffets, Kucheltische mit Wärratze 45,00, Schreibtisch 22,00, Spiegel 15,00, Spiegelständer 25,00, Wäschtisch 10,00, 160,00, verleihe und zurückgelehte Möbel spottbillig. Rahmmaschinen! auch Teilzahlung. 402/2* +22*

Knabenanzüge, Mädchenkleider, Paletots, Nadeln verkauft! Wollener, Balmnertheaterstrasse 14. 32/22* +22*

Möbelsticker! liefert geschmackvolle Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel. Robertus Küchen. Große Auswahl! Kein Laden, nur Keller und Hinterzimmer. Teilzahlung, Garmas, Alstermeister, Dresdenerstrasse 134. 476/2* +22*

Drei Nähmaschinen, Jüterburger, Wollener, Röhrenstrasse 25, im großen Möbelgeschäft, an der Hochbahnstation Röhrenstrasse. Zur Kaution und zum schnellen Verkauf übernehme ganze Wirtschaften, Warenlager, Kontostellen zu fulanten Bedingungen. Brautleute, Pensionate mache besonders aufmerksam. +22*

Wohnung! Sie haben es ja gar nicht weit nach der Lurmitzstrasse 85 zu Gehwegen. Gehen Sie hin, sehen Sie sich die Herren- und Knabenpaletots und Anzüge an, Sie kaufen dort gut und billig. +22*

Schmiedehaus! Gange, spottbillig zu verkaufen. In erstogenen Wollenerstrasse 67 im Lokal. +22*

Anzugreife 8,00, Hosenreife 3,00. Reizehandlung Lichtenbergerstraße 9. +22*

Rahmmaschinen ohne Anzahlung vergäbe noch bis 10,00, wer Teilzahlung! Rahmmaschine kauft oder nachweist! Höhe 1,00. Alle Systeme. Wollener, Balmnertheaterstrasse 60. +22*

Rahmmaschinen, sämtliche Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich eine Mark, gebrauchte groß! Mark. Wollenerstrasse 113, Wienerstrasse 8. 124/75 +22*

Rigarrengeschäft, gutgehend, steht preiswert zu verkaufen. Erfahrungen bei Stoltenburg, Wienstrasse 41. +79*

Brillanten! Wollener, Balmnertheaterstrasse 14, 32/22* +22*

Kinderwagen, guter, Gummiräder, verkauft! Bachmann, Boghagerer Chaussee 51/2. +22*

Restaurant mit kleinem Saal, großem Speisezimmer, Garten und Regalbahn! In fränkischer Straße 27, im Lokal. (3 Zahlstellen.) Miete 3500 Mark. Karl Fischer, Waldstraße 8. +22*

Verkauf Schwapparat, Eismaschine, Kuchentisch, Bettstelle mit Matratze, Stühle, sofort! Reizehandlung Lichtenbergerstraße 9. +22*

Kanarienvogel 6,00, Vorkäfiger, Geischaftsmann, Schloßplatz 2. 129/28 +22*

Kunststoffer! von Frau Kofosty, Charlottenburg, Goltstrasse 84, I. +22*

Wandbilder Markstrasse 27. 106/75 +22*

Tandem verleiht! Fahrradhandlung Badstraße 55. +91*

Vereinigung zu vergeben, Pianino, Keller, Reizehandlung Lichtenbergerstraße 19. +22*

Vereinigung, Raumstrasse 6, größere Vereinigungsmöglichkeit! Bühne stehen Vereinen und Gewerkschaften jederzeit zur Verfügung. +22*

Leihanhaus, Landbergerstraße 98, belebt und kauft! Brillanten, Wollener, Balmnertheaterstrasse 60, Wollener, Balmnertheaterstrasse 60. +22*

Tambourier - Maschinen, Kodometer, allehrtiger Fabrikant E. Vellmann, Gollnowstrasse 26, nahe der Landbergerstraße. 452/2* +22*

Nachweislich gutgehendes Plattengeschäft! Plattmaschine. Sofort oder später, verkauft! Reizehandlung Lichtenbergerstraße 9. 124/25 +22*

Bett, 17,00, besseres, spottbillig! Michel, Dresdenstrasse 38. 124/25 +22*

Stieglische, Zelte, Dampfkessel, billig! Oberländer 0,90, Kollischen, Leichen 1,25. Graue und grüne Papagalen. Ankauf! gern gekollert. Mariannenstraße 37. 532/2 +22*

Neue Möbelwerkstatt, Holzerwaren, verschiedene. Spottpreis! Pantof, Dreizehnerstrasse 52, Hauswirt. +22*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, modern, sehr gut erhalten, sämtlicher Zubehör, sofort! 40,00. Große Frankfurterstraße 14, Hof gerabegu. +26 +22*

Möbelgelegenheit! Dringend verkaufe sämtliche Möbel, acht Zimmer, Garnitur, Schränke, Betten, Spiegel, Tische, verschiedene. Köpferstrasse 128a I. 124/25 +22*

Ottostrasse! Sie haben es ja gar nicht weit nach der Lurmitzstrasse 85 zu Gehwegen. Gehen Sie hin, sehen Sie sich die Herren- und Knabenpaletots und Anzüge an, Sie kaufen dort gut und billig. +22*

Schmiedehaus! Gange, spottbillig zu verkaufen. In erstogenen Wollenerstrasse 67 im Lokal. +22*

Anzugreife 8,00, Hosenreife 3,00. Reizehandlung Lichtenbergerstraße 9. +22*

Rahmmaschinen ohne Anzahlung vergäbe noch bis 10,00, wer Teilzahlung! Rahmmaschine kauft oder nachweist! Höhe 1,00. Alle Systeme. Wollener, Balmnertheaterstrasse 60. +22*

Rahmmaschinen, sämtliche Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich eine Mark, gebrauchte groß! Mark. Wollenerstrasse 113, Wienerstrasse 8. 124/75 +22*

Rigarrengeschäft, gutgehend, steht preiswert zu verkaufen. Erfahrungen bei Stoltenburg, Wienstrasse 41. +79*

Brillanten! Wollener, Balmnertheaterstrasse 14, 32/22* +22*

Kinderwagen, guter, Gummiräder, verkauft! Bachmann, Boghagerer Chaussee 51/2. +22*

Restaurant mit kleinem Saal, großem Speisezimmer, Garten und Regalbahn! In fränkischer Straße 27, im Lokal. (3 Zahlstellen.) Miete 3500 Mark. Karl Fischer, Waldstraße 8. +22*

Verkauf Schwapparat, Eismaschine, Kuchentisch, Bettstelle mit Matratze, Stühle, sofort! Reizehandlung Lichtenbergerstraße 9. +22*

Kanarienvogel 6,00, Vorkäfiger, Geischaftsmann, Schloßplatz 2. 129/28 +22*

Kunststoffer! von Frau Kofosty, Charlottenburg, Goltstrasse 84, I. +22*

Wandbilder Markstrasse 27. 106/75 +22*

Tandem verleiht! Fahrradhandlung Badstraße 55. +91*

Vereinigung zu vergeben, Pianino, Keller, Reizehandlung Lichtenbergerstraße 19. +22*

Vereinigung, Raumstrasse 6, größere Vereinigungsmöglichkeit! Bühne stehen Vereinen und Gewerkschaften jederzeit zur Verfügung. +22*

Leihanhaus, Landbergerstraße 98, belebt und kauft! Brillanten, Wollener, Balmnertheaterstrasse 60, Wollener, Balmnertheaterstrasse 60. +22*

Patentanwalt Dammann, Drantenstrasse 57, Vorplatz. Rat in allen Patentfällen. 1066/2* +22*

Teilzahlung, Anfertigung eleganter Herrenanzüge. Reizehandlung Lichtenbergerstraße 9. 480/2* +22*

Sprachen, Deutsch, Französisch, Englisch, Lehrinstitut Karlstrasse 28. +22*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterjacken 15,00. Wollener, Balmnertheaterstrasse 9 (Wollenerstrasse). +22*

Achtung! Freunden und Bekannten empfehle ich meine neu eingerichtete Ad-Deffinition. Speisen und Getränke in bekannter Güte. Für musikalische Unterhaltung ist jeden Sonntag gefordert. Auch Zimmer für Vereine und Zahlstellen, für 100, 50 und 40 Personen sind noch zu vergeben. Hermann Wolke, Röhrenstrasse 8, Ude Goltstrasse 9. +22*

Ringelstiche, alte, kauft, Preisangabe, Konopla, Schloßplatz 2. +22*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Lehrer, Blankener, Kustreier, sucht! Weidenweg, Kolonnenstrasse 22. +91

Stereotypen verlangt! U. Fischer, Pflanzstrasse 13. 128/26 +22*

Jungen kräftigen Burschen oder Hausdiener verlangt! Dauland, Lichtenbergerstraße 44. +79

Vermietungs-Kantor am Kolonnenstrasse 204/204. Mädchen jeder Branche erhalten nach Wunsch vorzügliche Stellung bei kinderlosen Herrschaften, einzelnen Damen, Schauspielern, Marie Stankevic, Stellenvermittlerin. +22*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. des Zeils.

Redakteur gesucht.

Für unser Parteiorgan wird ein Redakteur gesucht, welcher den lokalen Teil zu bearbeiten und verantwortlich zu sein hat. Es wird besonders auf eine rednerische Kraft reflektiert. Gehalt 2200 Mark. Eintritt 1. September 1905. Offerten sind bis zum 10. Mai 1905 an F. Schirwinsky, Romschold, Honsbergstr. 15g, zu richten. +22*

Lokalredakteur.

Ein tüchtiger, in allen Redaktionsarbeiten durchaus erfahrener Redakteur wird für die Lokalkolonien des „Vorwärts“ in Karlstrasse gesucht. Eintritt so bald als möglich. Offerten mit Gehaltsansprüchen an das hiesige Parteisekretariat Karlstrasse, Schloßplatz 15, erbeten. +22*

Stockarbeiter!

Die Arbeiter der Firma Julius und Hermann Gembick, Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102, befinden sich im Streik. 18/16* +22*

Zug ist fernzuhalten!

Die Ortsverwaltung.

Verband d. a. Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlin und Umgebend.

Bei Werkmeister, Brunnenstr. 194, stehen die Maschinenarbeiter im Streik. Zug ist fernzuhalten. 75/11 Der Vorstand. +22*

Achtung! Achtung!

Musikinstrumenten-Arbeiter, Tischler u. Polierer!

An der Pianofabrik von Rösner befinden sich die Kollegen noch im Streik. Der Betrieb ist für sämtliche Kollegen gesperrt. 62/18* +22*

Die Jehnerkommission.

Achtung! Bauarbeiter.

Da verschiedene kleinere Firmen den Teil noch nicht demolliert haben, bedarf die Baukontrollkarte Ihre Gültigkeit und ist auf Verlangen vorzugeben. Es muß also jeder Bauarbeiter, der auf Bauten beschäftigt ist, eine gelbe gestempelte Karte haben. 83/8* +22*

Die Kommission der Jalousiearbeiter.

Kaufmannsgerichtswahlen.

Die amtlichen Formulare für die Wahllegitimation sind unentgeltlich außer beim Magistrat, Poststr. 16, auch an folgenden Stellen zu haben: Bureau des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Schülern Deutschlands, Ansgarstr. 20 I; Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelstr. 15; Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 69; Jakob Wiebe, Gr. Frankfurterstr. 38.

Berliner Nachrichten.

Die die Kosten des Berliner Armenwesens gestiegen sind, darüber bringt die bürgerliche Presse eine Notiz, die ihren Zweck, Aufsehen zu erregen und auf die Steuerzahler höherer Stufen Eindruck zu machen, gewiß erfüllen wird. Da wird vorgeredet, daß von 1895 bis 1900 die Gesamtkosten des Armenwesens von 14 1/2 Millionen auf 18 1/2 Millionen angestiegen seien. Das bedeute eine Zunahme um 27 1/2 Proz., während die Bevölkerung in demselben Zeitraum nur um 12 1/2 Proz. gewachsen sei. Für 1905 seien nun die Gesamtkosten gar schon auf 26 Millionen veranschlagt. Hinzugefügt wird, daß für Irrenanstalten und Hospitäler die Ausgaben am stärksten gestiegen seien, in fünf Jahren um 45 1/2 Proz. und 52 1/2 Proz.

Daß in den angegebenen 26 Millionen die Ausgaben für das Gesundheitswesen mit enthalten sind, das könnte aus dem die Irrenpflege erwachsenden Zusatz auch derjenige entnehmen, der es nicht selber weiß. Wir vermuten aber, daß nicht viele Leser der bürgerlichen Blätter sich recht darüber klar geworden sein werden, was ihnen da vorgezählt worden ist. Auf 26 Millionen belaufen sich die Ausgaben, die in den Etat von 1905 für das Armenwesen und für das Gesundheitswesen eingeplant sind. Für das Armenwesen sind 15 1/2 Millionen Ausgabe vorgesehen, während nur 1 1/2 Millionen Einnahmen erwartet werden, so daß 14 Millionen durch Zuschuß zu decken sind. Für das Gesundheitswesen sollen 10 1/2 Millionen ausgegeben werden, wovon 3 1/2 Millionen durch Einnahmen gedeckt werden sollen, so daß ein Zuschuß von 7 Millionen zu leisten ist. Von den 26 Millionen, den angebliden „Gesamtkosten“ des Berliner Armenwesens“, wären 21 Millionen dem Stadtsäckel zu entnehmen. Das Gesundheitswesen, das hier nach „guter alter Sitte“ feierlich noch immer mit dem Armenwesen zusammengeworfen worden ist, umfaßt nicht nur die Kranken- und Armenpflege, sondern auch das Heimstättenwesen, Badewesen, Rettungswesen usw. Wer also z. B. in einer der städtischen Badeanstalten ein Bad nimmt, der hat sich hiernach als eine Art Almosenempfänger zu betrachten.

Begrenzt man den Begriff „Armenwesen“ so, wie der Etat selber es längst tut, so ergibt sich, daß von 1895 bis 1900 die Gesamtkosten nicht von 14 1/2 Millionen auf 26 Millionen gestiegen sind, sondern von 9 1/2 Millionen auf 15 1/2 Millionen. Dabei sind selbst dem Armenwesen in dieser Begrenzung immer noch verschiedene kommunale Aufgaben zugerechnet, die eine moderne Auffassung der Pflichten einer Kommune nicht mehr als Teil des Armenwesens ansieht, die Sickenpflege, die Waisenfürsorge, die Unterbringung verwahrloster Kinder, das Obdach, das Arbeitshaus.

Die von außerhalb kommenden Kranken, die von den städtischen Krankenhäusern Berlins aufgenommen werden, sind dem freisinnigen Stadtverordneten Wallach und seinen hausagrarischn Freunden seit langem ein Dorn im Auge. Man findet, daß sie in den Berliner Anstalten, die ohnedies keinen Ueberfluß an Betten haben, den Berlinerinnen den Platz wegnehmen. Berlin muß für diese unwillkommenen Gäste sogar noch Geld zugeben. Denn das Verpflegungsgeld reicht selbst zu dem erhöhten Satz nicht aus, die Selbstkosten zu decken.

Herr Wallach hat den Antrag gestellt, Auswärtige nur dann in städtische Krankenhäuser aufzunehmen, wenn ein wirkliches Bedürfnis vorliegt. Das brauchte nicht erst beantragt zu werden. Die Berliner Krankenhäuser verfahren gegenüber den auswärtigen Kranken längst nach dem Grundsatz, sie nur in dringenden Fällen aufzunehmen. Wallach hat aber weiter beantragt, für Auswärtige die vollen Verpflegungskosten zu berechnen. Das geschieht heute noch nicht. Geschiehe es, so hätten die Auswärtigen allerdings beträchtliche Kosten zu zahlen, vollends dann, wenn die von Wallach gewünschten Sätze gefordert würden.

Der Antragsteller meint, im letzten Jahre hätten in den Anstalten Friedrichshain, Moabit, Urban, Gitschinerstraße und im Kinderkrankenhaus die Selbstkosten 4,23 M., 4,30 M., 4,18 M., 3,77 M. und 5,02 M. betragen. Das sind die Angaben des letzten Jahresberichtes, der, wie immer, auch die Vergütung der Grundstücke usw. den Selbstkosten zurechnet. Zu dieser Rechnung ist aber der Grundstückswert mit einem im Laufe der Jahre gestiegenen Betrag eingestellt worden. Daß die Veranschlagung des unverdienten Wertzuwachses den Befall eines Wallach findet, versteht sich von selber. Aber eine Dreistigkeit ist die Zurechnung, daß der Magistrat den Bodenwucher, den er mit seinen Krankenhäusern bisher nur auf dem Papier trieb, gegenüber den auswärtigen Kranken in die Tat umsetzen soll, wie wenn er ihr „Hauswirt“ wäre.

Herr Wallach läßt sich auch nicht dadurch stören, daß viele dieser „Auswärtigen“ in Berlin arbeiten und Berliner Krankenkassen angehören. Die in den Vororten wohnenden Arbeiter sind gut genug dazu, den Berliner Unternehmern die Geldsäcke zu füllen und dadurch auch dem Stadtsäckel Berlins einen höheren Steuerertrag zuzuführen. Ist es da mehr als recht und billig, sie auch in Krankheitsfällen als Berliner anzusehen und sie in den Krankenhäusern Berlins dementsprechend zu behandeln?

Nun beruft sich der Antragsteller darauf, daß ja auch die Vororte Zuschüsse zu ihren Schullasten von Berlin fordern. Gewiß, der Vorortspartikularismus, der in diesem Vorgehen einzelner Nachbargemeinden sich betätigt, ist keineswegs einwandfrei. Aber die Vororte fordern die Zuschüsse deshalb, weil ihre Schulen die Kinder von Arbeitern aufnehmen müssen, die in Berlin arbeiten und somit eigentlich Berliner Arbeiter sind. Und da werden diese Gemeinden schwerlich geneigt sein, die Gegenrechnung gelten zu lassen, die man ihnen aufmachen will. Sie lassen sich von Berlin einen Teil ihrer Krankenpflegekosten abnehmen und...

genau demselben Grunde, aus dem sie Ersatz eines Teiles ihrer Schullasten von Berlin fordern.

Denn der Arbeiter zahlt seine Steuern hauptsächlich in der Form, daß er, wie gesagt, anderen die Geldsäcke füllt und den Wohlstand der Gemeinde mehrt. Diese Theorie wird sonst allerdings nur von Sozialdemokraten verfochten, aber wenn sie den bürgerlichen Kommunalpolitikern mal in ihren Kram paßt, so erkennen auch sie sie als richtig an. Und so rechnen die Vororte: Wenn unsere Einwohner als Arbeiter auch reich machen, also den größten Teil ihrer Steuern an eure Gemeinde zahlen, so könnt ihr auch aufbringen helfen, was wir für sie ausgeben müssen oder müßten.

Bei Nichtbegehen, gründet diese Argumentation sich durchaus auf das vom Freisinn hochgehaltene Prinzip „Leistung und Gegenleistung“. Aber diesmal wollen Herr Wallach und seine freisinnig-hausagrarischn Freunde das nicht kapieren.

Zur Eröffnung der Pflicht-Fortbildungsschulen in Berlin. Montag, den 1. Mai, beginnt der Unterricht für die nach dem 1. Oktober 1890 geborene, schulentlassene männliche Jugend in der Pflicht-Fortbildungsschule. Berlin ist in vier Fortbildungsschulkreise eingeteilt worden mit je einem Direktor an der Spitze. Der erste Kreis, Direktor Dagebörde, umfaßt Berlin W, SW und NW. Das ständige Bureau dieses Kreises befindet sich Bartenburgstr. 12, dorthin sind alle Meldungen und Anfragen für die Schule zu richten. Unterricht findet dort nicht statt, da die Räume vorläufig noch vom Friedrich-Realgymnasium benutzt werden. Er wird abgehalten in den Räumen der ersten Handwerker-Schule Lindenstr. 97/98 und im Schulgebäude Fürbringerstr. 33/34. Der zweite Kreis, Direktor Kandler, umfaßt Berlin S, SO und O. Bureau Wassertorstr. 4. Der Unterricht findet in demselben Hause und außerdem in der zweiten Handwerker-Schule, Andreasstr. 1/2, statt. Der dritte Kreis, Direktor Dreßmann, umfaßt Berlin C und NO. Bureau: hinter der Garnisonkirche 2. Der Unterricht findet hier und in einer noch näher zu bestimmenden Schule im NO. statt. Der vierte Kreis, Direktor Bonghoff, umfaßt Berlin N. Bureau und Unterrichtsräume befinden sich Strelitzerstr. 42.

Um die berufliche Gliederung des Schülermaterials durchzuführen, sind acht Gewerbegruppen gebildet worden: Bauhandwerker, Metallarbeiter, Kunstgewerbe, Bekleidungsindustrie, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, Barbier, sonstige gewerbliche Arbeiter (d. h. die Angehörigen der sogenannten „ungelehrten Berufe“), Kaufleute. Nur junge Leute, die zu derselben Gewerbegruppe gehören, werden in einer Klasse vereinigt. Ist die Schülerzahl eines einzelnen Berufes ausreißend (z. B. Schlosser, Tischler), so werden reine Fachklassen gebildet. An der Zentralstelle sind die Fortbildungsschulpflichtigen auf Grund der in den Schulen veranfalteten Berufsaufstufung bereits nach Berufen und nach Qualitäten gegliedert. Für den letzteren Gesichtspunkt ist die Klassenstufe beim Abgang aus der Schule entscheidend gewesen. In diesen Tagen erhält jeder Schüler vom Magistrat eine Benachrichtigung zur Einschulung und zugleich einen Abdruck des Ortsstatuts zugewandt. Die Benachrichtigungskarte, auf der über den Empfang des Ortsstatuts seitens des Arbeitgebers oder Vaters und Schülers quittiert werden muß, dient als Legitimation; sie enthält genaue Angaben über Ort und Zeit des Unterrichts, über Lage und Nummer des Klassenzimmers und über die notwendigen Lehrmittel in den ersten Unterrichtsstunden. Der Unterricht selbst wird sofort am ersten Tage beginnen. Welcher Klasse der Schüler endgültig angehören soll, wird nach etwa vierzehntägigem Unterricht entschieden werden. Die von außerhalb zuziehenden Lehrlinge werden durch Säulenanschlag zur Anmeldung aufgefordert werden.

Ein zweiter Fall von Genickstarre

Ist hier vorgekommen. Es ist davon der Monteur Richard Wisch, Blaschestr. 66, befallen worden. Der Kranke hat sich am Sonnabendabend in die Charité aufnehmen lassen, wo er in einer Isolierkammer untergebracht ist. Für die Desinfektion der Wohnung ist Sorge getragen. Da es sich als notwendig gezeigt hat, diejenigen, die mit einem Genickstarrkranken zu tun hatten, eine Zeitspanne ärztlich zu beobachten, ist die Ehefrau des Kranken davon verständigt worden, daß sie ärztlich überwaht wird. Wie schon früher hier verneint wurde, gibt das Auftreten vereinzelter Fälle von Genickstarre zu einer Verunreinigung nicht Anlaß. Es kommt nur darauf an, daß die Erkrankungen an Genickstarre möglichst frühzeitig erkannt werden. Dies wird am besten dann möglich sein, wenn bei fieberhaften Erkrankungen, zumal solchen mit Beeinträchtigung der nervösen Funktionen, ärztliche Hilfe unverzüglich in Anspruch genommen wird. Monteur Wisch befindet sich heute besser. Die Bestimmung hat er wiedererlangt. Die Ärzte hoffen, ihn am Leben erhalten zu können.

Von auswärts liegen über die Genickstarre folgende Meldungen vor:

In vergangener Woche erkrankten im Kreise Kattowitz 47 Personen an Genickstarre, wovon 27 starben. Seit dem ersten Auftreten der Epidemie erkrankten 365 Personen und kamen 203 Todesfälle vor. — Neue Fälle von Genickstarre werden aus Laurahütte, Pleß, Aagneshütte und anderen Ortschaften gemeldet. Im Stadtbezirk Weuthen und im Stadtteil Friedenshütte sind nach amtlicher Feststellung vom 11. bis 22. April 31 Personen an Genickstarre erkrankt, 17 gestorben. Auch aus M. Gladbach wird ein Fall von Genickstarre mit tödlichem Ausgang gemeldet. In Oera ist ein an Genickstarre erkrankter Soldat gestorben. — Der an Genickstarre erkrankte Kanonier Eller in Halle ist gestorben. In Großsälze erkrankte ein 17-jähriger Jüngling an Genickstarre. — In mehreren Städten des Ruhrbezirks ist den Soldaten der Disziplinurlaub wegen Genickstarre gekürzt worden, teilweise sind sie auch telegraphisch zurückgerufen worden. — Infolge einer Aufforderung des Regierungspräsidenten in Arnberg begab sich ein Arzt des bakteriologischen Instituts Wesenkirchen nach Ländenschaid, um bei einem dort aufgetretenen Falle von Genickstarre bakteriologische Untersuchungen vorzunehmen. — In einem in Königs-Lutter erkrankten zehnjährigen Knaben ist die Genickstarre festgestellt worden. — In Junsbrunn starb gestern das Töchterchen des Bezirkssekretärs Gollt an Genickstarre. Es ist dies der erste Fall dieser Krankheit in Tiroi.

„Rheinlands Eiche“, eine erst im September 1903 gegründete Kranken- und Sterbekasse (eingeschriebene Hilfskasse) mit dem Sitz zu Hockheim im Rheinland, ist nun auch „alle geworden“. Sie hatte es, wie die meisten Kassen ihrer Art, rasch zu einer großen Mitgliederzahl gebracht, und auch in Berlin war für sie mit Erfolg die Werbetrommel gerührt worden. Ebenso rasch ist jetzt der Zusammenbruch erfolgt, und „Rheinlands Eiche“ muß nun das Schicksal so vieler Vorgängerinnen teilen. Sie muß liquidieren, da sie nicht leisten konnte, was sie versprochen. Alle Mitglieder, die nicht vor dem 1. November 1904 schriftlich ihren Austritt erklärt haben, werden vom Liquidator aufgefordert, noch ihre Beiträge bis 31. März 1905 nachzuführen, bei Vermeidung der Klage. Als im Sommer 1904 die famose Krankenkasse „Regina“, die ihren Sitz in Schwerin hatte, vom Pleitegeier ereilt wurde, übernahm ihr bisheriger Berliner Filialdirektor als Ersatz die Berliner Vertretung der Kasse „Rheinlands Eiche“. Der „Vorwärts“ hat damals sofort auf diesen Tausch aufmerksam gemacht. Hoffentlich ist niemand, der unseren damaligen Hinweis gelesen hatte, noch Mitglied von „Rheinlands Eiche“ geworden. Andernfalls darf er sich nicht beklagen, daß er jetzt leer ausgeht und noch zahlen muß.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk bringt die illustrierte Wochenschrift „In freien Stunden“, von der jeden das 15. Heft ausgegeben ist. Es enthält die Fortsetzung des Romans...

„Im Damm der Verklärung“, von Hector Malot und der spannenden Erzählung „Der Pöbel“, von Otto Nappius. Im Feuilleton finden wir eine kulturhistorische Skizze „Die Zahl Sieben“, „Dies und Jenes“ und „Witz und Scherz“. In jeder Woche erscheint ein Heft, 24 Seiten stark, das in allen Parteibuchhandlungen, in Berlin in allen Parteipeditionen sowie bei den Zeitungspeditionen zu haben ist.

Der Gemeindefachlehrer a. D. Franz Groppler ist nach langem Leben im Alter von erst 47 Jahren gestorben. Herr Groppler war weiteren Kreisen bekannt geworden durch die eifrige Tätigkeit, die er zur Förderung des Knabenhandarbeits-Unterrichts viele Jahre hindurch als Vorsitzender der bei dem Berliner Lehrerverein bestehenden „Vereinigung für Knabenhandarbeit“ entfaltet. Mehrere Jahre hindurch bekleidete er auch das Amt eines Vorsitzenden des Berliner Lehrervereins, und in dieser Eigenschaft gehörte er in der Gehaltsbewegung von 1897 zu der Lehrerdeputation, die dem damaligen Bürgermeister Rischner die Wünsche der Lehrerschaft vorzutragen hatte. Groppler tat jene Hebung, auf die Herr Rischner für die Stadtverordneten-Versammlung sich berief: „Dann lieber die alte Skala!“ Später legte Groppler krankheitsbedingt den Vorsitz im Lehrerverein nieder. Ein schweres Herbenleiden, das sich als unheilbar erwies, nötigte ihn im vorigen Herbst, sich pensionieren zu lassen.

Den Museen ist die Unsicherheit des Wetters, das den Ostertagen beschieden war, sehr zu statten gekommen. Am Osterfesten blieben die meisten Museen geschlossen, am Ostermontag aber wurden sie, wie alljährlich, von mittags 12 Uhr ab offen gehalten. Da hatte mancher, der bei zuverlässigerem Wetter wohl mit ins Freie hinausgewandert wäre, es vorgezogen, sich ein wenig in diesem oder jenem unserer Museen umzusehen. Die Zahl der Besucher war besonders in den in der Nachbarschaft des Lustgartens gelegenen — im alten und neuen Museum, in der National-Galerie, dem Pergamon- und dem Kaiser-Friedrich-Museum — so groß, daß zeitweise in den Sälen und Gängen ein dichtes Gewühl herrschte.

„Die Hohenzollern-Legende“, Kulturbilder aus der preussischen Geschichte vom 12. bis zum 20. Jahrhundert, von Max Raubenschreiber. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Von diesem neuen Lieferungsheft, das in Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erscheint, liegen die beiden ersten Hefte vor. Die ersten 27 Seiten enthalten die Einleitung, in der der Verfasser die Gesichtspunkte niederlegt, die für ihn bei der Abfassung des Berichtes maßgebend waren. Im zweiten Hefte beginnt dann die eigentliche Darstellung mit dem ersten Kapitel: Abelsmonarchie, in dem der Verfasser u. a. behandelt: Monarchischer und kultureller Anfang Brandenburgs. — Günstige Anfänge der Bauern. — Die Ritter als stehende Klasse. — Die Gründung von Städten. — Die Ritter bewilligen, Bürger und Bauern bezahlen. — Der Prunk am Vorabend des Bankrotts. — „Rauben und Stehlen“ als adeliges Handwerk. — Das Emporkommen der Luthers. — Der Burggraf von Nürnberg als fahrender Ritter. — Begründung der Junker, Besteuerung der Städte usw. Von den zahlreichen Illustrationen haben wir eine sehr gut gelungene Wiedergabe einer Szene aus den Störungstagen des ersten preussischen Königs hervor: Die Preisgabe des gebratenen Dänen und der Weinfontänen an das Volk von Königsberg. In jeder Woche erscheint ein Heft für 20 Pf., das in allen Parteibuchhandlungen, in Berlin in allen Parteipeditionen zu haben ist.

Zu dem Raubanfall auf die Pfandheilerin Witwe Krause in der Wilhelmstraße ist mitzuteilen, daß die Nachforschungen der Kriminalpolizei auch während der Feiertage noch zu keinem greifbaren Ergebnis führten. Frau Krause geht es andauernd besser. Sie ist gestern nachmittags 2 Uhr gerichtlich vernommen worden. Der vermählte Hund trug eine Marke mit der Nummer 46224 vom Jahre 1904/05. Er hat, wie sich jetzt herausgestellt hat, keine gestohlenen Ohren.

Zu dem Einbruch und Totschlag in der Schönhauser Allee wird gemeldet, daß der Stellener Kamm, der unter dem Verdacht, bei dem Einbruch bei dem Schankwirt Grabow dessen eifährigen Sohn erschossen und eine Tochter durch Messerstiche verletzt zu haben, festgenommen wurde, endlich ein Geständnis abgelegt hat. Wie wir schon mitteilten, wurden bei ihm das Portemonnaie der Frau Grabow und eine Gesichtsmaske gefunden, aus der die Finger noch am Abend vor dem Einbruch gelernt hatten. Dieser Belastung gegenüber sah er schließlich doch keinen Ausweg mehr und legte schließlich ein Geständnis ab, so hartnäckig er auch lange Zeit die Tat geleugnet hatte. Er ärgerte sich sehr, daß er diese Sachen nicht beseitigt habe, und meinte, ohne sie hätte man ihm nichts anhaben können. Wie er sagt, war er in jener Nacht mehrmals in der Grabow'schen Küche, in der die Kinder schliefen. Als er endlich die Kasse genommen habe, sei gerade von einem gegenüberliegenden Bau ein Maurer gekommen und habe ans Fenster geklopft, um Schnaps zu holen. Als er gesehen habe, daß dadurch die Kinder erwachten und ihn erkannten, sei er wütend geworden und habe mit dem Messer auf sie eingestochen. Der Maurer hat Kamm auf der Flucht gesehen und ihn wiedererkannt.

Die Opfer eines Unfalls. Das 18 Jahre alte Dienstmädchen Martha Mertens, das in Schöneberg in Stellung war, lernte im Dezember v. J. beim Tanz im Lindenpark einen 23jährigen Mann kennen, der sich als Ingenieur Walter Holtzberg, den Sohn einer vermögenden Witwe, vorstellte und erzählte, daß er als Einjähriger bei den Eisenbahnern gedient habe und jetzt als Volontär in einer Maschinenfabrik beschäftigt sei. Aus der Bekanntschaft entsprang sich ein Liebesverhältnis. Nach fünf Wochen berichtete der junge Mann, seine Mutter habe von dem Verhältnis erfahren und ihn deshalb den Monatswechsel vorenthalten. Das Mädchen ließ sich überreden, ihm ihr Spargeld zu geben. Als das ihr Vater erfuhr, schrieb er an das Kommando der Eisenbahnbrigade, um sich nach dem Freier, der sich seit 14 Tagen nicht mehr hatte sehen lassen, zu erkundigen. Jetzt erhielt er die Gewißheit, daß seine Tochter einem Schwindler in die Hände gefallen war. Das Kommando kamte den Mann gar nicht. Das Mädchen wurde kessinnig und nahm sich vor sechs Wochen im Tiergarten durch Selbstmord das Leben. Seitdem war auch Frau Mertens, die 62jährige Mutter ihrer Tochter auf dem Friedhof der Marktgemeinde in Wilhelmshagen. In der folgenden Nacht, als ihr Mann, der Weichensteller ist, ziemlich seine Wohnung in der Proslauerstr. 36 verlassen hatte, schnitt sie sich im Bette liegend, mit einer scharfen Schere den Hals durch. Ihre 17jährige Tochter, die mit ihr in einem Zimmer schlief, wurde durch ihre Röcheln geweckt und rief die Hausgenossen zu Hilfe. Diese holten ihren Arzt, aber schon nach einer Viertelstunde starb die Frau.

Auf einer Reise von Bromberg nach Berlin ist der zehn Jahre alte Wilhelm Grauberg, der in Hamburg zu Hause ist, seit dem 31. März verschwunden. Der in Hamburg am 13. Mai 1895 geborene Knabe war mit grüner Kleidung angetan und trug schwarze Strümpfe und Schnürstiefel. Er hatte ein Paket mit Kleidungsstücken und Hamburger Schulgaben bei sich. Wer über den Verbleib des Knaben Auskunft geben kann, wird gebeten, Herrn A. J. Malinowski, Hamburg, Springeltwiete 40, Hinterhaus porterre, zu benachrichtigen.

Ein Familiendrama

Hat sich am zweiten Feiertag, abends, in der Taubenstraße abgespielt. In dem Hause Nr. 5 wohnt seit dem 1. Januar d. J. der von der Friedrichstr. 236 zugezogene, 35 Jahre alte Kontordirektor Wilhelm Kaufmann mit seiner ebenso alten Frau Rosa, einer neunjährigen Tochter Martha und einem 7 Jahre alten Sohne Willy im Kellerstübchen. Kaufmann ist seit sieben Jahren bei der Lebensversicherung „Deutscher Anker“, die in demselben Hause ihre Räume...

